

Rechtspopulismus – Rebellion der autoritären Charaktere

Außerdem ▶ EU gegen Geflüchtete

▶ Debatte um Wachstumskritik

▶ Gedenken an »Trostrfrauen«

März/April 2017

Ausgabe □ 359

Einzelheft € 5,30

Abo € 31,80

iz3w





Foto: Johnny Silvercloud

3 Editorial

Politik und Ökonomie

- 4 **Debatte: Wir fordern das Wort »Apartheid« zurück!**
Warum die Gleichsetzung von Israel mit dem rassistischen Südafrika falsch ist
von *Nkululeko Nkosi*
- 7 **Grenzregime: Kollaborateure gesucht**
Wie die EU afrikanische Staaten für die Flüchtlingsabwehr einspannen will
von *Christian Jakob*
- 10 **Kinder I: »Kinder retten«**
Ein Plädoyer gegen die postkoloniale Eroberung der Kindheiten
von *Manfred Liebel*
- 12 **Kinder II: »Because I am a Girl«**
Das westliche Mädchen-Ideal ist im Globalen Süden weder realisierbar noch erstrebenswert
von *Shenila S. Khoja-Moolji*
- 15 **Südkorea: Reden wäre Gold**
Japan übt Stillschweigen über die Kriegsverbrechen an Zwangsprostituierten in Asien
von *Mira Krebs*
- 18 **Postwachstum I: Wachsende Wachstumskritik**
Die Debatte um Postwachstum und internationale Machtverhältnisse
von *Daniel Bendix*
- 21 **Postwachstum II: Seht die Unterklassen**
Die Kritik an der Wachstumskritik wächst
von *Winfried Rust*

Kultur und Debatte

- 42 **Comic: Marine Le Pen an der Macht**
Die Graphic Novel »Die Präsidentin« zeichnet einen düsteren Ausblick
von *Swetlana Hildebrandt*
- 43 **Literatur: Spiel mit der Vielstimmigkeit**
Eine Novelle von Yavuz Ekinici ist unbeabsichtigt hochaktuell
von *Oliver Kontry*

Schwerpunkt: Rechtspopulismus

- 23 **Editorial**
- 24 **Grenzen auf für Autoritäres**
Ist der Rechtspopulismus Wegbereiter eines neuen Faschismus?
von *Jens Benicke*
- 27 **Angst um die Vormachtstellung**
Antifeminismus und Genderhass sind ein Bindeglied zum Rechtspopulismus
von *Rebekka Blum*
- 30 **Heimliche Herrschaft**
Biedere BürgerInnen und ihre Verschwörungstheorien
von *Peter Bierl*
- 32 **Recht russisch**
Der Putinismus ist für den Rechtspopulismus attraktiv
von *Ute Weinmann*
- 34 **F**k You, Human Rights!**
Der philippinische Präsident Duterte vollstreckt den Populismus
von *Niklas Reese*
- 36 **»Unter dem Volk populär«**
In Thailand ist Populismus jetzt allseits positiv besetzt
von *Wolfram Schaffar*
- 38 **Aufstand der Paternalisten**
Erdoğan's Rechtspopulismus im Janitscharenrock
von *Jan Keetman*
- 40 **Un pueblo, un líder**
In Lateinamerika hat der Populismus eine lange Geschichte
von *Juliane Schumacher*



- 45 **Rezensionen**
- 50 **Szene / Tagungen**
Impressum



Politisches Totalversagen

»Bitte! Tut etwas! Wir haben kein Brot mehr und kein Wasser. Wir sind krank. Es gibt keine Ärzte. Die Menschen sterben.« Mit diesen verzweifelten Worten wandten sich Ende Januar die InsassInnen eines Flüchtlingslagers an die Öffentlichkeit. Interniert waren sie nicht in Libyen, im Tschad oder im Irak, sondern in einem griechischen Camp, genauer gesagt in einem so genannten EU-Hotspot auf der Insel Samos. Der Hilferuf blieb unbeachtet. In den Tagen danach starben allein in Griechenland fünf Menschen in Flüchtlingslagern.

Nicht nur im EU-Mitgliedstaat Griechenland, sondern überall auf dem afrikanischen Kontinent, im Nahen Osten, in der Türkei und in Südosteuropa werden die Zustände in den Flüchtlingslagern immer unerträglicher. Es mangelt an Nahrung, sauberem Wasser und menschenwürdigem Behausungen, zudem an Bildungsangeboten, medizinischer Versorgung sowie Rechtsberatung. Also eigentlich an allem, was ein Mensch zum Leben braucht.

In Libyens von privaten Milizen betriebenen Flüchtlingsgefängnissen sind die Verhältnisse so verheerend, dass selbst das Auswärtige Amt nicht mehr darüber schweigen konnte. Es verbreitete einen Bericht der Deutschen Botschaft im Niger, in dem von »KZ-ähnlichen Verhältnissen« in Libyens Lagern die Rede ist. »Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung«, heißt es.

Das hielt die EU jedoch nicht davon ab, Anfang Februar beim »Flüchtlingsgipfel« in Malta weitere Verhandlungen mit Libyen zu beschließen. 2016 kamen nach EU-Angaben rund 181.000 Menschen in Booten über das zentrale Mittelmeer nach Europa, 4.500 starben bei dem Versuch. 90 Prozent von ihnen legten in Libyen ab, die meisten aus Nigeria und Eritrea. Angestrebt wird nun ein »Flüchtlingspakt« nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals. Er dient nur einem einzigen Zweck: Die Geflüchteten sollen nicht nach Europa übersetzen. »Der schändliche Deal (...) wird zehntausende Menschen in einem von Konflikten zerrissenen Land einsperren, in dem sie ein hohes Risiko von Folter und Ausbeutung haben«, kritisierte die Brüsseler Direktorin von Amnesty International, Iverna McGowan, die EU.

Während also bei der Flüchtlingsabwehr keine Mühen gescheut werden, reichen die von der EU bereitgestellten finanziellen Mittel bei weitem nicht aus, um menschenwürdige Bedingungen in den Lagern zu schaffen. Es sind keinerlei Anstrengungen erkennbar, daran etwas zu ver-

ändern. Bestenfalls wird Elendsverwaltung betrieben, und vielerorts nicht einmal diese. Ganz zu schweigen von grundsätzlichen Anstrengungen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung anzugehen.

Inzwischen gibt es noch nicht einmal mehr in der Rhetorik der großen weltpolitischen AkteurInnen den Anspruch, die »Flüchtlingskrise« im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent lösen zu wollen. Die UN-Organisationen sind vollkommen überfordert und bekommen nicht genug Unterstützung durch ihre Mitgliedsstaaten. Die USA sind desinteressiert, solange es nicht um direkte Sicherheitsinteressen geht; unter Obama aufgrund von Skepsis gegenüber Interventionismus, unter Trump wegen nationalistischem Isolationismus. Bei der EU beschränken sich alle Aktivitäten auf die Eindämmung der ‚Flüchtlingsströme‘ (siehe den Beitrag auf S. 7). Russland führt Krieg in Syrien und der Ukraine und schafft somit Fluchtursachen. Und China? Hält sich aus allem raus und macht gute Geschäfte.

Als im Sommer 2015 hunderttausende Menschen die europäischen Grenzen überwandern, tat die Politik so, als sei sie überrascht von der plötzlichen »Flüchtlingskrise«. Dabei hatten alle Fachleute seit 2012 prognostiziert, dass immer mehr Menschen zur Flucht gezwungen werden und eine entsprechende humanitäre Politik gefordert. Die EU einschließlich der Bundesregierung verschloss die Augen.

Dieses moralische und politische Totalversagen wird sich schon bald in aller Brutalität wiederholen. Denn viele der Millionen Menschen, die an Europas südlichen Grenzen in Elendslagern ausharren müssen, werden sich bald erneut auf den Weg machen. Mit Repressionen werden all diese Verzweifelten nicht aufzuhalten sein, denn sie haben nichts mehr zu verlieren. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich auszumalen, dass diesmal kein »Sommermärchen« geschehen wird. Rechtspopulistische HetzerInnen treiben die Politik und die liberale Öffentlichkeit längst vor sich her. Derweil berichten Hilfsorganisationen, dass sich rund um den Tschadsee die schwerste humanitäre Krise in Afrika seit vielen Jahren ereignet. Allein in Nigeria wurden 2,7 Millionen Menschen von den Kämpfen zwischen der dschihadistischen Miliz Boko Haram und Regierungstruppen vertrieben. Die Zahl der Flüchtenden wird also weiter wachsen.

Was tun angesichts dieses Ozeans von Irrsinn? Viel mehr als die Schaffung von Inseln der Vernunft und der Solidarität ist derzeit kaum möglich. Aber gerade deshalb ist diese Aufgabe wichtiger denn je, denkt

die redaktion

► Im August 2001 kam es im südafrikanischen Durban bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus zu hässlichen Szenen: Israelische und jüdische Delegierte waren heftigen Beschimpfungen durch andere KonferenzteilnehmerInnen ausgesetzt. Deren Begründung lautete, Israel sei ein rassistischer Apartheidstaat, dessen Angehörige nichts auf einer antirassistischen Konferenz verloren hätten.

Die Gleichsetzung von Israel mit dem Apartheidstaat Südafrika findet bis heute weltweit große Resonanz, sie ist eine der zentralen Argumentationsfiguren des globalen BDS-Bündnisses (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen). Im Neuen Südafrika ist die radikale Ablehnung Israels sogar eine Mehrheitsposition, insbesondere im Umfeld des ANC.



Umso bemerkenswerter ist die Initiative *Africans for Peace*, die mittels der jüngst erschienenen Publikation »New Perspectives on Israel and Palestine« eine Revision des antizionistischen Weltbildes anstrebt. Als »unabhängiges Kollektiv von Studierenden, DozentInnen und AktivistInnen« wollen die *Africans for Peace* Diskussionen um friedliche Konfliktlösungen vorantreiben und dabei afrikanische Sichtweisen einbringen. Einige ihrer Mitglieder reisten nach Israel und Palästina und reflektierten anschließend selbstkritisch ihre bisherigen Ansichten zu Israel. Wir dokumentieren hier leicht gekürzt einen Beitrag aus der Publikation (Original kostenlos im Web unter africansforpeace.com). ANC-Mitglied Nkululeko Nkosi weist darin den Apartheidvorwurf gegen Israel aus einer südafrikanischen Perspektive zurück.

Wir fordern das Wort »Apartheid« zurück! Warum die Gleichsetzung von Israel mit dem rassistischen Südafrika falsch ist

von Nkululeko Nkosi

► Fast ein Jahrhundert lang bestimmte die Apartheid Südafrika durch die Institutionalisierung der Rassentrennung, sie war die Grundlage unseres politischen Systems. »Apartheid« ist ein Wort aus dem Afrikaans und bedeutet »Getrenntheit«. Für unsere Eltern und Großeltern waren die Jahre der Apartheid eine Quelle für tief sitzende individuelle Traumata. Ihre Generationen waren gezwungen, in diesem teuflisch diskriminierenden System zu leben. Diejenigen, die im Post-Apartheid-Südafrika aufgewachsen sind, können dieses rassistische Erbe noch heute deutlich spüren.

Gerade deshalb, weil wir SüdafrikanerInnen genau wissen, was Apartheid bedeutete, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den Israel-Palästina-Konflikt zu beschreiben. Das heißt im Klartext: Da niemand den Schmerz und die Schrecken der Apartheid besser kennt als wir, sind wir es, die der Welt signalisieren sollten, wann es angemessen ist, das Wort zur Beschreibung einer Situation zu verwenden – und wann nicht.

4

Realitäten der Apartheid in Südafrika

► Apartheid bedeutete in Südafrika die Aufrechterhaltung von Rassismus als ein System von Gesetzen und Reglementierungen. Es war ein rechtliches Mittel der Weißen Minderheit, die sich auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung belief, ihre ökonomische und politische Überlegenheit zu stabilisieren. Zugleich wertete die Apartheid sowohl die Identität als auch die Würde der Schwarzen Bevölkerung herab: Schwarzen und anderen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen wurden Landrechte, Wahlrecht, Redefreiheit und letztlich das Recht auf freie Selbstentfaltung vorenthalten.

Die Wurzeln der Apartheid reichen bis ins Jahr 1913 zurück, als der so genannte »Land Act« verabschiedet wurde, drei Jahre nachdem die Buren und die britische Kolonialmacht die Unabhängigkeit Südafrikas vereinbart hatten. Nach diesem Gesetz wurde die Schwarze Bevölkerungsmehrheit gezwungen, ausschließlich in so genannten »Native Reserves« zu leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Südafrika in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt hatte, gewann die National Party die Parlamentswahlen (an der nur weiße WählerInnen teilnehmen durften) mit dem Versprechen, die Rassentrennung zu formalisieren und auszuweiten. Zum ersten Mal fiel nun das Wort »Apartheid«. Der designierte Premierminister Hendrik Verwoerd, aus dessen Feder die Apartheidgesetze stammen, äußerte dabei explizit, dass es darum ging, die an sich schon sehr starke Rassentrennung des Landes noch weiter zu forcieren: »Warum sollten die Bantu-Kinder (Schwarzen) in Mathematik unterrichtet werden, wenn sie diese niemals praktisch benutzen werden? Das ist doch absurd. Bildung sollte an die Chancen und die Lebensumstände eines Menschen angepasst werden.« Für Verwoerd und andere RassistInnen gehörten Schwarze Menschen ganz »natürlich« an den unteren Rand der sozialen Hierarchie.

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, welche die Apartheid weiter verfestigten, etwa indem verhindert wurde, dass Weiße und Schwarze Menschen in den gleichen Gegenden leben durften. Darunter waren folgende Gesetze: Der Population Registration Act (1950) als Basis der Apartheid teilte die SüdafrikanerInnen in drei getrennte, ungleiche Gruppen ein: Weiße, Schwarze und Coloureds. Der Prohibition of Mixed



Solche Schilder sucht man in Israel vergeblich (Pretoria, 1972)

Foto: F. Schmidt-Luchs

Marriages Act (1949) verbot Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher »Rassenzugehörigkeiten«. Der Sexual Offenses Act (1957) untersagte sexuelle Kontakte zwischen Weißen und Schwarzen sowie Homosexualität. Und laut dem Suppression of Communism Act (1950) zählte jegliche Form des Widerstandes gegen die Rassentrennung zum »Kommunismus«.

Diese Zusammenstellung von Apartheid-Gesetzen ist nur ein Auszug, jedoch wird deren repressives Wesen mehr als deutlich. Ihr primäres Ziel war es, die weiße Vorherrschaft im Land auszubauen, indem nicht-weißen Menschen grundlegende Menschenrechte verwehrt wurden. Es gab keine Schwarzen PolitikerInnen oder RichterInnen, folglich lag also die gesamte politische Macht in den Händen der Weißen. Als gesellschaftliches System war die Apartheid omnipräsent, sie erkannte weder Privatsphäre noch Individualität an. Sie und nicht persönliche Präferenzen bestimmten, wer mit wem in Verbindung stand, zusammenarbeitete, befreundet war oder eine Liebesbeziehung entwickelte. In diesem Sinne kann die Apartheid als eine Form des Totalitarismus interpretiert werden.

Was die Apartheid vor allem von den Schwarzen wollte, war ihre Arbeitskraft – so billig wie möglich. Dies beruhte auf Verwoerds Ansicht, dass Schwarze Menschen den Weißen unterlegen seien und wurde durch eine Bildungspolitik fortgeführt, die Schwarze am gesellschaftlichen Aufstieg hinderte. Durch den »Bantu Education Act« wurde der Unterricht für Schwarze SchülerInnen auf Afrikaans abgehalten – eine Sprache, die diese weder sprachen noch verstanden. Die meisten Schulen für Schwarze hatten weder sanitäre Anlagen noch Strom. An diesen Schulen wurde den SchülerInnen vermittelt, dass sie als Schwarze nichts Besseres in ihrem Leben zu erwarten hätten.

Selbstverständlich nahmen die Schwarzen diese Unterdrückung nicht einfach hin. Es gab viele Proteste und Aufstände gegen die Regierung und ihre Institutionen. Der sicherlich bedeutendste fand

am 16. Juni 1976 statt, als tausende SchülerInnen in Soweto, einem ausgedehnten Township bei Johannesburg, auf die Straße gingen, um gegen den zwangsverordneten Unterricht auf Afrikaans zu demonstrieren. Die Polizei ging hart gegen die Demonstrierenden vor. 600 Menschen wurden erschossen und mehr als 3.000 verletzt, was landesweite Proteste und letzten Endes die Abschaffung der Apartheid gut zwanzig Jahre später nach sich zog.

Jedoch weitete die Regierung das Apartheidregime und die damit verbundenen Verfolgungen vor allem der kritischen Presse nach den ersten Aufständen in Soweto noch aus. So wurden etwa das »Drum Magazine« und »Daily Dispatch« verboten, nachdem diese eine Kampagne zum Mordfall des Anti-Apartheid-Aktivisten Steve Biko lanciert hatten. Die Einschränkung der Pressefreiheit

war ein verzweifelter Versuch des Apartheidregimes, kritische Stimmen sowohl für die BürgerInnen im eigenen Land als auch für die Öffentlichkeit im Ausland unhörbar zu machen.

Unhaltbare Vergleiche mit Israel

► Schon seit über 50 Jahren wird Apartheid-Südafrika mit Israel verglichen. Ursprünglich geschah dies aber nicht durch Schwarze SüdafrikanerInnen oder PalästinenserInnen, sondern die UdSSR, die aus geopolitischen Gründen die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel rhetorisch unterstützen wollte. 1975 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Zionismus mit Rassismus gleichgestellt wurde und dementsprechend Südafrika in einem Atemzug mit Israel genannt wird. Auch wenn diese Resolution 1991 wieder außer Kraft gesetzt wurde, ist dieser Vergleich nach wie vor präsent und wird durch Veranstaltungen weiter gepflegt, zum Beispiel mit der jährlich weltweit stattfindenden »Israel-Apartheid-Woche«.¹

Es ist allgemein bekannt, dass der Israel-Palästina-Konflikt vor allem religiöse und territoriale Dimensionen hat. Bei der Apartheid

AraberInnen genießen in Israel mehr Freiheit als in Palästina

ging es vor allem um die Dominanz einer »Rasse«, nicht um Religion oder Nationalität. Im Gegensatz zur Apartheid haben arabische BürgerInnen Israels die gleichen Rechte und Freiheiten wie jüdische BürgerInnen. Bei meinem letzten Besuch in Israel konnte ich feststellen, dass die israelische Regierung anders als Südafrika nicht absichtlich versucht, bestimmte Gruppen voneinander zu isolieren. Während meines Besuchs habe ich intensiv mit PalästinenserInnen und Israelis gesprochen und diskutiert. Dabei stellte ich fest, dass sie alle ein sehr ausgeprägtes Bedürfnis haben, in Frieden Seite an Seite als NachbarInnen zu leben. Demgegenüber verachteten während der Apartheid die Weißen BürgerInnen Südafrikas die Schwarzen und tun es zum Teil bis heute.

Manche behaupten, dass zumindest der Vergleich der palästinensischen Autonomiegebiete mit den so genannten südafrikanischen Bantustans funktioniere. Bantustans waren mehr oder minder autonome Gebiete für Schwarze, die vom Apartheidregime geschaffen wurden. Allerdings sollten diese verarmten Landstriche nicht mit eigenständigen Staaten verwechselt werden. Trotz einiger struktureller Ähnlichkeiten hinkt der Vergleich aus mehreren Gründen. In den 1970ern lebten ungefähr vier Millionen Schwarze in den Bantustans. Die Regierung plante letzten Endes, alle Schwarzen des Landes dorthin umzusiedeln. Nichts annähernd Vergleichbares wurde je von der israelischen Regierung angedacht, die stets betont, dass sie die PalästinenserInnen nicht auf unbestimmte Zeit regieren möchte.

Außerdem waren die Verhältnisse in den Bantustans wesentlich schlechter als in den palästinensischen Autonomiegebieten, nicht zuletzt, weil ausländische Regierungen die Bantustans nicht anerkannten und somit auch nicht wirtschaftlich oder anderweitig unterstützten. Die palästinensischen Autonomiegebiete werden hingegen international als zukünftiger souveräner Staat anerkannt und haben dementsprechend internationale Hilfsgelder in Milliardenhöhe erhalten.

In Israel wird – anders als im Südafrika der Apartheid – die Wahrheit nicht unterdrückt. Für den Befreiungskampf war zentral, was der Welt von den zensierten Medien über die Verhältnisse in Südafrika mitgeteilt wurde. Die Antwort des Apartheidregimes war, die Pressefreiheit einzuschränken und jeglichen Dissens zu unterbinden. In Israel hingegen werden die Pressefreiheit und die Rechte von JournalistInnen verteidigt und geschützt. So unterstützte zum Beispiel der Oberste Gerichtshof in Israel die Journalistin Ilana Dayan, die in ihren investigativen Fernsehberichten einen ehemaligen Offizier belastete, der 2004 ein palästinensisches Mädchen umgebracht hatte. Seiner Klage wegen Rufmordes wurde nicht statt gegeben. Im Südafrika der Apartheid hätte es nie ein ähnliches Urteil zugunsten einer Journalistin gegeben. Im Gegenteil, das Presserecht enthielt eine Reihe von Verbots- und Einschüchterungsparagrafen, die auch angewandt wurden.

Im Gegensatz zu den Schwarzen während der Apartheid können die AraberInnen in Israel wählen, sie haben ihre eigenen RepräsentantInnen und InteressenvertreterInnen in politischen Debatten. 2015 gewann die von PalästinenserInnen dominierte Vereinte Liste 13 Sitze in der Knesset und ist somit drittstärkste Kraft im Land. Diese Partei ist dafür bekannt, eine der schärfsten KritikerInnen der israelischen Regierung zu sein. Die israelische Politik lässt also Opposition und Kritik zu, ohne mit Verboten oder Gefängnis zu drohen.

Im Südafrika der Apartheid hatten Nichtweiße weder ein Wahlrecht noch eine gewählte politische Repräsentation. Im Gegensatz

zu den BewohnerInnen der Bantustans haben die PalästinenserInnen ihre eigene unabhängige Regierung, die sie selbstverständlich selbst wählen. Im Südafrika der Apartheid wurden alle RepräsentantInnen der Nichtweißen von der Regierung in Pretoria ernannt und waren dieser Rechenschaft schuldig. Daher lautete eine der Hauptforderungen der Anti-Apartheid-Bewegung »one person, one vote«.

In Südafrika konnten Schwarze von Gleichberechtigung nicht einmal träumen. Die Apartheid war so engstirnig, dass es unvorstellbar gewesen wäre, dass ein Schwarzer Richter einen Fall bearbeitet, der auch eine Weiße Person betrifft. Ob Busse, Parks, öffentliche Toiletten oder Bänke, ihre Benutzung wurde durch Apartheidgesetze geregelt, die dafür sorgten, dass Weiße und Schwarze nicht die gleichen Orte nutzen konnten. Die Regierung hätte es verhindert, dass eine Schwarze Person einen einflussreichen Posten bekleidet, wohingegen in Israel sehr wohl AraberInnen in den höheren Rängen des politischen, gesellschaftlichen und militärischen Lebens zu finden sind.

Ein Projekt der Entwürdigung

► Israel schützt sowohl Freiheit als auch Diversität. AraberInnen genießen in Israel mehr Freiheit als in Palästina, besonders dort, wo die Hamas Angst verbreitet. Genauso wie in Zeiten der Apartheid werden die Rechte der Frauen in Palästina nicht respektiert. Damals war die Verfügungsgewalt Schwarzer Frauen über ihr Eigentum an die Zustimmung eines Mannes geknüpft. Während der Apartheid stand Homosexualität unter Gefängnis- oder Geldstrafe; Israel war hingegen eines der ersten Länder, das die Rechte der gesamten LGBT-Community anerkannte.

Bitte stehlt uns also nicht das Wort Apartheid! Für Schwarze SüdafrikanerInnen bedeutete Apartheid mehr als nur systematische Diskriminierung unserer Bevölkerungsgruppe. Es war ein Projekt, das zum Ziel hatte, einer spezifischen »Rasse« ihre Geschichte, Kultur, Würde und Menschlichkeit zu entreißen. Wer das Wort Apartheid benutzt, um die israelisch-palästinensische Patt-Situation zu beschreiben, führt das Projekt der Entwürdigung Schwarzer SüdafrikanerInnen fort, indem die Einzigartigkeit des Rassismus und des Hasses, mit dem wir damals konfrontiert wurden und den wir mit viel Blut und Tränen überwinden konnten, negiert wird. Sicherlich ist das Gefühl, von einer anderen Gruppe diskriminiert und unterdrückt zu werden, auch für den Israel-Palästina-Konflikt von Bedeutung. Aber es unterscheidet sich doch sehr stark von dem juristisch-institutionell legitimierten Rassismus, der auf dem Konstrukt weißer Überlegenheit basiert, das einst mein Land regierte.

Anmerkung

1 Die so genannte Israel Apartheid Week findet seit 2005 weltweit an 55 Universitäten statt, darunter Berlin, Stuttgart, Oxford, Cambridge sowie Soweto und Johannesburg. Organisiert wird die Woche meist von Palästina-Solidaritätsgruppen oder Unigruppen, die zum Boykott von Israel aufrufen. Anm. d. Redaktion

► **Nkululeko Nkosi** kommt aus dem Township Kathlehong bei Johannesburg und ist der erste Student der dortigen High School, der an der Universität Witwatersrand Jura studieren konnte. Er ist Vorsitzender der Universitätssektion der ANC-Jugendliga.
Übersetzung aus dem Englischen: Svetlana Hildebrandt.

In Israel wird die Wahrheit nicht unterdrückt, anders als im Südafrika der Apartheid

Kollaborateure gesucht

Wie die EU afrikanische Staaten für die Flüchtlingsabwehr einspannen will

Die EU versteht unter der Bekämpfung von Fluchtursachen in erster Linie die Bekämpfung von Flucht. Für diesen Zweck will sie afrikanische Länder in die Pflicht nehmen, mit einer Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Nicht alle afrikanischen Regierungen spielen dabei uneingeschränkt mit.

von **Christian Jakob**

► Als Angela Merkel im Oktober 2016 nach Afrika reiste, besuchte sie auch Niger. Deutschland werde dem Land »im Kampf gegen die illegale Migration helfen«, kündigte die Kanzlerin an. LKWs und »Kommunikationsausrüstung« für zehn Millionen Euro versprach sie dem Staatschef Mahamadou Issoufou. Außerdem sollten mit deutscher Hilfe Jobs geschaffen werden für Menschen, die derzeit vom Menschensmuggel leben. Dafür sicherte Merkel 17 Millionen Euro zu.

Die Hauptroute durch die Sahara führt bislang über die Stadt Agadez durch den Niger. Fast jeder, die oder der an der Küste

Libyens in ein Boot Richtung Europa steigt, kommt hier entlang. Issoufou ahnte deshalb, dass mehr drin war. »Wir brauchen so etwas wie einen Marshall-Plan«, sagte Issoufou. Er sollte eine ganze Milliarde Euro kosten. Es brauche eben »massive Unterstützung für unser Land«, erklärte er die hohe Forderung.

Fünf Monate ist das jetzt her. Und tatsächlich legte die EU noch einiges drauf. Mindestens 300 Millionen Euro an Hilfe wurden Niger in Aussicht gestellt. Die Gegenleistung kam prompt: Die Armee begann, den Weg Richtung Libyen stärker zu kontrollieren. Die Preise für die Passage nach Libyen verdreifachten sich, berichtete Marina Schramm, Vize-Programmliterin der International Organisation for Migration (IOM) in Niger, Ende Januar in Berlin. Und noch etwas hatten die aus dem Norden zurückkehrenden Flüchtlinge den IOM-MitarbeiterInnen in Niger verraten: Weil die nigrische Armee sich nun vor allem an den wenigen Brunnen entlang der Route postiert, die die Schlepper normalerweise passieren müssen, wählen diese nun weit längere Wege abseits der Wasserstellen – eine lebensgefährliche Entwicklung. Seit 2013 wurden hunderte Todesfälle von MigrantInnen durch Wasserman-

Die EU bietet alles andere als Geborgenheit

Foto: European Commission



gel auf der Transsahara-Route gezählt – und das schon zu Zeiten, als die Brunnen noch gefahrlos angesteuert werden konnten.

»Positive und negative Anreize«

► Begonnen hatte alles auf dem Höhepunkt der so genannten »Flüchtlingskrise« im November 2015. Da hatte die EU die Afrikanische Union zum Migrationsgipfel nach Valetta geladen. Den Regierenden in Berlin, Brüssel und Paris schwante, dass das, was 2015 auf dem Balkan geschah, sich wiederholen könnte, selbst wenn es keinen Krieg in Syrien und keinen IS mehr gibt. Gut 700.000 Menschen kamen zwischen 2010 und 2015 insgesamt aus Afrika als Asylsuchende in die EU. Das sind nicht viele, aber die Zahlen steigen. 2013 waren es 40 Prozent mehr als im Vorjahr, 2014 die Hälfte mehr, 2015 immerhin 20 Prozent. »Dramatisch zunehmen« könnte die Migration aus Afrika, sagte der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kürzlich.

Beim Gipfel in Valletta gelobten die AfrikanerInnen »gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen die irreguläre Migration«. Den als Gegenleistung hochtönend aufgelegten »EU Emergency Trust Fund for Africa« (EUTF) indes hielten sie zu Recht für Etikettenschwindel. Der Löwenanteil des Fonds war längst als Entwicklungshilfe im Haushalt eingestellt. Allzu bereitwillig auf die Wünsche der EU einzugehen, kam für die meisten afrikanischen Länder ohnehin nicht in Frage: Rücküberweisungen von MigrantInnen sind wichtig, Abschiebungen bei der Bevölkerung unbeliebt. So geschah wenig und die EU wurde zusehends unzufriedener.

Am 7. Juni 2016 beschrieb Kommissionsvize Frans Timmermans die ab sofort gültige neue Afrika-Politik als »Mischung aus positiven und negativen Anreizen«. Drittländer, die »effektiv« mit der EU zusammenarbeiten, seien zu »belohnen«, für die anderen solle es »Konsequenzen geben«. Wer in Zukunft nicht dabei hilft, Europa unerwünschte MigrantInnen vom Hals zu halten, soll nicht nur Hilfszahlungen, sondern auch Marktzugänge verlieren. Acht Milliarden Euro will die EU allein bis Ende des Jahrzehnts in Afrika ausgeben, um »Ordnung in die Migrationsströme« zu bringen, sagte Timmermans. Der Großteil dieses Geldes soll der Stimulierung von Privatinvestitionen in Afrika dienen. Aus ihrem Entwicklungsbudget will die EU drei Milliarden Euro abzweigen, die Mitgliedsstaaten sollen dasselbe drauflegen. Unternehmen sollen dadurch bis 2020 sagenhafte 62 Milliarden Euro zusätzlich in Afrika investieren – jedenfalls in den Ländern, die beim Grenzschutz mitmachen. Das, so die Hoffnung, werde Jobs schaffen, die schließlich die jungen Menschen in Afrika halten.

»Das sind Gelder der Entwicklungszusammenarbeit«, kritisiert Inge Brees von der NGO CARE in Brüssel. Hilfe konzentriert sich so auf Länder, die für die Migrationskontrolle interessant sind – und fehlt dementsprechend woanders. Genauso sei es beim EU-Türkei-Deal gewesen: Die Erdoğan zunächst versprochenen drei Milliarden Euro stammen im Wesentlichen aus dem Topf der EU-Nothilfeagentur ECHO. »Das hätte sonst auch für andere Krisen zur Verfügung gestanden«, sagt Brees. Das Gleiche gilt für den mittlerweile auf 2,5 Milliarden Euro angewachsenen EUTF. Auch darin stecken vor allem noch nicht verplante Mittel des EU-Entwicklungsbudgets.

Die europäische Hilfe wird so zum Druckmittel gegenüber einer Reihe der ärmsten Staaten der Welt. Unverblümter und umfassender

als früher wird Hilfe an Bedingungen geknüpft, umgewidmet, konzentriert: Dahin, wo Europas politische Prioritäten liegen. Diese Tendenz zeichnet sich schon seit Jahren ab. Sichtbar wurde sie etwa bei der Jahrespressekonferenz der staatlichen deutschen Entwicklungsagentur GiZ im vergangenen Juli. Die GiZ ist für alle Entwicklungsthemen zuständig: Klimaschäden, Nachhaltigkeit, sauberes Wasser, Ernährung, Land, Bildung, Gesundheit und so fort. Auf der Pressekonferenz war von alledem aber praktisch nichts zu hören. GiZ-Vorstand Tanja Gönner sprach ausschließlich davon, was die GiZ in Sachen Flüchtlinge tut. Der Kampf gegen Armut als Bekämpfung irregulärer Migration – das ist das neue Paradigma der Entwicklungszusammenarbeit.

Seit Monaten verhandelt die EU mit Hochdruck über »Migration Compacts« genannte Vereinbarungen – bislang mit Libanon, Jordanien sowie den fünf »Prioritätsstaaten« der neuen Afrikapolitik: Senegal, Mali, Nigeria, Niger und Äthiopien. Nun sollen auch Afghanistan, Pakistan, Bangladesch, Irak, Eritrea, Somalia sowie weitere Länder in Westafrika hinzukommen. Deutschland setzt sich hinter den Kulissen vehement für einen »Compact« auch mit Ägypten ein. Ein »engeres Zusammenarbeiten zu gemeinsamen Interessen« seien die »Compacts«, heißt es bei der Kommission.

Eines der wichtigsten Projekte dabei ist das GiZ-Programm »Better Migration Management«. Die EU gibt dafür 40 Millionen Euro, Deutschland weitere sechs. Es soll nach Auskunft der GiZ »das Migrationsmanagement am Horn von Afrika verbessern«

Die bislang größte afrikapolitische Offensive der EU endete im Eklat

und »Schleusertum und Menschenhandel eindämmen«. Partnerstaaten sind nicht nur Djibouti, Kenia und Somalia, sondern auch Diktaturen wie Äthiopien, Sudan und Eritrea. Eritrea, eine der schlimmsten Diktaturen der

Welt, ist seit 2008 kein offizieller Partner mehr der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Vom BMZ-kofinanzierten »Better Migration Management« profitiert es wohl trotzdem: Die Ausbildung eritreischer BeamtenInnen im eigenen Land sei zwar abgeschlossen, heißt es bei der GiZ, in Äthiopien aber dürften sie an Schulungen teilnehmen. Auch eine Finanzierung von Projekten in Eritrea selbst schließt die GiZ nicht aus, solange sie über Dritte wie die UN-Anti-Schmuggelorganisationen UNODC geschieht.

Je stärker der Druck auf die Staaten Afrikas wird, Geflüchtete aufzuhalten, desto eher sperren sie sie ein. Das Genfer Institut Global Detention Project zählt aktuell in Ägypten 41 Internierungseinrichtungen für Flüchtlinge, in Libyen 33, in Marokko 16, im Senegal fünf, in Tunesien zwei, in Mauretanien eines – sämtlich Partnerländer der EU. Die Bedingungen in den Lagern sind meist grauenhaft. Die deutsche Botschaft in Niger sprach gegenüber dem Auswärtigen Amt Ende Januar gar von »KZ-ähnlichen Zuständen« in den Lagern in Libyen. Und trotzdem: Nach Auskunft von Manlio Scopigno, dem Kommandanten der EU-Marinemission EUANVFOR Med, eruierten IOM und die EU-Mission EUBAM Libya derzeit, welches dieser Lager nach EU-Standards umgebaut werden kann, um Flüchtlinge aus dem Mittelmeer dorthin zurückbringen zu können.

Am liebsten aber wäre es der EU, die Menschen kämen gar nicht erst bis zum Mittelmeer. Sie überzieht den afrikanischen Kontinent mit einem immer dichteren Netz von Kontrollmechanismen, die die Bewegungsfreiheit vor allem Richtung Norden einschränken. Gao im Nordosten Malis etwa ist eines der zentralen Drehkreuze, hier verläuft die meistfrequentierte Transsahara-Migrationsroute Richtung Norden. Zwischen Mali und Niger herrscht

eigentlich die Freizügigkeit der ECOWAS-Region. Doch die nigrische Polizei weist immer mehr Reisende ab. »Was an dieser Grenze geschieht, sind die direkten Auswirkungen des Valetta-Gipfels«, sagt Eric Camden, der seit 2009 für die Caritas vor Ort ist.

Laissez-Passer nur bei Abschiebungen

► Und doch ist es keineswegs so, dass Afrika die Wünsche der EU in Sachen Migrationskontrolle einfach erfüllt. Die bislang größte Schlappe erlitt die EU am 29. Dezember. An diesem Tag näherten sich zwei Flugzeuge der malischen Hauptstadt Bamako, beide gestartet in Paris-Orly, an Bord jeweils ein Mann, den Frankreich nach Mali abschieben wollte. Beide hatten keinen Pass. Ihre Abschiebung war ein Testlauf für die künftige Praxis der EU-Länder. Viele Flüchtlinge und MigrantInnen aus Afrika haben entweder keinen Pass oder lassen ihn verschwinden. Wird ihr Asylantrag abgelehnt, was meist der Fall ist, können sie nicht abgeschoben werden, denn die Ausländerbehörden brauchen ein Reisedokument. Bislang gab es dazu vor allem einen Weg: Die Botschaften der mutmaßlichen Herkunftsländer. Doch die sind den Ausländerbehörden oft keine Hilfe. Die »AG Rück«, eine in Deutschland mit Abschiebungen befasste Arbeitsgruppe von Bund und Ländern, kritisiert, die Botschaften würden ihre BürgerInnen vor den deutschen Behörden schützen. Es fehle das »politische Interesse an Rückführungen«. Manche Länder wollten gar Zugeständnisse oder Geld abpressen. Kurzum: Kein Pass, keine Abschiebung.

Schon vor Jahrzehnten hat sich die EU einen Ausweg für dieses Problem ausgedacht. Es heißt Laissez-Passer. Dieses Papier soll als Ersatz für einen Pass dienen und einen Grenzübergang ermöglichen. Doch bislang weigerten sich – mit Ausnahme des Inselstaats Kap Verde – sämtliche Länder Afrikas offiziell, es zu akzeptieren. Zum einen würde dies innenpolitisch wie Verrat an der eigenen Bevölkerung aufgefasst. Zum anderen verlören die Botschaften die Souveränität zu prüfen, ob jemand tatsächlich BürgerIn des jeweiligen Landes ist.

Die wichtigste Forderung der EU an die afrikanischen Staaten und zugleich Kern der »Migration Compacts« war deshalb die Unterzeichnung von Rücknahmeabkommen. Diese sollen die Partnerstaaten zu dreierlei verpflichten. Erstens: Sie sollen BürgerInnen so genannter Drittstaaten, also fremder Länder, bei Abschiebungen aufnehmen, wenn sie durch ihr Territorium nach Europa gelangt sind (wenn etwa eine Kamerunerin über Marokko nach Spanien gelangt, schiebt Spanien sie nicht nach Kamerun ab, sondern nach Marokko). Zweitens: Anders als bislang sollen die afrikanischen Botschaften schnell Pässe für eigene BürgerInnen ausstellen, wenn diese abgeschoben werden sollen. Und drittens: Falls die Botschaften nicht mitspielen, sollen die Länder akzeptieren, dass die EU einfach selbst die Reisepapiere ausstellt: Die Laissez-Passers.

Mali ist ein Land, dessen BewohnerInnen traditionell zum Arbeiten auswandern, manche nach Europa, vor allem in die ehemalige Kolonialmacht Frankreich. Seit langem gibt es deshalb ein Ministerium für MalierInnen im Ausland, eine starke Interessenvertretung der Diaspora. Von Abschiebungen hält es nicht viel. In einem internen Papier hat die EU-Kommission im Januar 2016 die Lage so beschrieben: Migration gelte dort »kulturell als Erfolgsmodell«, die »wirtschaftliche Bedeutung von Überweisungen ist zu berücksichtigen«. Der Auswärtige Dienst der EU notierte: »Die Regierung ist gegen Rücknahmeabkommen.« So wurden zuletzt

nur rund elf Prozent der ausreisepflichtigen MalierInnen abgeschoben. Die EU will diese Quote unbedingt steigern.

Mehr als ein Jahr nach dem Gipfel von Valletta und sechs Monate, nachdem die EU ihre Sanktionsdrohung ausgestoßen hatte, hatte noch kein einziger Staat Afrikas seine Unterschrift unter ein Rücknahmeabkommen gesetzt. Erst am 11. Dezember 2016 verkündete die EU, dass der niederländische Außenminister Bert Koenders im EU-Auftrag und sein Amtskollege Abdoulaye Diop aus Mali ein Rücknahmeabkommen für abgelehnte malische AsylbewerberInnen unterzeichnet hätten. Es wäre der erste Sieg der EU in dieser Sache gewesen, Mali wäre der erste Staat auf dem afrikanischen Festland, der sich auf einen solchen Vertrag mit der EU einlässt. Doch nach heftigen Protesten in Mali dementierte der Außenminister Diop umgehend: Es sei gar kein Rücknahmeabkommen unterzeichnet worden. Entsprechende Meldungen seien »Lüge«. Es seien lediglich im Rahmen des Migrationsdialoges mit der EU neun Projekte im Umfang von 145 Millionen Euro für Mali vereinbart worden. Das Ganze zog sich hin bis zu jenem Tag, an dem in Paris die beiden Männer ins Flugzeug nach Bamako gesetzt wurden, die keinen Pass hatten, sondern nur die Laissez-Passers, die die EU als Abschiebe-Allzweckwaffe so gern zur Verfügung hätte.

Doch Mali spielte nicht mit. Am Abend des 29. Dezembers ließen die malischen Grenzpolizisten am Flughafen von Bamako die beiden Männer nicht einreisen. Die Papiere seien kein gültiges Identitätsdokument, erklärte die Regierung. Stundenlang protestierten französische Begleitpolizisten und die Fluggesellschaften. Sie wollten nicht einsehen, die Männer nun auf eigene Kosten zurückfliegen zu müssen. Doch die malischen Beamten blieben hart. Am nächsten Morgen waren die beiden Männer wieder in Paris. Die bislang wohl größte afrikapolitische Offensive der EU endete im Eklat.

Die Stimmung ist frostig

► Der nächste Akt spielte erneut auf Malta. Malts Premierminister Joseph Muscat hatte für den 8. und 9. Februar wieder die AfrikanerInnen eingeladen – zum Valletta II-Gipfel. Die EU drängte auf Rücknahmeabkommen, wollte messbare Ergebnisse bei den Abschiebungen. Auf der Tagesordnung klang das so: Eine »bessere Implementierung sicherstellen«. Die Stimmung war frostiger als beim ersten Gipfel.

132 Jahre nach der kolonialen Berliner Afrika-Konferenz formt Europa auch heute wieder Afrikas Grenzen nach seinen Interessen. Wie sehr der Kontinent auf der politischen Agenda steht, zeigen die Pläne für die im November übernommene deutsche G20-Präsidentschaft. Sie fällt in das Jahr, in dem Wahlen in den wichtigsten EU-Staaten Frankreich und Deutschland anstehen. Die RechtspopulistInnen sind im Aufwind, kaum eine Frage wird die Wahlen stärker beeinflussen als der Kampf gegen irreguläre Migration. »Verantwortung übernehmen – besonders für Afrika« heißt daher die »3. Säule« des Programms der Bundesregierung. Im Juni will Merkel die PräsidentInnen des Kontinents zum Gipfel »Partnerschaft mit Afrika« einladen. Am G20-Treffen in Hamburg wenige Wochen später sollen einige von ihnen als Gast teilnehmen dürfen. Afrikas PräsidentInnen dürfen kommen, damit seine BürgerInnen es nicht tun.

► **Christian Jakob** ist Reporter der taz.



Demonstration der Kinderrechtsorganisation MOLACNATS.ORG in Paraguay

Foto: M. Liebel

»Kinder retten«

Ein Plädoyer gegen die postkoloniale Eroberung der Kindheiten

Die meisten entwicklungspolitischen Programme streben die gänzliche Abschaffung von Kinderarbeit und die Vollzeitschule als universales Modell an. Aus einer postkolonialen Perspektive wird daran immer öfter Kritik laut: Das westliche Konzept von Kindheit beruht auf kolonialen Denkfiguren; und Kinderhilfswerke übersehen gerne das Recht der Kinder, als handelnde Subjekte behandelt zu werden.

von **Manfred Liebel**

10 ► »Kinder ohne Kindheit« – in kaum einem Spendenaufruf verzichtet UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, auf diese Formel. Von Kindern ohne Kindheit wird vor allem mit Blick auf die sogenannten Entwicklungsländer gesprochen oder wenn es um indigene und arbeitende Kinder geht. Trotz bester Absicht, den »Kindern ohne Kindheit« ein besseres Leben zu ermöglichen, wird ihr Lebensalltag von den Hilfswerken gerne rundum als von Mangel geprägt dargestellt. Die Kinder erscheinen dann vorwiegend als Opfer, die hilfsbedürftig sind. Sie werden zum Objekt der Hilfsmaßnahmen derer gemacht, die vermeintlich besser wissen, was Kinder brauchen und was ihnen guttut. Sie sollen gerettet werden.

Postkoloniale Ansätze machen hingegen auf die problematischen Aspekte bei der Propagierung von »moderner Kindheit« oder »Kinderrechten« aufmerksam und stellen ihre behauptete Einzigartigkeit oder Absolutheit in Frage. Zudem betonen postkoloniale

KindheitsforscherInnen, dass die in Europa dominierende Vorstellung vom Kind als zu beschützendes und zu versorgendes Wesen schon zur Zeit des Kolonialismus eine Denkfigur war, die der Ausbeutung der Kolonien vorausging und mit dem kolonialen Projekt ideologisch eng verknüpft war.

Koloniale Infantilisierung ...

► Um die Lebensweise und soziale Stellung von Kindern und Konstruktionen von Kindheit aus postkolonialer Perspektive zu untersuchen, reicht es nicht aus, sich Kindern und Kindheiten im Globalen Süden zuzuwenden. Es muss auch gefragt werden, wie das Leben von Kindern und die Kindheitskonstruktionen mit postkolonialen Machtkonstellationen verwoben sind und wie diese Einfluss auf das Leben der Kinder gewinnen.

Die US-amerikanischen Pädagoginnen Laura Cannella und Radhika Viruru übertragen in ihren Studien grundlegende Gedanken aus den Postcolonial Studies auf die Betrachtung der Kindheit. Der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen besteht darin, dass sich in den im Westen dominierenden Mustern von Kindheit die Hierarchisierungen und Trennungen reproduzieren, die aus postkolonialer Perspektive der europäischen Aufklärung und Moderne und ihrem Universalitätsanspruch angekreidet werden. In diesem Kindheitsmuster sehen sie das zeitgleich entstandene Produkt derselben Ideologien, die zur Rechtfertigung der kolonialen Expansion und Eroberungen gedient haben. Dies drücke sich insbesondere in der

parallelen Anwendung des Gedankens der Entwicklung von niederen zu höheren Graden der Vollkommenheit aus. Kindheit werde ebenso wie die nicht-europäischen Weltregionen und ihre BewohnerInnen am unteren Ende der Skala lokalisiert, was sich auch darin zeige, dass die der Kolonisierung unterworfenen Menschen mit Kindern gleichgesetzt würden, die erst noch zu entwickeln seien. Die Kolonisierung sei sogar im Namen der Kinder erfolgt, deren Seelen zu retten seien und deren Eltern dazu angehalten werden müssten, ihre Kinder »richtig« im Sinne der modernen Kindheitsvorstellungen zu erziehen (Cannella & Viruru 2004).

Ähnlich dem Verhältnis zwischen Kolonialherren und Kolonisierten, so Cannella & Viruru, wurde eine strikte Trennung zwischen Erwachsenen und Kindern eingeführt und die Beziehung zwischen beiden als Machtverhältnis institutionalisiert, das auf der Gewalt und dem Vorrecht des Stärkeren basiert. Dies drücke sich schon darin aus, dass mit dem Terminus »Kind« ein Zustand der Unvollkommenheit, Erziehungsbedürftigkeit und Unterordnung verbunden werde, »eine Art von epistemischer Gewalt, die die menschlichen Möglichkeiten und Handlungen begrenzt«. Als Quintessenz stellen die beiden Autorinnen die Frage: »Was gibt einigen Menschen das Recht, zu bestimmen, wer andere Menschen sind (Bestimmungen, wie die fundamentale Natur von Kindheit beschaffen ist) und zu entscheiden, was für andere richtig ist?«

Die moderne Kindheit, die mit ihrer Institutionalisierung in Form der Absonderung der Kinder in speziellen Reservaten einhergeht, identifizieren Cannella & Viruru als »kolonisierendes Konstrukt«. Darin reproduziere sich das für die Moderne wegweisende »binäre Denken«, das nur zwischen gut und schlecht, höher und niedriger, richtig und falsch, normal und anormal oder zivilisiert und wild unterscheiden könne. Die Trennung verschaffe Erwachsenen eine privilegierte Position, da ihr Wissen als dem Kind überlegen erscheint; es werde Kindern sogar unter dem Vorwand des Schutzes verweigert. Diese Kind-Erwachsene-Dichotomie verlängere die koloniale Macht, indem sie auf ganze Bevölkerungsgruppen übertragen wird, die als mangelhaft, bedürftig, träge, faul oder unterentwickelt etikettiert werden. Die Kategorien Fortschritt und Entwicklung dienten dazu, andere Gruppen von Menschen abzuwerten und sich der eigenen Überlegenheit gegenüber Menschen anderer Kulturen zu versichern. Die Vorstellung »kindlicher Entwicklung« werde auf erwachsene Menschen in anderen Kulturen übertragen. Es ließe sich auch sagen, sie werden »infantilisiert«.

... und Kolonisierung der Kindheit

► Auch die niederländische Anthropologin Olga Nieuwenhuy (2013) macht sich für eine postkoloniale Analyse von Kindheit stark. Diese biete die Möglichkeit, die Perspektiven und Erfahrungen der Kinder selbst, einschließlich ihrer künstlerischen, literarischen und materiellen Kultur, ins Zentrum der Analyse zu stellen. Die Kreativität und Sensibilität von Kindern hinsichtlich sozialer Ungerech-

tigkeit und ihre widerständige Praxis, die weitgehend aus dem Blick geraten sei, könne so wieder zu ihrem Recht kommen.

Bereits seit den frühen 1970er Jahren sind Studien entstanden, welche die historische und geografische Begrenztheit der westlichen Kindheitskonstruktionen aufzeigten. So stellte etwa der französische Historiker Philippe Ariès (1975) in seiner zuerst 1960 erschienenen »Geschichte der Kindheit« die vermeintliche Überzeitlichkeit und



Alltägliche Disziplinierung. Schule in Kenia 2014

Foto: Blog von Plan future

Allgemeingültigkeit des »infantilisierenden« westlich-bürgerlichen Kindheitsbildes in Frage. In der 1973 publizierte Schrift »Plädoyer für die Entkolonisierung des Kindes« des Schweizer Anthropologen und Psychoanalytikers Gérard Mendel heißt es: »Insbesondere haben alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf religiösem wie auf ökonomischem Gebiet – Ausbeutung der Kolonialvölker, Ausbeutung der Frau, des Kindes – sich das Phänomen, das seinen Ursprung in der biologischen und psychisch-affektiven Abhängigkeit des Kleinkindes vom Erwachsenen hat, zunutze gemacht.«

Ähnliche Gedanken wurden zur gleichen Zeit in vielen anderen Ländern im Rahmen antiautoritärer und antipädagogischer Bewegungen formuliert. Im deutschen Sprachraum ist hier die Schrift des österreichischen Erziehungswissenschaftlers Peter Gstettner mit dem bezeichnenden Titel »Die Eroberung des Kindes durch die Wissenschaft. Aus der Geschichte der Disziplinierung« (1981) zu nennen. In Lateinamerika sind einige Arbeiten publiziert worden, die sich ausdrücklich mit postkolonialen Einflüssen auf »indigene Kindheiten« oder »lateinamerikanische Kindheiten« auseinandersetzen und dabei teilweise ausdrücklich auf postkoloniale Theorien zurückgreifen, etwa von Grimaldo Rengifo Vásquez (2005) oder Giangi Schibotto (2015). In einem voluminösen Sammelband zur Geschichte der Kindheit in Lateinamerika (Rodríguez & Mannarelli 2007) ist in mehreren Beiträgen von den Konflikten zwischen kolonialen und indigenen Kindheitskonzepten die Rede. Noch deutlicher geschieht dies in einer ebenfalls sehr umfangreichen Monografie über die Geschichte der Kindheit in Chile seit 1810 (Rojas Flores, 2010). Gemeinsam ist diesen Studien, dass sie den universellen Anspruch des mit der bürgerlichen Gesellschaft in

Europa entstandenen Kindheitsmusters zurückweisen, welches noch immer den Handlungsimperativ von Regierungen und entwicklungspolitischen Organisationen darstellt.

In den Ländern des Globalen Südens ist das Leben der Kinder sehr häufig mit Arbeit verknüpft. Kinder arbeiten unter verschiedenen Bedingungen und aus verschiedenen Gründen, wenngleich ihre Tätigkeiten in den indigenen Sprachen oft spezifisch benannt sind und nicht als Arbeit oder Kinderarbeit bezeichnet werden. Häufig dient ihre Arbeit dazu, den Lebensunterhalt der Familie zu sichern, und sie wird unter Bedingungen ausgeübt, die das Leben und die Zukunftsperspektiven der Kinder beeinträchtigen. Gleichwohl findet sich bei nahezu allen Kindern, die arbeiten, eine positive Einstellung zu ihrer Arbeit. Sie sind in aller Regel stolz darauf, dass sie etwas tun, was für das Leben anderer Menschen Bedeutung besitzt, und dass sie Mitverantwortung für ihre Familien und Verantwortung für sich selbst übernehmen. Wenn arbeitende Kinder Gelegenheit finden,

Kindheitskonstruktionen sind mit postkolonialen Macht-konstellationen verwoben

sich über ihre Arbeitserfahrungen mit anderen Kindern auszutauschen, und wenn sie den Eindruck gewinnen, dass ihre Arbeit auch bei Erwachsenen in ihrem Umfeld Anerkennung findet, gelangen sie meist zu einer sehr differenzierten Bewertung der Arbeit. So unterscheiden sie durchweg zwischen der Arbeit als einer lebensnotwendigen und nützlichen Tätigkeit und den Bedingungen, unter denen sie ausgeübt wird (Liebel, Meade & Saadi, 2012).

Die britische Soziologin Samantha Punch ging 2001 in einer bolivianischen Landgemeinde der Frage nach, welche Aufgaben von Kindern wahrgenommen werden und wie die Verantwortung zwischen Kindern und Erwachsenen geteilt und gestaltet wird: »Eltern ermutigen sie [ihre Kinder], neue Fähigkeiten zu erlernen, indem sie ihnen Gelegenheiten geben, diese zu erwerben und verantwortlich zu sein. Kinder werden ermutigt, unabhängig zu sein: mit ihren Tätigkeiten klar zu kommen,

»Because I am a Girl«

Das westliche Mädchen-Ideal ist im Globalen Süden weder realisierbar noch erstrebenswert

von **Shenila S. Khoja-Moolji**

► Schon seit längerem porträtieren Entwicklungskampagnen Mädchen im Globalen Süden als von Krankheiten, patriarchalen Strukturen und Armut bedroht. Betont wird dabei aber auch ihr Potential, diese Probleme überwinden zu können. Mädchen stehen hier nicht nur für ihren eigenen Fortschritt, sondern auch stellvertretend für den ihrer Familie, der Nation, ja sogar den der gesamten Welt. Es gibt zahlreiche westliche Kampagnen und Projekte, die dieses Motiv aufgreifen: Girl Effect, Girl Up, Girl Rising, G(irls)20 Summit, Because I am a Girl, Let Girls Learn und Girl Declaration. Gordon Brown, derzeitiger Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Globale Bildung, äußert sich in diesem Zusammenhang regelmäßig über das Potential von Mädchen.

2009 schrieben zwei beliebte KolumnistInnen der New York Times, Nicholas Kristof und Sheryl Wu Dunn, über die Unterdrückung junger Frauen den Bestseller »Half the sky – turning oppression into opportunity for oppressed women world wide«.

Daraus entstand ein gleichnamiges Projekt, das sich der Idee verschrieb, aus »der Unterdrückung eine Chance zu machen«. Im April 2016 versprach die Weltbank 2,5 Milliarden US-Dollar für explizit an Mädchen gerichtete Bildungs- und Empowerment-Projekte in Subsahara-Afrika und Südasien.

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit werden indes nur bestimmte Idealbilder kindlicher Weiblichkeit als »gesund« oder »modern« betrachtet. Demnach sind empowernde moderne Weiblichkeiten durch Individualismus, Unternehmerintention, Konsumkultur, späte Ehe und späte Schwangerschaft, Teilhabe am

Lohnarbeitsmarkt und positive Ausdrucksformen von Sexualität im öffentlichen Raum charakterisiert. Dieses Modell von Weiblichkeit orientiert sich jedoch stark an den Erfahrungen und Vorstellungen von weißen Mittelklasse-Frauen. Im Gegensatz dazu werden Mädchen, die in Armut, in ländlichen Regionen oder in Stadtteilen mit hoher Gewalt, Kriminalität und Drogenhandel leben, als »gefährdet«, »rückständig« oder »gescheitert« klassifiziert. Dies gilt auch für Mädchen, die eher das Wohl ihrer Familie oder ihrer Gemeinschaft in den Vordergrund stellen und denen Solidarität wichtiger ist als Individualismus.

Meine Forschungen in Pakistan ergaben, dass viele Frauen und Mädchen das westliche Ideal von junger Weiblichkeit weder für realisierbar noch für erstrebenswert erachten. Viele junge Frauen betrachten Lohnarbeit nicht als eine »Wahl« oder ein »Recht«, sondern als eine Form von Zwang. Und zwar vor allem, weil die

Arbeitsmöglichkeiten, die sich ihnen real bieten, prekär oder sehr ausbeuterisch sind. Stattdessen plädieren sie dafür, lokale Unterstützungssysteme wie zuverlässige Regierungsbeamte und Gremien sowie zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken. Die westliche internationale Entwicklungszusammenarbeit hingegen betrachtet genau diese

Viele junge Frauen betrachten Lohnarbeit als eine Form von Zwang

Institutionen oft als patriarchal, unterdrückerisch und ignorant gegenüber Empfehlungen. Frauen und Mädchen in Pakistan empfinden lokale Strukturen jedoch oft als unterstützend, insbesondere, wenn öffentliche zentralstaatliche Einrichtungen fehlten. So springen zum Beispiel lokale NGOs ein, wenn internationale

Arbeit und Schule zu kombinieren oder weite Distanzen ohne Begleitung zurückzulegen.«

Vollzeitschule und Arbeitsverbot

► Sicherlich sind Kinder, die in der städtischen informellen Ökonomie oder auf Exportplantagen arbeiten, vor andere Herausforderungen gestellt. Hier sind die mit der kapitalistischen Globalisierung einhergehenden Einflüsse auch für Kinder unmittelbar spürbar. Das westliche Kindheitsmuster und vor allem der Schulbesuch scheinen für diese Kinder auf den ersten Blick eine gewisse Entlastung mit sich zu bringen und eine bessere Zukunft zu versprechen. Von der meist prekären Arbeit verschont und stattdessen beschützt und versorgt zu werden und sich dem schulischen Lernen widmen

zu dürfen, scheint für sie einen Ausweg zu eröffnen. Doch das darin enthaltene Versprechen täuscht, weil es oft völlig an den tatsächlichen Lebensverhältnissen und den Selbstbildern der Kinder vorbeigeht.

Eine Politik, die die Durchsetzung der Vollzeitschulpflicht («Schule ist der beste Arbeitsplatz») zum Allheilmittel für die Misere indigener und arbeitender Kinder hochstilisiert, stößt daher auf Kritik. In einer Expertise für eine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu »indigener Kinderarbeit« wertet Pedro García Hierro sie als »Exzess, weil sie die kulturell angepassten Bildungsinitiativen stört, die nicht notwendigerweise die Schule als vorrangige formale Struktur benötigen«. Das Insistieren auf Vollzeitschulpflicht, die die Kinder vom Leben und seinen kulturellen Verankerungen trennt, gleicht der Absicht, die in den früheren Kolonien mit den Missionsschulen und den daraus hervorgegangenen Schulsystemen verfolgt wurde. ►



Foto: concernedforworkingchildren

Organisationen das Land wieder verlassen oder nicht in der Lage sind, ihre Projekte weiterzuführen.

Selbstverständlich sind nicht alle lokalen Institutionen Garanten für Geschlechtergerechtigkeit. Wenn allerdings Kindheit als entscheidender Faktor für Entwicklung betrachtet wird, dann sollten Mädchen und Frauen im Globalen Süden auch sagen dürfen, was für ein Leben sie wollen und wie sie es leben wollen.

Durch die vorherrschende entwicklungspolitische Sichtweise auf Mädchen wird jedoch die soziale Entwicklung als individualisiertes Projekt dargestellt. Sie lenkt den Blick ab von Strukturen, Systemen und Netzwerken, die tatsächlich die ökonomische, soziale und politische Marginalisierung der Mädchen produzieren. Die Suche nach neuen Märkten in Afrika und Asien, Korruption, das koloniale Erbe, der so genannte Krieg gegen den Terror – all dies verstärkt Armut und vertreibt Millionen von Menschen. Die internationale EZ-Gemeinschaft fordert Mädchen auf, persönliche Verantwortung für ihr Wohl zu übernehmen. Nicht, dass Mädchen nicht (politisch) handlungsfähig wären, im Gegenteil: In Pakistan konnte ich zahlreiche Formen ihres Widerstands dokumentieren. Doch es ist falsch, diesen Widerstand von Mädchen zu erwarten.

Kampagnen, die sich lediglich auf Mädchen als Zielgruppe konzentrieren, tendieren dazu, die strukturellen Probleme, welche die Mädchen belasten, zu ignorieren und sie auf der eigenen politischen Agenda auszulassen. In Pakistan reicht es nicht, einfach nur den Zugang für Mädchen zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, ohne die politischen und ökonomischen Bedingungen anzuerkennen, die ihr Leben prekär machen. Es gälte, für gute Löhne zu kämpfen statt einfach nur für »Jobs«. Notwendig wäre auch, gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch das

transnationale Kapital zu kämpfen und einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, um Sicherheit am Arbeitsplatz garantieren zu können sowie den pakistanischen Staat dazu zu bewegen, in den geschwächten sozialen Bereich zu investieren.

Damit feministische Politik effektiv umgesetzt werden kann, braucht es strukturelle Veränderungen und handlungskräftige politische und finanzielle Institutionen, um das Wohlergehen von Frauen und Mädchen nachhaltig zu verbessern. Wir sollten dabei aber mit der Annahme vorsichtig sein, dass es ein einziges Ideal von jugendlicher Weiblichkeit gibt, nach dem jede strebt. Zudem sollten wir nicht zulassen, dass Feminismus als Vorwand genutzt wird, um aus Mädchen flexible, schlecht bezahlte und unterbeschäftigte Arbeiterinnen zu machen.

► **Shenila S. Khoja-Moolji** forscht an der Universität Pennsylvania über Gender und postkoloniale Erziehungskonzepte. Ihr Beitrag erschien zuerst auf dem South-Asia-Blog der London School of Economics and Political Science. *Übersetzung aus dem Englischen: Svetlana Hildebrandt*

Die ILO strebt eine vollständige Abschaffung der »Kinderarbeit« bis zum Jahr 2020 an (ILO 2012). Mit dem von ihr verfolgten Programm werden nicht nur die äußerst verschiedenen Bedingungen, unter denen heute Kinder arbeiten, zugunsten eines pauschalen, von oben diktierten Maßnahmenkatalogs ignoriert. Es werden auch die lokalen Erfahrungen und Sichtweisen missachtet, namentlich die Erfahrungen und Sichtweisen der indigenen und arbeitenden Kinder, die als kulturell rückständig oder »unreif« abgewertet und ausgegrenzt werden. Damit ist auch die Gefahr verbunden, andere Kindheitskonstruktionen nicht nur zu missachten, sondern auszulöschen.

Kindheitskonzepte jenseits der westlich-modernen Vorstellungen sind keine homogene Einheit, aber sie gleichen sich darin, dass die Kinder nicht von der »Welt der Erwachsenen« getrennt sind, sondern in geteilter Verantwortung an deren Leben teilhaben. Diese Teilhabe nimmt unter dem Druck der kapitalistischen Globalisierung und der von ihr erzwungenen Ausbeutung und Armut oft Formen an, die das Leben vieler Kinder belasten und sogar gefährden. Daraus aber den Schluss zu ziehen, alle real gelebten Kindheiten, die nicht dem westlich-modernen Muster entsprechen, abschaffen und die »Kinder retten« zu müssen, wäre fatal. Wirtschaftliche Ausbeutung von Kindern oder deren Überbelastung und Gefährdung durch Armut sind das Ergebnis neoliberaler Politik und sollten nicht mit den nicht-westlichen Kindheitskonzepten verwechselt werden. Letztere enthalten sogar einen Kern, der das Selbstvertrauen der Kinder stärken und sie zur praktischen Kritik an Armut und Ausbeutung ermutigen kann.

Diese Ermutigung ergibt sich daraus, dass die Kinder in dem Bewusstsein aufwachsen, gebraucht zu werden. Sie sind in ihrem täglichen Leben gefordert, lebenswichtige Aufgaben mit zu übernehmen und finden dafür in ihrem Lebensumfeld in der Regel Anerkennung. Ihre Kindheit ist zwar nicht frei von Belastungen, aber die Kinder haben meist auch Freiräume, in denen sie zum Beispiel spielen oder anderen Tätigkeiten nachgehen können, die in ihr Belieben gestellt sind. Ihre Zukunft ist nicht dadurch gefährdet, dass sie arbeiten, sondern eher durch ein Bildungssystem, das nicht auf ihre Lebenssituation abgestimmt ist und sie diskriminiert und ausschließt.

Befreiung von unten

14

► In den sozialen Bewegungen arbeitender Kinder, die seit vier Jahrzehnten in Lateinamerika und seit drei Jahrzehnten in Afrika und Asien aktiv sind, lässt sich beobachten, dass die Kinder ihre Interessen und Rechte sehr selbstbewusst vertreten und großen Wert darauf legen, als soziale Subjekte anerkannt zu werden und agieren zu können. Die von ihnen vertretenen Vorstellungen gehen über die Formen von Partizipation hinaus, die Kindern im Globalen Norden zugestanden werden. Sie begnügen sich nicht mit Kinderparlamenten oder Schülerräten, die kaum etwas zu melden haben. Stattdessen mischen sie sich in Fragen ein, die sich Erwachsene bisher vorbehalten haben, und bestehen darauf, bei allen wesentlichen Fragen der Gesellschaft mitzuzentscheiden.

Einige Beispiele: Statt von der Polizei schikaniert zu werden, verlangen sie, dass diese sie beschützt und ihre Rechte respektiert, und bieten ihr sogar an, sie bei der Fortbildung ihres Personals zu beraten. JournalistInnen, die arbeitende Kinder in ihren Artikeln als »Rumtreiber« oder »Straßenkinder« diffamiert haben, statten sie

in ihren Büros unangemeldet Besuche ab. Mit öffentlichen Aktionen setzen sie kommunale Behörden unter Druck, um für eine bessere Wasserversorgung in ihren Wohnvierteln zu sorgen. Von Regierungen verlangen sie, die Gesundheitsdienste besser auszustatten und in Krankenhäusern umsonst behandelt zu werden. Oder sie bestehen darauf, in den Schulen nicht »kleiner« gemacht zu werden, als sie sind, sondern ihre Erfahrungen, die sie als arbeitende Kinder erworben haben, ernst zu nehmen und im Unterricht aufzugreifen.

Sie akzeptieren auch nicht länger, dass ihnen willkürlich vorgeschrieben wird, ab welchem Alter sie wählen oder arbeiten dürfen.

Den sich organisierenden Kindern geht es also nicht darum, überlieferte Bräuche zu konservieren, sondern sie greifen Erfahrungen und Kenntnisse auf, die sie in ihrem Alltag und durch internationale

Kontakte erworben haben. Sie wissen, dass es in der Welt ungerecht zugeht und dass sie zu denen gehören, die diese globale Ungerechtigkeit ausbaden müssen. Ihre Bewegungen verkörpern eine Perspektive der Befreiung von unten, die über die Emanzipation im Generationenverhältnis hinausweist. Ihnen geht es nicht nur um einen besseren Schutz und Wohltaten für Kinder, sondern um eine Welt, in der alle Menschen, egal wie alt und welcher Herkunft sie sind, mit ihren Eigenheiten und Fähigkeiten anerkannt werden und in Würde leben können. Im Aufbegehren der Kinder im Globalen Süden könnte sich, wie der in Mexiko lebende Philosoph Enrique Dussel mit Blick auf globalisierungskritische Bewegungen betont, die »Kreativität einer erneuerten, nicht nur entkolonialisierten, sondern wirklich neuartigen Kultur« abzeichnen, die auf einem gleichberechtigten interkulturellen Dialog beruht, der sich seinerseits durch gegenseitige Anerkennung auszeichnet.

Wenngleich sich viele Kinderhilfsorganisationen auf die UN-Kinderrechtskonvention beziehen und damit das Recht der Kinder auf Hilfe unterstreichen, ist dies nur scheinbar eine Abkehr von der paternalistischen Grundhaltung. Denn Kinderrechte werden dabei nur selten als subjektive Rechte verstanden, die Kinder selbst einfordern und in Anspruch nehmen können (Liebel 2013; 2015). Würden die Hilfsorganisationen Kinderrechte so verstehen, müssten sie ihre abgehobenen Vorstellungen von einer bloß hilfsbedürftigen Kindheit überdenken.

Literatur

- Philippe Ariès (1975): *Geschichte der Kindheit*. München
- Gaile S. Cannella & Radhika Viruru (2004): *Childhood and Postcolonization: Power, Education, and Contemporary Practice*. New York & London
- Manfred Liebel, Philip Meade & Iven Saadi (2012): Brauchen Kinder ein Recht zu arbeiten? Kindheitskonzepte und Kinderarbeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(43), S. 35-41
- Manfred Liebel (2013): *Kinder und Gerechtigkeit. Über Kinderrechte neu nachdenken*. Weinheim & Basel
- Manfred Liebel (2015): *Kinderinteressen. Zwischen Paternalismus und Partizipation*. Weinheim & Basel
- Olga Nieuwenhuys (2013): Theorizing childhood(s): Why we need postcolonial perspectives. In: *Childhood*, 20(1), S. 3-8

► **Manfred Liebel** war bis 2005 Professor für Soziologie an der TU Berlin und hat von 2007 bis 2016 als Gastprofessor den Masterstudiengang »Childhood Studies and Children's Rights« an der FU Berlin geleitet. Er ist Berater der Bewegungen arbeitender Kinder und Jugendlicher in Lateinamerika, Afrika und Indien.



Im Oktober 2016 wurde diese Gedenkstatue vor der Universität von Shanghai errichtet

Foto: Japan Times, Kyodo

Reden wäre Gold

Japan übt Stillschweigen über die Kriegsverbrechen an Zwangsprostituierten in Asien

Die Regierungen Japans und Südkoreas schlossen Ende Dezember 2015 ein Abkommen über den Umgang mit den Kriegsverbrechen an Frauen in japanischen Militärbordellen. Weil es von den Betroffenen als völlig unzureichend abgelehnt wird, kommt es zu heftigen Protesten innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft und darüber hinaus. Das Scheitern einer angemessenen Vergangenheitspolitik ist bis in die Freiburger Stadtpolitik spürbar.

von Mira Krebs

► Im südkoreanischen Busan kam es Anfang Januar zu Protesten gegen ein Denkmal, das eine südkoreanische Gruppe vor der japanischen Botschaft aufgestellt hatte. Es handelte sich um ein Mädchen aus Bronze, das an das Schicksal von rund 200.000 Zwangsprostituierten erinnert, die während der japanischen Besatzung und im Zweiten Weltkrieg in verschiedenen asiatischen Ländern Gewalt erlitten hatten. Rund 85 dieser Mädchenstatuen stehen in südkoreanischen Städten. Sie erinnern an ein Kriegsverbrechen: Die verharmlosend als »Trostfrauen«¹ (Comfort Women) bezeichneten Sexsklavinnen waren ab 1932 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vom japanischen Militär ausgebeutet worden.

Die Statuen symbolisieren außerdem den Protest gegen ein Abkommen, das die Regierungen Japans und Südkoreas ohne die aktive Beteiligung der betroffenen Frauen im Dezember 2015 geschlossen hatten, um den jahrzehntelangen Streit um die Trostfrauen politisch beizulegen. Das Abkommen, das einen finanziellen Entschädigungsfonds vorsieht, wurde von den Opfern nicht angenommen. Die Mädchenstatuen dienen damit nicht nur dem Gedenken an die Verbrechen und das Leid der Zwangsprostituierten, sondern sind auch Ausdruck des Scheiterns des Abkommens.

Inzwischen protestiert auch Japan, und zwar gegen die Protest- und Gedenkstatue in Busan, indem es kurzerhand seinen Konsul aus der Stadt abzog. Protest gegen das Abkommen, Protest gegen den Protest: Offensichtlich hat das Abkommen versagt. Bis jetzt konnte es aufgrund des heftigen Protests gegen die vertraglich ausgehandelten Regelungen nicht umgesetzt werden. Das Gegenteil ist eingetreten: Der Widerstand innerhalb weiter Teile der Zivilbevölkerung Südkoreas, internationale Kritik sowie Japans Reaktionen auf beides sorgen für eine Verhärtung an allen Fronten.

Stillschweigen unerwünscht

► Die ehemaligen Trostfrauen und ihre UnterstützerInnen halten eine kritische Auseinandersetzung der japanischen Gesellschaft mit

ihrer eigenen Vergangenheit für notwendig. Dieser Wunsch stößt bei der japanischen Regierung jedoch bis heute auf taube Ohren, wenn nicht gar auf Ablehnung. Eine Erinnerungskultur in Form von öffentlicher Repräsentation der Geschichte der Trostfrauen wird von Japans Spitze verachtet. Stattdessen beschwert sich die Regierung, dass die südkoreanische Regierung die dortigen Opfergruppen nicht stillhält.

Dabei illustrieren die Friedensstatuen, die seit 2011 weltweit an verschiedenen Orten aufgestellt wurden, Japans Schwierigkeiten, das Verbrechen an den Trostfrauen zu handhaben. Wöchentlich abgehaltene Demonstrationen vor der Nase japanischer DiplomatenInnen in Seoul sind ebenfalls zur Erinnerungsgebärde an die eigene Kriegsschuld geworden. Die japanische Regierung absolviert einen Seiltanz im offiziellen Umgang mit dem Verbrechen an den Trostfrauen. Massiver Druck des Auslands sowie starker Einfluss aus der ultra-rechten Szene im Innern verkomplizieren jeden Schritt des Handelns der regierenden Entscheidungsträger. Die Mädchenstatuen legen den Finger noch tiefer die Wunde.

Wegen heftiger Reaktionen aus Japan hatte die Stadt Freiburg im September 2016 die Aufstellung einer von der südkoreanischen Partnerstadt Suwon gestifteten Friedensstatue – es wäre die erste dieser Art in Europa gewesen – wieder zurückgezogen. Der Freiburger Bürgermeister, Dieter Salomon, fühlte sich durch den Kollaps der Partnerstadt in Südkorea manipuliert, als Unmut aufkam und die japanische Partnerstadt Matsuyama Freiburg mit der Kündigung der Städtefreundschaft drohte. Es obliege jedem Land selbst, mit den dunklen Kapiteln seiner eigenen Vergangenheit umzugehen, meinte Salomon im Nachhinein. Damit rettete er zwar das Verhältnis zur japanischen Partnerstadt, verleugnete zugleich aber das zur koreanischen Seite. Kritische japanische Stimmen, die in Japan eine Aufarbeitung des japanischen Faschismus und der eigenen Geschichte fordern, wurden nicht zu Rate gezogen. Das mögliche Argument, es sei nicht angemessen, mit einer solchen Statue auf die Verfehlungen anderer zu zeigen, ohne den Blick zugleich auch auf vergleichbare Verbrechen der Wehrmacht an Frauen und der deutschen Kriegsschuld zu richten, war jedenfalls nicht die ausschlaggebende Begründung für den Rückzug. Das Angebot aus Suwon hätte Salomon auch als Chance für eine größere öffentliche Debatte über eine angemessene Erinnerungspolitik für derlei Kriegsverbrechen nutzen können. Die hat er vertan.

Weder diplomatische Begründungen, noch die Suche nach kulturellen Missverständnissen sollten die Hoffnung auf Aufarbeitung der traumatischen Vergangenheit der Frauen behindern. Einseitig vollführte Vergessens- und Verdrängungsmechanismen kommen letztendlich auch keiner globalen Kulturpolitik zugute. Die Errichtung einer Statue für »Frieden« – nicht als Abmahnung – auf neutralen Grund könnte als einladende Freundschaftsgeste in Richtung beider Nationen ausgesandt werden, hängt doch so viel von einer aufwertenden Erinnerungskultur in einem sinnstiftenden Kontext ab.

Was Anlass für die Diskussionen im nordöstlichen Asien gab, betrifft auch Südostasien und Teile des pazifischen Raums, die im Zweiten Weltkrieg unter der Besatzung des japanischen Militärs litten. Obwohl der Anteil weiblicher Opfer sexueller Gewaltverbrechen der japanischer Soldaten in Südostasien weitaus geringer war als in Korea, geben die Misshandlungen von Frauen und Mädchen, ganz unabhängig von Zahlen und Statistiken, Grund für die Auseinandersetzung mit der historisch wenig aufgearbeiteten Vergan-

genheit. Ein weiterer Grund ist die Bedeutung, welche der Umgang mit Geschichte auch für die Gegenwart hat oder haben kann. Das System von Sexsklavinnen der japanisch-kaiserlichen Armee wurde in einigen Ländern des heutigen Südostasiens weitgehend ersetzt durch den Sextourismus aus aller Welt, wie der Autor Toshiyuki Tanaka anmerkt. Wenn dem so ist, wäre eine bewusste Aufarbeitung der Geschichte nicht ohne Wirkung auf die Praxis der Gegenwart.

Sexsklavinnen im Krieg

► Auf Grundlage offizieller Dokumente ist bekannt, dass für die japanische Armee vorgesehene Prostitutionseinrichtungen in China, Hong Kong, Französisch Indochina, Niederländisch-Indien, auf den Philippinen und in Teilen Borneos, in Malaysia, Singapur, Burma, Thailand, Neu Guinea, auf der Inselgruppe Okinawa, den Bonin-Inseln und Hokkaido (Japan) und auf Sachalin (heutiges Russland) existierten. Weitere Standorte in Asien sind aus Memoiren japanischer Marine- und Armeemitglieder bekannt. Um den Nachschub an Sexsklavinnen für die Soldaten konstant zu halten, wurden in den besetzten Zonen Frauen verschiedener ethnischer Herkunft herbeigeschafft. Darunter befanden sich anfangs hauptsächlich Koreanerinnen und Chinesinnen sowie Japanerinnen (wobei Letztere einen Sonderstatus innehatten). Später kamen

Frauen taiwanischer, philippinischer, indonesischer, vietnamesischer, holländischer, malaysischer, thailändischer und weiterer ethnischer Herkunftslinien hinzu. Gesamtschätzungen aller Trostfrauen des japanischen Militärs belaufen sich auf 80.000 bis 200.000 Frauen und Mädchen ab einem

Alter von knapp elf Jahren. Überdurchschnittlich jung waren die entführten oder durch Täuschungsmanöver gelockten Sexsklavinnen auf den Philippinen.

Vereinzelt gab es auch reguläre Prostituierte, die sich aufgrund besserer Verdienstmöglichkeiten für die Sexarbeit bei den Japanern entschieden. Es gilt als wahrscheinlich, dass beim Einfall Japans in Niederländisch-Indien 1942 viele der bereits bestehenden Bordelle in so genannte »Trostfrauen-Stationen« für die Armee umgewandelt wurden. Stießen die Eroberer zu Beginn noch auf Zustimmung innerhalb der einheimischen Bevölkerung, da diese glaubte, mit dem Kriegseintritt der Japaner ihre Unabhängigkeit von der niederländischen Kolonialmacht wiederzugewinnen, änderte sich das bald. Viele Frauen trieb die bittere Armut in die Hände ihrer Peiniger. Manchmal wurden sie vor die Wahl gestellt, ihren Dienst als Zwangsarbeiterinnen in den Fabriken oder als lanfu (japanischer Ausdruck für Trostfrauen) zu verrichten. Aus freien Stücken folgten die wenigsten Frauen, anders als es von konservativen GegnerInnen eines Schuldbekenntnisses von Japan behauptet wird.

Mit Schiffen oder Lastwägen wurden sie in die von Japan besetzten Gebiete gebracht, oft fernab von zu Hause, um den Schlange stehenden Soldaten zu allen Tages- und Nachtzeiten zur Verfügung zu stehen. Dabei lag der Durchschnitt an Männern für eine Trostfrau pro Tag bei 15, 20 oder 30, über Zeiträume von drei Wochen bis zu acht Jahren. Neben sexueller Gewalt erlebten viele der Frauen physische und psychische Misshandlungen, die sie zu körperlichen und geistigen Krüppeln machten, wenn sie nicht schon früher starben.

Nach Japans Kapitulation am 2. September 1945 wurden nur in Einzelfällen Vorkehrungen für die Rückführung der Frauen in

Bis 1993 leugnete die japanische Regierung, in das »Trostfrauen«-System verwickelt zu sein

ihre Heimatländer getroffen. Niemand kann genau sagen, wie viele Frauen dazu die finanziellen Mittel nicht aufbringen konnten oder aus Angst vor Diskriminierung ihre Heimreise nie antraten.

Hinschauen und aufarbeiten

► Seit Ende des Zweiten Weltkrieges gab es hin und wieder Anläufe, Japan für seine Kriegseinsätze und aufgrund seiner Verbrechen als Kolonisator zur Rechenschaft zu ziehen. Die Tokioter Prozesse dauerten vom 3. Mai 1946 bis zum 12. November 1948. Sie fungierten in ähnlicher Weise wie die Nürnberger Prozesse, doch gelten sie als vergessen und wenig wirkungsvoll hinsichtlich der Aufarbeitung innerhalb Japans. So summiert Elazar Barkan, Historiker auf dem Gebiet der Konfliktforschung: »Japans Weigerung, sich mit der Zeit des Krieges auseinanderzusetzen, kann man nicht mehr als ‚Zurückhaltung‘ bezeichnen. Die japanische Regierung und Gesellschaft haben eine intensive und erfolgreiche Unterdrückung aller Informationen über den Krieg betrieben, in denen Japan nicht als friedliebende Nation dargestellt wird oder in denen irgendetwas Negatives über die japanische Geschichte erwähnt wird« (Barkan: 107).

Die japanische Friedensforscherin Madoka Futamura gelangt zu dem Ergebnis, dass die Auswirkungen der Tokioter Prozesse im Nachkriegs-Japan nahe legen, dass internationale Kriegstribunale per se keineswegs Aussöhnung und nachhaltigen Frieden versprechen. Japans Passivität, so Futamura, sei als Negativerfahrung von Krieg, Niederlage und Schuldfragen zu deuten, die dem nationalen Gedächtnis weiterhin anhaften und dem Akt der Versöhnung im Wege stehen.

Auch für die Angelegenheit der Trostfrauen galten die zweieinhalb Jahre andauernden Tokioter Prozesse als wenig befriedigend. Erst die ab dem Frühjahr 1992 auf UN-Ebene aufkommenden Diskussionen brachten neue Hoffnungen für die Opfer sexueller Gewalt und Versklavung mit sich. Bis 1993 leugnete die japanische Regierung Verwicklungen in die Organisation des »Trostfrauen«-Systems. Neue Beweismittel, Aussagen von ZeitzeugInnen und Berichte des japanischen Wissenschaftlers Yoshiaki Yoshimi über die Betroffenen in der liberalen Zeitung Asahi führten allmählich zum Wiederaufkeimen einer Diskussion über die Probleme, die mit der Aufarbeitung zusammenhängen.

Auf den Philippinen arbeitete die NGO Task Force for Filipina Victims of Military Sexual Slavery by Japan an der Erforschung der Vergangenheit philippinischer Trostfrauen. Die International Commission of Jurists (ICJ), eine Menschenrechts-NGO mit JuristInnen aus aller Welt, veröffentlichte 1994 einen Bericht auf Grundlage von Erkenntnissen, die von unabhängigen Gesandten auf einer Mission in den beiden Koreas und auf den Philippinen gewonnen wurden. Um die Aufklärung der Umstände sexueller Gewalt an koreanischen und philippinischen Trostfrauen voranzutreiben und zu Gerechtigkeit für die Opfer beizutragen, warben sie bei der japanischen Regierung für die Umsetzung unmittelbarer Maßnahmen zur vollen Entschädigung der Opfer.

Zwei Jahre darauf beschäftigte sich der UN-Kommissar für Menschenrechte wiederholt mit der Trostfrauen-Thematik. Im Report der Sonderberichterstatterin Radhika Coomaraswamy im Auftrag des Internationalen Büros für Menschenrechte wird der japanischen Regierung nahe gelegt, pädagogische Maßnahmen zu ergreifen, wie die Darstellung der Vergangenheit von Trostfrauen in den nationalen Geschichtsbüchern. Daraufhin bildeten sich zwei widerstreitende Strömungen in Japan: Die Progressiven setzten sich für

eine Aufarbeitung der Trostfrauen-Vergangenheit in den Geschichtsbüchern ein, die konservativen Kräfte wetterten dagegen.

Neben diesen Anstrengungen für die Aufarbeitung auf Regierungs-, UN- und auf zivilgesellschaftlicher Ebene gab es eine Reihe an Literatur, Dokumentationen und weiteren Medien, welche die Ereignisse und Debatten um die Trostfrauen aufgriffen. Es entstanden Netzwerke zwischen Frauen und NGOs in Asien und weltweit, wie zum Beispiel das Women's International War Crimes Tribunal on Japan's Military Sexual Slavery, um den »alternden ‚Trostfrauen‘ eine Form von Rechenschaftspflicht« des japanischen Militärs während des Zweiten Weltkrieges zuzugestehen. Nicht minder aktiv waren und sind lokale Initiativen in Nordamerika, Großbritannien, Europa und Asien, die im kleinen Rahmen Informationsveranstaltungen organisieren, Zeitzeuginnen einladen oder symbolisch aktiv sind, um von Japans Regierung eine Entschuldigung sowie eine angemessene Kompensation für die noch lebenden Trostfrauen einzufordern. Vor allem aber geht es darum, dass die japanische Regierung eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit in der eigenen Gesellschaft nicht weiter blockiert, sondern aktiv fördert.

Solange die Vergangenheit tausender missbrauchter Frauen und Mädchen in Asien und im pazifischen Raum ausgeblendet, verleugnet, verdrängt oder verharmlost wird, solange es immer noch Zeitzeuginnen gibt, die sich dafür schämen, ihre Erfahrungen als Sexsklavinnen der japanischen Armee öffentlich zu machen, solange diesen Frauen weiterhin nur Entschuldigungsfloskeln und mickrige Entschädigungszahlungen für den Verlust ihrer Jugend und ihre lebenslangen Traumata angeboten werden, ist eine transnationale Gerechtigkeit und Versöhnung nicht in Sicht.

Erzwungene (Kinder-)Prostitution stellt auf den Philippinen, in Thailand und weiteren Teilen Südostasiens noch immer ein florierendes Geschäft dar. Gerade die schwächsten Mitglieder der Gesellschaften geraten leicht in die Fänge organisierter Sexsklaverei. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Trostfrauen-Vergangenheit könnte in diesen Gesellschaften dazu beitragen, ein geschärftes Bewusstsein auch für die aktuelle sexuelle Ausbeutung zu schaffen und gegen Missstände aufzubegehren. Entgegen des weit verbreiteten Sprichwortes, Schweigen sei Gold, wäre Reden der fruchtvollere Ansatz für Gerechtigkeit.

Anmerkung

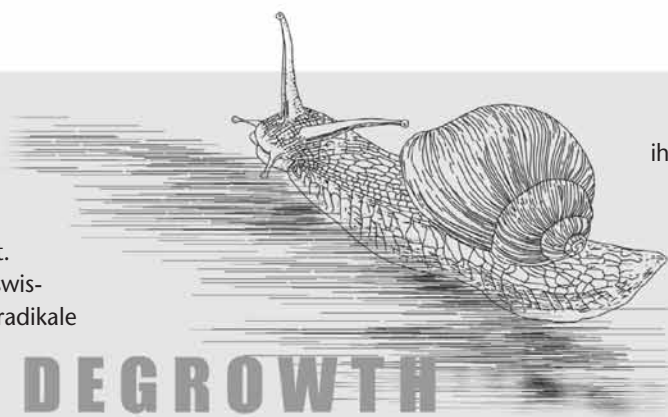
- 1 Im Nachfolgenden wird der Ausdruck distanziert verwendet. Der euphemistische Begriff »Trostfrauen« war Teil des gewaltvollen Diskurses und diskriminierenden Denkens des japanischen Militärs zu dieser Zeit. Gemeint sind hier alle Frauen, die in diesem Gewaltverhältnis zu emotionalen und sexuellen Diensten gezwungen wurden.

Literatur

- Elazar Barkan: Völker klagen an: Eine neue internationale Moral. Düsseldorf, 2002
- Madoka Futamura: Wartime tribunals and transnational justice: The Tokyo trial and the Nuremberg legacy. London, New York, 2008
- Toshiyuki Tanaka: Japan's comfort women. Sexual slavery and prostitution during World War II and the US Occupation. London, 2002
- Yoshiaki Yoshimi: Comfort Women: Sexual Slavery in the Japanese Military During World War II. New York, 2000

► **Mira Krebs** ist Studentin an der Universität Freiburg. Sie engagiert sich gegen den Rückzug der Stadt Freiburg von dem Vorhaben, eine gestiftete Friedenstatue für »Trostfrauen« zu errichten.

► Seit einigen Jahren ist Postwachstum – auf Englisch Degrowth – zu einem bedeutenden Debattenthema avanciert. Sowohl konservative WirtschaftswissenschaftlerInnen als auch linksradikale KlimaaktivistInnen fordern den Bruch mit der Fixierung auf Wirtschaftswachstum. Unser Autor Daniel Bendix steht der wachstumskritischen Degrowth-Bewegung positiv gegenüber, plädiert jedoch für eine Erweiterung



ihrer Perspektive: Um den entwicklungs-kritischen Post-Development-Ansatz und um postkoloniale Ansätze.

Winfried Rust formuliert in seiner Replik eine deutliche Kritik an der Wachstumskritik. Er vermisst an der Degrowth-Bewegung die Einsicht, dass Wachstum viele positive Wirkungen hat – insbesondere aus Sicht der globalen Unterschichten.

Motiv: Cooper Union

Wachsende Wachstumskritik

Die Debatte um Postwachstum und internationale Machtverhältnisse

von **Daniel Bendix**

► Niko Paechs Buch »Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie« (2012) und Meinhard Miegels »Exit: Wohlstand ohne Wachstum« (2010) waren Bestseller. Zur internationalen Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014 kamen rund 3.000 TeilnehmerInnen. Das Konzept des Postwachstum, das den Ausstieg aus der Wachstumslogik fordert, wird seit einigen Jahren recht breit rezipiert, und zwar positiv wie negativ.

KritikerInnen sprechen den Postwachstums-Argumenten und der Degrowth-Bewegung – so divers deren analytische und politische Perspektiven auch sind – einen emanzipatorischen Gehalt ab. Aus linker Perspektive wird Postwachstum oftmals als bourgeoise postmaterialistische Selbstbeschäftigung belächelt, die sich im besten Fall Wohlfühlmischen schaffe. So sei dem Kapitalismus aber nicht beizukommen. Es fehle der Postwachstums-Bewegung oftmals ein Verständnis von Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen.

Meines Erachtens stellt Postwachstum – besonders in der international vernetzten Degrowth-Variante – jedoch eine begrüßenswerte Abkehr vom dominanten westlichen ‚Entwicklungsblick‘ dar, der ausschließlich Armut (im Süden) als Problem wahrnimmt. Um eine adäquate Reaktion auf globale Ungleichheit darzustellen, sollte sich Postwachstum jedoch von postkolonialer Kritik an ‚Entwicklung‘ inspirieren lassen. Es muss sich dem kolonialen Erbe des Nordens stellen und darf nicht weiter davon ausgehen, dass die weltweiten sozialen und ökologischen Problemlagen vor allem mit der Industrialisierung verbunden sind.

»Er zwingt alles zum Arbeiten«

► Den Postwachstums-Ansatz treibt vor allem die Einsicht an, dass aus ökologischen wie sozialen Gründen die Produktions- und Konsumptionsweise in den reichen Ländern des Nordens nicht aufrechterhalten werden kann. Diese sei nicht auf die ganze Welt verallgemeinerbar und bereits heute nur auf Kosten des Südens und der Natur praktikabel. Kritik an vermeintlichem Fortschritt durch kapitalistische Durchdringung von Gesellschaften und Inwertsetzung von Natur wurde in den Ländern des globalen Südens seit Anbeginn des Kolonialismus geäußert – in Wort und Tat. Ein

(vermutlich versklavter) Arbeiter auf einer Zuckerplantage auf Barbados brachte sein Unverständnis für diese Verwertungslogik der KolonistInnen 1676 folgendermaßen auf den Punkt: »Der Teufel steckt in dem Engländer, dass er alles zum Arbeiten zwingt: er zwingt den Schwarzen [Ersetzung des Autors] zur Arbeit, das Pferd zur Arbeit, den Esel zur Arbeit, das Holz zur Arbeit, das Wasser zur Arbeit, und den Wind zur Arbeit.« (zitiert in Linebaugh & Rediker 2008, S. 138)

Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre formierte sich die Post-Development-Schule als Fundamentalkritik des Entwicklungsbegriffs und der so genannten Entwicklungspolitik. Diese entspann sich vor allem in akademischen Kreisen, aber mit starker Nähe zu sozialen Bewegungen. Sie hinterfragt vor allem die Vorstellungen von Veränderung und gutem Leben, die sich im vorherrschenden Entwicklungsbegriff zeigen.

Diese postkoloniale Kritik am Entwicklungsdenken bestreitet, dass man Europas historischen Wandel ohne Kolonialismus verstehen könne. So werden Wohlstand und Moderne Europas in direkten Zusammenhang mit der Zerstörung der übrigen Welt gestellt. Ohne »de[n] Schweiß und die Leichen« der Kolonisierten wäre Europas Aufstieg nicht möglich gewesen, wie Frantz Fanon es in »Die Verdammten dieser Erde« treffend formulierte. Dies steht in gänzlichem Gegensatz dazu, wie Europa sich in seiner Selbstdarstellung konstruiert(e): nämlich als durch eigenen Antrieb, Rationalität, Zivilisiertheit und Fleiß an der Spitze menschlicher ‚Entwicklung‘ stehend. Das beinhaltet auch die Kritik an der Tendenz, die dominante europäische Erkenntnistheorie der positivistischen Rationalität und die Seinslehre der Trennung von Individuum und Gesellschaft beziehungsweise von Natur und Kultur als einzige Grundlage des relevanten Wissens zu verstehen.

Kosmologien des Post-Development

► Im globalen Süden gibt es bereits verschiedene Versuche, alternative Konzepte des Verhältnisses von Menschen untereinander und gegenüber der Natur einzubringen. So haben Ecuador und Bolivien »Buen Vivir« beziehungsweise »Vivir Bien« als politische



Ein solcher Verkehrsstau ist ganz im Sinne von Postwachstum

Foto: iz3w-Archiv

Handlungsmaxime in ihren Verfassungen verankert. Es ging ihnen dabei nicht um die Suche nach neuen universalistischen Rezepten für ein Gutes Leben. Vielmehr ging es zum einen darum, den jeweiligen Kosmologien, also Sichtweisen auf die Welt, auf die sich die Mitglieder einer Gesellschaft unbewusst geeinigt haben, einen formellen Rahmen zu geben. Zum anderen bietet sich so die Möglichkeit, Formen imperialer Produktions- und Lebensweisen zu unterbinden. Vor allem Gemeinschaften oder Initiativen im ländlichen Raum wollen im Zuge von Landraub und hegemonialer Umstrukturierung ihres Lebensraumes autonome Lebens- und Produktionsmuster erhalten oder erkämpfen. Dabei beziehen sie sich normativ oftmals auf nicht-westliche Kosmologien. Dies kann als ein Handeln im Sinne von Post-Development verstanden werden.

Hierzu gehören etwa die Zapatistas, andere indigene Gruppen und afro-diasporische Gemeinschaften in Lateinamerika, aber auch Indiens Adivasi-Bewegungen. Vielfach ist ihr Agieren verbunden mit konkreten Kämpfen für Landrechte, ökonomische Unabhängigkeit und politische wie kulturelle Selbstbestimmung – teils ausgetragen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams oder mit militanteren Formen des Widerstands.

Um ein Beispiel für eine Initiative zu nennen, die von den Kerngedanken des Post-Development getragen ist: Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas gibt es seit einigen Jahren Proteste gegen das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Projekt »Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Vielfalt«. Dem BMZ zufolge geht es darum, die mexikanische Regierung dabei zu unterstützen, »die Wertschöpfung zu verbessern, traditionelles Wissen stärker zu nutzen und Neuerungen einzuführen«, sowie darum, Akteure in die Lage zu versetzen, »die internationalen Standards für die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung von genetischen Ressourcen zu erfüllen« (BMZ o. J.). Die Vereinigung der traditionellen indigenen HeilerInnen und Hebammen in Chiapas verurteilte das Projekt in einer Erklärung hingegen als

Die Konsumptionsweise des Nordens ist nicht auf die Welt verallgemeinerbar

neokoloniale Biopiraterie: »Für den deutschen Staat und unsere neoliberalen Regierungen stellen die Territorien, Ressourcen und Kulturen einen globalen Reichtum in toten Händen dar, die sich unrechtmäßig im Besitz von ausgegrenzten Völkern befinden. Für uns sind sie Brot des gemeinschaftlichen Lebens in den Händen jener, die sie geschützt und vermehrt haben, seit ewigen Zeiten: ihre ursprünglichen Verwalter, die indigenen Völker.« (COMPITSCCH 2011)

Hier wird eine Sicht auf ‚Entwicklung‘ vertreten, die nicht auf Teilhabe an kapitalistischem Wachstum setzt und lediglich einfordert, bei der Kapitalisierung von Wissen und natürlichen Ressourcen nicht leer auszugehen. Vielmehr werden andere Kosmologien angeführt, in der Erklärung sichtbar durch ein nicht-instrumentelles und nicht auf exklusiven Zugang ausgerichtetes Verhältnis zu Land und Natur.

Europas Mythen um Industrielle Revolution

► Von den Publikationen des Konservativen Miegel wird sich in radikaleren Kreisen der Postwachstumsszene abgegrenzt. Für diese sind eher Paech, vor allem aber das Buch »Postwachstum. Krise, Ökologische Grenzen und soziale Rechte« von Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis interessant. Diesen Publikationen gemein ist der Bezug auf die Postwachstumsdebatte und ein Fokus der Analyse auf westlichen Reichtum und das damit verbundene Wachstumsparadigma. Damit werden die Verhältnisse im Norden als ein Problem für globale ökonomische, ökologische und soziale Fragen in den Mittelpunkt gerückt. Dies ist eine überfällige Umkehrung des »Entwicklungsblicks«, wobei jedoch eine länger zurückreichende historische Perspektive fehlt.

Für Postwachstum fängt das Problem erst mit der Industriellen Revolution in Europa an, als die Nutzung fossiler Energieträger in großem Maßstab in Gang gesetzt wurde. Die Industrielle Revolution wird dabei als ein innereuropäischer Prozess verstanden, welcher seit einigen Jahrzehnten von Ländern wie China oder Südko-

rea wiederholt wird. Dass dies niemals ohne das Kapital möglich gewesen wäre, das durch die Ausbeutung der kolonisierten Gebiete nach Europa transferiert wurde, wird dabei ausgeblendet. Postwachstum sitzt so dem eurozentrischen Mythos der Industriellen Revolution auf. Eine umfassende Auseinandersetzung mit Wachstum und Entwicklung bleibt außen vor.

Postwachstum ist also nur begrenzt kritisch gegenüber dem westlichen Entwicklungsweg. Während ökonomisches Wachstum selbstverständlich kritisiert wird, verknüpfen Postwachstumspositionen jenseits der antikapitalistischen von Schmelzer und Passadakis dies nicht unbedingt mit der Zurückweisung linearer Vorstellungen von Fortschritt. Auch wird die koloniale Gegenüberstellung von Tradition und Moderne nicht infrage gestellt – selbst wenn, wie beispielsweise bei Miegel an mehreren Stellen deutlich wird, »traditionelle« Beziehungen zur Natur von Gesellschaften im Süden positiv bewertet werden.

Postwachstum nimmt nicht-westliche Weltansichten nur selten ernst. Diese könnten – in den Worten der Zapatistas – dazu inspirieren, »eine Welt, in der viele Welten Platz haben« zuzulassen. Postwachstum kritisiert an der westlichen »Moderne« vor allem ihre ökonomische, kapitalistische Dimension, aber hat wenig Aufmerksamkeit dafür, wie koloniale Differenzherstellung die ausbeuterischen Konsum- und Produktionsverhältnisse legitimiert. Hier wäre Ulrich Brand zuzustimmen, wenn er fordert, dass Postwachstum ein Verständnis dafür entwickeln muss, wie die »Zunahme von materieller Produktion und Konsum« mit »deren Charakter als kapitalistische, patriarchale, rassifizierte oder postkoloniale soziale Verhältnisse« (2015, S. 33f.) zusammenhängt.

Die Postwachstumsbewegung in der BRD kann einiges von postkolonialer Kritik und Post-Development lernen, so zum Beispiel im Hinblick auf die Rolle von »Traditionen«. So misst der Post-Development Ansatz ihnen emanzipatorisches Potenzial bei und versteht sie nicht im Sinne eines »Back-to-the-Roots«. Sie bedeuten vielmehr eine Wertschätzung von gemeinschaftlichem Wissen und gemeinschaftlichen Lebensformen, von Kosmologien und Praktiken, die dem Kapitalismus und (Neo-)Kolonialismus im Weg stehen. Zudem kann Post-Development den genannten Tendenzen in der Debatte um Postwachstum entgegenwirken, den »westlichen Fortschritt« – solange er nicht zu CO₂-Ausstoß führt – fetischisieren.

Postwachstum kann wiederum auch von den Debatten, die bereits um Post-Development geführt wurden, profitieren. Post-Development wurde beispielsweise dafür kritisiert, lokale Traditionen zu romantisieren, deren repressive Aspekte zu legitimieren und Anstrengungen von armen Bevölkerungsgruppen, sich Anteile an der kapitalistischen Moderne zu sichern, nicht ernst zu nehmen. Sich paternalistisch gegenüber marginalisierten Menschen zu verhalten, kann wiederum auch Teilen der Postwachstums-Zirkel vorgeworfen werden: Zum Beispiel wenn Essgewohnheiten von armen Menschen in Europa abgewertet werden. Außerdem müssten auch die befreienden Dimensionen von technischem Fortschritt, Industrialisierung und Individualisierung in den Blick genommen werden. Pragmatische Formen des Umgangs mit den Realitäten kapitalistischer Globalisierung, wie beispielsweise bei den Zapatistas offensichtlich, könnten zum Vorbild genommen werden.

Öffnung für migrantische und Süd-Perspektiven

► In der Degrowth-Bewegung, als solche sichtbar etwa bei den internationalen Degrowth-Konferenzen oder bei den parallel zum Klimacamp im Rheinland laufenden Degrowth Summer Schools,

gibt es vor allem Überschneidungen mit den antikapitalistischen Positionen von Schmelzer und Passadakis. Auch Bezüge zu Degrowth-Kreisen in Frankreich und Spanien, in denen wiederum Herrschaftskritik und Perspektiven aus dem Süden eine größere Rolle spielen, werden immer wieder hergestellt. Auf der jüngsten Degrowth Summer School im August 2016 widmete sich einer der fünf Thementage der Frage, welche Rolle Rassismus und Neoliberalismus in der gegenwärtigen hegemonialen Konstellation spielen und wie sich diese aufbrechen lässt. Dazu gab es einen Vortrag von Rex Osa, der seit langem in der selbstorganisierten Geflüchtetenbewegung aktiv ist, etwa bei The VOICE Refugee Forum. Eingeladen war auch das Netzwerk Afrique-Europe-Interact, das von transnationalen Organisationsprozessen berichtete. In dem Publikationsprojekt »Degrowth in Bewegung(en)« von 2016 begaben sich soziale Bewegungen mit Südbezug in einen Dialog mit Degrowth, um Gemeinsamkeiten und Differenzen zu den Themen Flucht und Migration, Buen Vivir, Postextraktivismus und Radikaler Ökologischer Demokratie auszuloten.

Die Degrowth-Kreise öffnen sich also für AktivistInnen aus dem Bereich Flucht und Migration und für Perspektiven und Erfahrungen aus dem Süden. Trotz einiger recht präsender Persönlichkeiten – wie etwa der nigerianische Umweltaktivist Nnimmo Bassey – bleibt die Szene jedoch weiterhin weiß, bürgerlich und akademisch. Mit der rassismuskritischen, machtsensiblen Brille von Post-Development kann gefragt werden, wie es um Inklusion in der Degrowth-Bewegung steht: Wie werden Geflüchtete und migrantisch-diasporische Initiativen in Degrowth eingebunden und mitgedacht? Personell, aber auch was deren vielleicht divergierende Perspektiven auf »Entwicklung« angeht?

Es geht also darum, wie Olaf Bernau von Afrique-Europe-Interact anmerkt, Solidarität zu üben – ob durch »verstärkte Mitarbeit bei fluchtursachenbezogenen Kämpfen« seitens Degrowth-AktivistInnen oder durch Unterstützung der »Kämpfe von Geflüchteten hierzulande«. Denn »nur Bewegungen, die untereinander ihre materiellen, zeitlichen und intellektuellen Ressourcen (umver-)teilen, werden letztlich Erfolg haben können«.

Literatur

- Bernau, O. (2016): Flucht- und migrationspolitische Bewegung. www.degrowth.de
- BMZ o. J.: Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung der biologischen Vielfalt in Mexiko
- Brand, U. (2015): Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften (5)
- COMPITSCCH (2011): Die Biopiraterie kommt in unser Land zurück. www.biopiraterie.de
- Linebaugh, P. & Rediker, M. (2008): Die vielköpfige Hydra: die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks. Berlin/Hamburg
- Miegel, M. (2010): Exit: Wohlstand ohne Wachstum. Berlin
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. Stuttgart
- Schmelzer, M. & Passadakis, A. (2011): Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. Hamburg

► Daniel Bendix ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien der Universität Kassel und Mitglied von glokal.org, einem Berliner Verein für machtkritische postkoloniale Bildungsarbeit.

Seht die Unterklassen

Die Kritik an der Wachstumskritik wächst

von **Winfried Rust**

► Weniger ist mehr. Das stimmt bei Atomkraft, Kohleverstromung, dem Flugverkehr und vielem anderen. So gesehen kann Wachstumskritik sinnvoll sein. Und beispielsweise auf der Webseite Degrowth.de wird der Rahmen der reinen Wachstumskritik übersprochen und die Frage gestellt: »In welcher Welt wollen wir leben?« Die Publikation »Degrowth in Bewegung(en)« oder die Dokumente von der Degrowth-Konferenz 2016 in Budapest bieten auf dieser Homepage bemerkenswerte Ausblicke: Selbstorganisiert werden größere Foren auf die Beine gestellt, bei denen sich unterschiedliche Bewegungen begegnen. Dabei sollen soziale und ökologische Probleme zusammen bearbeitet werden.

Problematisch ist aber der zentrale Ansatz, mit dem das zusammengedacht wird: Die Wachstumskritik. Denn die dezidiert quantitative Betrachtungsweise entlang des Wachstums reicht nicht weit: Ein System ändert sich nicht unbedingt zum Besseren, wenn es stagniert oder schrumpft. Eine Abkehr von der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise ist damit nicht zu haben. Für die Veränderung der Gesellschaften taugt der Appell, einen Gang runterzuschalten, wenig. Auf die Wachstumseuphorie der Industrialisierung folgt nun eine ökologisch begründete Wachstumskritik, für die es gerade in ökologischer Hinsicht gute Gründe gibt. Aber: Das simple Gegenteil von falsch ist selten richtig. Das

Die Option ‚Verzicht‘ ist ab einem gewissen Punkt nur autoritär durchsetzbar

Spiel von These und Antithese ruft hier förmlich nach der Synthese, um diese Ebene zu verlassen.

Gutes Wachstum, schlechtes Wachstum

► Degrowth.de definiert: »Das aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Leitprinzip lautet ‚höher, schneller, weiter‘ – es bedingt und befördert eine Konkurrenz zwischen allen Menschen. Dies führt zum einen zu Beschleunigung, Überforderung und Ausgrenzung. Zum anderen zerstört die Wirtschaftsweise unsere natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Lebensräume von Pflanzen und Tieren. Wir sind der Überzeugung, dass die gemeinsamen Werte einer Postwachstumsgesellschaft Achtsamkeit, Solidarität und Kooperation sein sollten. Die Menschheit muss sich als Teil des planetarischen Ökosystems begreifen.«

Damit weisen sich die MacherInnen der Degrowth-Webseite als reflektiert und politisch aus. Sie gehören dem linken Spektrum innerhalb der Wachstumskritik an. Zentrale Aspekte der kapitalistischen Vergesellschaftung wie Konkurrenz werden angesprochen. Aber das Unbehagen über »die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände«, wie Marx/Engels schreiben, wird in die Sehnsucht nach dem Zurück umgeleitet. Zumindest finden sich auf Degrowth.de zahlreiche Hinweise dafür, etwa der positive

Leere Tassen kann auch die Degrowth-Bewegung nicht wollen

Foto: The Greens Australia



Bezug auf die Subsistenzökonomie. Oder warum wird sonst das »aktuelle« am Leitprinzip des Wachstums betont und jenes als ,höher, schneller, weiter' beschrieben?

Mathias Schmelzer, ein linksakademischer Verfechter des Degrowth-Ansatzes, betont zu Recht, dass vor der Industriellen Revolution kein vergleichbares Wachstum existierte: »Relevante Wachstumsraten gab es erst seit der kapitalistischen und auf fossilen Brennstoffen basierenden Industrialisierung im 18. Jahrhundert«. Dabei kritisiert er: »Die Wachstumsideologie schuf die Vorstellung, dass alle von dem wachsenden Kuchen profitieren können.«

Damit wird der Aspekt Wachstum zentral gesetzt. Die gesellschaftliche Grundlage der oben beklagten Ungleichheit, die Kapitalverwertung, bleibt damit unhinterfragt. Außerdem gibt es ihn sehr wohl, den Profit für alle am »wachsenden Kuchen«. Die von Schmelzer genannte Wachstumsphase ist exakt jene, in der sich in den Industrieländern die Lebenserwartung der Menschen von unter 40 auf etwa 80 Jahre verdoppelte. Dies ging mit eklatanten Verbesserungen einher bezüglich sauberem Trinkwasser, Kanalisation, Wohnverhältnissen, Konsumvermögen und so weiter – infolge der steigenden Güterproduktion und infolge beharrlicher An erkämpfungskämpfe von unten.

Minuswachstum ist ein Irrweg

► Wachstum ist problematisch, aber ausbleibendes Wachstum erst recht. Wenn wieder einmal »Minuswachstum« stattfindet, erfährt die reale Welt keineswegs weniger Konkurrenzkämpfe, sondern es leiden einfach die Schwächsten der Gesellschaft darunter. Dies sollten auch WachstumskritikerInnen nicht beschweigen. Im Zuge der Finanz- und Eurokrise verzeichnet Griechenland seit 2008 ein Minuswachstum des Bruttoinlandsproduktes, 2011 waren es gar minus 9,1 Prozent. Die Beschäftigungsquote in der Bevölkerung fiel auf den letzten Platz in der EU, Konjunktur haben im Land nur noch Suppenküchen. Inzwischen gilt ein Drittel der Bevölkerung als arm oder von Armut bedroht. In Griechenland ist Wachstumskritik derzeit nicht en vogue.

Die ärmsten Länder der Welt kennen erst recht kaum Wachstum – ein lebenswerter Ort sind sie nicht. Die Verringerung der globalen Armut (siehe iz3w 336) ist ohne Wachstum der Wirtschaftsleistung in Afrika, Asien und Lateinamerika nicht vorstellbar. Dabei braucht es in jedem Fall qualitative Kriterien und Umverteilungsprozesse, die wiederum die Partizipation der Bevölkerung erfordern. Es ist mit Blick auf den Globalen Süden eine Selbstverständlichkeit, für Wachstum einzutreten. Es braucht ein immenses Wachstum an Kläranlagen, Straßen, Schienen, Stromnetzen, öffentlichen Verkehrsinfrastrukturen, sicheren Jobs, privatem Konsum, bewohnbaren Wohnungen und so weiter. Die Degrowth-AktivistInnen würden dem im Einzelnen nicht widersprechen. Aber die Geschichte, die sie insgesamt erzählen, geht in die ganz andere Richtung. Wie lässt sich da eine Politik für soziale Gleichheit anregen?

Dafür lohnt sich ein Blick in die Zeitschrift südostasien. In deren Themenschwerpunkt »Soziale, ökonomische und ökologische Auswirkungen des Wirtschaftswachstums« unternimmt der indonesische Sozialwissenschaftler Bernard Herry-Priyono einen »Realitätstest für die Streiter um globale Nachhaltigkeit«. Er begibt sich in die Shopping Mall Grand Indonesia in Jakarta. Dort regiert der Konsum, und die Menschen der wachsenden Mittelschicht, die

Herry-Priyono trotzdem als arm bezeichnet mit ihren vier bis 20 US-Dollar Tagesverdienst, sind es, die hier »nach den Statussymbolen dessen greifen, was als Mittelschicht betrachtet wird«. Wirtschaftswachstum ist in Indonesien für die Menschen noch schiere Notwendigkeit, aber »was in den alten kapitalistischen Ökonomien langsam aufgegeben wird, dürfte in den neuen kapitalistischen Ökonomien gerade erst begierig herbei gesehnt werden.« Die einzige Chance für einen ökologischen Turn im Mainstream sieht der Autor darin, dass der Globale Norden den Eindruck vermittelt, »dass ein ökologischer und grüner Lebensstil cool wäre«.

Schon dafür wäre die Abkehr von Verzichtsszenarien ratsam. Ebenso ratsam wäre das Abgehen von einem Lieblingsfeindbild der WachstumskritikerInnen: Dem »grünen Kapitalismus«. Die Wachstumskritik orientiert sich positiv an den elendsten Kapitalfraktionen, nämlich an den Branchen, wo vermeintlich mit der Hacke oder dem Hammer in der Hand geschuftet wird, Hauptsache wachstumsarm. Auf die Neuen Ökonomien oder grüne Technologien wird hingegen mit besonderer Leidenschaft geschimpft. Doch es gibt keinen Grund, hinter den Anspruch zurückzufallen, dass die Anhäufung von Gütern und Wissen dem Zweck zu dienen habe, »die Mühseligkeiten der menschlichen Existenz zu erleichtern«, wie es Bertolt Brecht formulierte. Der Wachstumskritiker Niko Paech setzt bei der »Entwicklung ,grüner' Produkte« das Wort grün in Anführungszeichen. Natürlich gibt es hier Etikettenschwindel. Aber intelligente, verbrauchsarme Technologien zu vernachlässigen, wäre verrückt. Und die Option ,Verzicht' ist ab einem gewissen Punkt nur autoritär durchsetzbar, gerade gegenüber den Unterklassen.

Die Essenz des Kapitalismus

► Die Moralisierung der Ökonomie, wie sie in der Wachstumskritik betrieben wird, kann ein Einfallstor für theoretische Beliebigkeit und rückwärtsgewandte Ideologien sein. Ein Beispiel ist die Erweiterung der eigenen Reihen um die »nichtmenschlichen Tiere« im Degrowth-Reader. Mit diesem Terminus wollen bestimmte TierrechtlerInnen ausdrücken, dass sie zwischen Menschen und Tieren keine wesentlichen Unterscheidungen machen. Dieses Denken beinhaltet in letzter Konsequenz, dass der Tod eines Menschen oder eines Tieres gleichbedeutend seien – eine schlicht menschenfeindliche Einstellung. Doch im Degrowth-Reader steht das neben fortschrittlichen Ansätzen wie »Recht auf Stadt«.

Wenn die »wachstumsorientierte Produktions- und Lebensweise« ins Zentrum der Welterklärung gesetzt wird, dann ist damit eine defizitäre theoretische Vorstellung verbunden. Es stimmt zwar, dass das Kapital zu fortwährender Reinvestierung seines Gewinns und zur Optimierung der Produktivität gezwungen ist. Die Essenz des Kapitalismus ist jedoch nicht das Wachstum an sich, sondern der Profit, genauer: die profitorientierte Verwertung des Werts. Die herrschende Vergesellschaftungsweise wird bei Degrowth auf Wachstum reduziert; und nur so kann ihr der moralische Appell zu Bescheidenheit und Maßhalten entgegengesetzt werden. Das ist das Gegenteil der Marx'schen Denkfigur, die die Verhältnisse durch sie hindurch in einer Fortschrittsbewegung, die auf die gesamten Produktionsverhältnisse zielt, aufheben will.

► Winfried Rust ist Mitarbeiter im iz3w.

Der globale Rechtspopulismus

»Gibt es etwas in der seelischen Verfassung des heutigen Menschen, das ihn auf die Demagogie skrupelloser Agitatoren positiv reagieren lässt, und was ist die Technik dieser Demagogie?« Diese Frage klingt, als sei sie auf Donald Trump, Marine Le Pen oder Rodrigo Duterte bezogen. Doch sie ist schon älter. Formuliert wurde sie 1950 in der bahnbrechenden Studie von Theodor W. Adorno und anderen über »The Authoritarian Personality«. Die Kritischen Theoretiker hatten sich vor allem angesichts des Nationalsozialismus gefragt, wie es dazu kommt, dass Menschen sich freiwillig dem Autoritarismus unterwerfen, ja ihn sogar fordern.

Erich Fromm fügte diesen Überlegungen über autoritäre Charaktere den Begriff der »konformistischen Rebellion« hinzu. Gemeint ist damit jenes Aufbegehren, das sich nicht gegen Herrschaft an sich richtet, sondern diese sogar noch nationalistisch zuspitzen will, zugunsten einer Führungsfigur, die »mal so richtig aufräumt«. Gerichtet ist die konformistische Rebellion nicht nur gegen das verhasste Establishment, sondern vor allem gegen andere, schwächere Minderheiten: Gegen Geflüchtete, Andersgläubige und alle anderen, die von den Rebellierenden von einem »Volk« ausgegrenzt werden, das in der Regel als ethnisch homogen imaginiert wird.

All diese Überlegungen der Kritischen Theorie sind angesichts des gegenwärtigen Aufstiegs des Rechtspopulismus hochaktuell. Sie treffen recht genau, was geschieht, wenn Trump in den USA für sein »America first« auf brüllende Zustimmung stößt und Duterte in den Philippinen für seine demonstrativ zur Schau gestellte Verachtung von Menschenrechten gefeiert wird. Das besonders Unheimliche am Rechtspopulismus ist, dass die Zustimmung zu ihm nicht erzwungen wird, sondern freiwillig erfolgt. Und zwar durch Menschen, die nicht einfach nur mittels gewiefter Demagogie ‚verführt‘ wurden, sondern die offen und selbstbewusst nach all den Diskriminierungen verlangen, die RechtspopulistInnen an der Macht zur Regierungspolitik machen.

Die derzeitige publizistische und wissenschaftliche Karriere des Begriffs »Rechtspopulismus« beruht auf dem Aufstieg von Strömungen, die mit bisherigen Bezeichnungen wie konservativ, nationalistisch, völkisch, rechtsextrem oder neonazistisch nicht mehr hinreichend zu fassen waren. RechtspopulistInnen schielen in besonderem Maße auf Zustimmung durchs (Wahl-)Volk. Sie greifen gesellschaft-

liche Stimmungen auf, die nicht mehr nur an Stammtischen, sondern vor allem in so genannten Sozialen Medien artikuliert werden. Sie richten sich einerseits gegen »die da oben«, gegen die globalisierten Konzerne und die »Lügenpresse«. Andererseits gilt der Hass der RechtspopulistInnen unliebsamen Minderheiten (die gerne zu drohenden Mehrheiten deklariert werden): Muslime, Flüchtlinge, LGBTs, ‚links-rot-grün Versiffte‘, DrogenhändlerInnen und andere mehr. Eine weitere Gemeinsamkeit rechtspopulistischer Strömungen ist ihr Antifeminismus, ihre Abscheu vor allem, was mit »Gender« zu tun hat und ihre mehr oder weniger offene Homophobie. In der Summe läuft all dies auf die Faschisierung der Gesellschaften hinaus.

Da die meisten RechtspopulistInnen sich bewusst demokratisch-parlamentarischer Mittel bedienen, haben sie Parteien gegründet, die mittlerweile in ganz Europa von Erfolg zu Erfolg eilen. Doch auch in anderen Kontinenten sind politische Kräfte stark, die rechtspopulistische Züge tragen, etwa in Lateinamerika sowie in asiatischen Ländern wie den Philippinen und Thailand. Zu nennen sind aber auch Putins Russland und Erdogans Türkei.

Rechtspopulismus ist ein schillernder und selten genau definierter Begriff – wie schon der Populismusbegriff an sich. Es handelt sich um einen politischen Kampfbegriff, mit dem GegnerInnen diskreditiert werden sollen, nicht selten sogar dann, wenn es eigentlich große Schnittmengen gibt – etwa wenn die CSU gegen die AfD wettet. Unser Themenschwerpunkt soll daher auch eine Kritik des Begriffs beinhalten und genau hinsehen, inwieweit er zur Kritik an autoritären Formierungen taugt.

2017 ist ein entscheidendes Jahr: Es wird offenbaren, ob Trump mit seinem ultranationalistischen Programm durchregieren kann oder ob er auf größer werdenden Widerstand stößt. Bei den Wahlen in Frankreich und Deutschland geht es um nichts weniger als die Frage, ob Front National und AfD die politische Agenda künftig vollständig bestimmen oder nicht.

Schön ist das alles nicht. Sich zurückzulehnen und angewidert zuzusehen, wie sich die Parteien Schlamm-schlachten liefern und sich an Populismus zu übertreffen versuchen, ist daher eine verständliche Reaktion. Doch diesen Luxus können sich Linke und Liberale nicht mehr leisten, die Lage ist viel zu zugespitzt. Wir werden nicht umhin kommen, dem Vormarsch der RechtspopulistInnen auf allen Ebenen aktiv zu begegnen. ¡No pasarán!

die redaktion



In den USA wird er oft als »Orange Hitler« geschmäht,

Grenzen auf für Autoritäres

Ist der Rechtspopulismus Wegbereiter eines neuen Faschismus?

2016 war weltweit *das* Jahr des Rechtspopulismus. Es markiert den bisherigen Höhepunkt einer Entwicklung, die rechtspopulistische Bewegungen und Parteien seit einigen Jahren von Erfolg zu Erfolg eilen lässt. Worauf beruht die Popularität des Rechtspopulismus? Welche Bezüge weist er zum Faschismus auf? Und welchen Anteil hat die etablierte Politik am Aufstieg des neuen Autoritarismus?

von Jens Benicke

24 ► Der Trend zum Rechtspopulismus nahm 2016 ein solches Tempo auf, dass man ihm kaum mehr folgen konnte und die einzelnen Ereignisse nur schwerlich alle aufgezählt werden können. Die »Alternative für Deutschland« eilte von Wahlerfolg zu Wahlerfolg, bestimmte hierzulande die öffentliche Debatte insbesondere über Flüchtlinge und trieb damit die etablierten Parteien vor sich her. Die WählerInnen in Großbritannien stimmten nach einer aggressiven Kampagne, die ebenfalls eine Abschottung gegen Geflüchtete und MigrantInnen propagierte, mehrheitlich für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. In Polen baute die regierende PiS-Partei demokratische Errungenschaften in atemberaubender Geschwindigkeit ab. Nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei festigte Recep Tayyip Erdoğan seine Stellung als »starker Mann«, über 80.000 Menschen wurden festgenommen und mehr als 123.000 BeamtInnen entlassen. Der russische Präsident Wladimir Putin konnte mit seiner aggressiven Außenpolitik große

Erfolge in Syrien und der Ukraine erreichen. Höhepunkt war dann im November die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA.

Doch wie lässt sich diese globale autoritäre Entwicklung analytisch fassen? Ist der Begriff des Rechtspopulismus überhaupt tauglich dafür? Oder verharmlost er diese Erscheinungen, wie viele Linke meinen? Müsste man eher von Autoritarismus, Rechtsextremismus oder gar Faschismus sprechen? Der Begriff des Populismus, ebenso wie der Begriff des Rechtspopulismus, ist auch in den Sozialwissenschaften höchst umstritten. Nicht einmal eine einheitliche Definition gibt es.

Elemente und Ursprünge des Populismus

► Der Begriff Populismus stammt vom lateinischen Wort »populus« ab, welches die Gesamtheit der erwachsenen BürgerInnen in der Römischen Republik umfasst. Während sich der heutige Populismus auf die so genannten »einfachen Leute« bezieht, schloss in der römischen Antike »populus« sowohl diese (die damaligen Plebejer) als auch die Oberschicht (die damaligen Patrizier) mit ein. In der heutigen Politik wird der Begriff des Populismus inzwischen fast inflationär gebraucht, meist negativ konnotiert, oft auch zur Diskreditierung politischer GegnerInnen. Nur wenige PolitikerInnen wie etwa die Vorsitzende des Front National, Marine Le Pen, bezeichnen sich selbst stolz als Populistin.

Historisch taucht der Populismus Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Eintritt der Massen in die Politik auf. Als die ersten populistischen Bewegungen gelten die russischen »Volks-



Foto: iz3w-Archiv

in Indien verehren ihn die Hindu-NationalistInnen

tümler« (Narodniki) und die US-amerikanische People's Party. Am wirkmächtigsten wurde der Populismus in Lateinamerika, wo Caudillos wie Juan Domingo Perón in Argentinien über Jahrzehnte die Politik dominierten. Schon an diesen historischen Beispielen wird deutlich, wie unterschiedlich ausgeprägt der Populismus sein kann. Ebenso wie heute erfasst er linke wie rechte, opponierende wie regierende Strömungen. Und während der Begriff in Europa überwiegend negativ besetzt ist, wird er in Latein- und Nordamerika vorwiegend positiv verwendet.

Gemeinsame Elemente des Populismus lassen sich gut am Beispiel der People's Party herausarbeiten. Sie entstand aus einer bäuerlichen Allianz in den amerikanischen Südstaaten. Vor dem Hintergrund einer landwirtschaftlichen Krise nach dem Ende des Bürgerkriegs wehrte sich die People's Party gegen Preisdikate von stark konzentrierten Handelskonzernen und Banken. Die Mitglieder dieser Partei bezeichneten sich selbst als Populisten und hatten den Anspruch, die Interessen der »einfachen Leute« zu vertreten. Den etablierten Parteien, den RepublikanerInnen und DemokratInnen, warfen sie vor, nur noch die Interessen der Banken, Großindustriellen und Monopole zu vertreten und mit diesen verfilzt zu sein. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1892 erhielten sie mit diesen Positionen über eine Million Stimmen und konnten sogar in vier Staaten die Mehrheit erringen.

Analytisch lässt sich das Agieren der People's Party als Reaktion auf die krisenhaften Auswirkungen der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals auf die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten fassen. Da diese Entwicklungen nicht ökonomie- und staatskritisch begriffen wurden, kritisierte die Anhängerschaft der People's Party nur die »schlechte« Herrschaft der etablierten Parteien und Verbände, die durch eine »bessere« Herrschaft ersetzt werden sollte. Adressat der Forderungen blieb aber dennoch der Staat, der als klassenneutrale Instanz betrachtet wurde, der nur aus den Fängen der »korrupten Eliten« befreit werden müsse, damit er wieder im Interesse des einfachen Volkes agieren könne. Dieses

Volk kennt keine Klassengegensätze, sondern nur den Widerspruch zwischen denen »da unten« und denen »da oben«.

All diese Elemente treffen auch auf den heutigen Populismus zu. Sein Erfolg ist eine Reaktion auf die seit einigen Jahren andauernde Krise der Kapitalverwertung. Denn trotz fortwährender Milliarden-spritzen der Zentralbanken will die Wirtschaft einfach nicht wieder anspringen. Bisher setzen die Regierenden weltweit, anders als nach der Weltwirtschaftskrise von 1929, noch auf eine Politik des Freihandels und der fortgesetzten Globalisierung. Die PopulistInnen dagegen sehen gerade darin eine der Ursache der Krise und fordern stattdessen eine Politik des nationalen Protektionismus. Ihre Antwort besteht in einer autoritären Krisenverwaltung. Zentrale Akteurin soll der starke Staat sein.

Der Populismus kann dabei an die Abstiegsängste in größeren Teilen der Bevölkerung anknüpfen. Denn die Krise hat zu zunehmend zu einem Gefühl der Unsicherheit geführt. Der ehemalige Zusammenhang aus den Zeiten des Nachkriegsbooms zwischen Wirtschaftswachstum, Produktivitätszuwächsen und sicheren Arbeitsverhältnissen mit jährlichen Lohnsteigerungen wurde von oben aufgekündigt. Seit dieser neoliberalen Konterrevolution ist alles unsicher und prekär geworden: Arbeitsverhältnisse, die Renten, die Mieten, das ganze Leben. Die technischen Entwicklungen der mikroindustriellen Revolution und der vielbeschworenen Industrie 4.0 mit ihrer Automatisierung und Roboterisierung verstärkten noch die Angst, selber überflüssig zu werden. Und da es weit und breit keine solidarische Antwort auf diese Entwicklungen zu geben scheint, verstärkt sich der Konkurrenzkampf der Ausgebeuteten darum, wer weiter ausgebeutet werden darf.

Angesichts dieser Unsicherheiten, aber auch der Unübersichtlichkeit der heutigen Verhältnisse, flüchten die verängstigten BürgerInnen in die Sicherheit der einfachen Antworten und hierarchischen Strukturen – genauso, wie es die WissenschaftlerInnen der Kritischen Theorie in ihren empirischen Analysen im Rahmen der Autoritarismusforschung beschrieben haben. Die Verunsicherten klammern sich an das erodierende Bestehende und hoffen auf eine einfache Welt, in der jeder und jede einen zugewiesenen Platz einnimmt. Und wenn dann eine Bedrohung dieses sicher geglaubten Rückzugsortes nicht nur von denen »da oben«, sondern auch noch von »den Fremden« auszugehen scheint, die einem etwa den Arbeitsplatz streitig machen könnten, kippt der Populismus in den Rechtspopulismus.

Das TIAA-Prinzip: There is an Alternative

► Ermöglicht wurde dieser Aufstieg des Autoritarismus auch dadurch, dass die herrschende Politik, von allzu wenigen Ausnahmen abgesehen, alternativlos geworden ist. Alle etablierten Parteien haben sich den Imperativen der Kapitalverwertung vollständig unterworfen. Politik ist zur Umsetzung von Sachzwängen verkommen. Dies liegt aber nicht an der »Boshaftigkeit« oder »Unfähigkeit« der PolitikerInnen, sondern die globale Krise hat in der Tat die Spielräume des Handelns stark eingeengt. So war die so genannte Bankenrettung nach 2008 real alternativlos, wollte man nicht den Zusammenbruch des globalen Kapitalismus herbeiführen. Dass aber spätestens mit der Implosion der staatskapitalistischen Regime des »Realsozialismus« auch nur der Gedanke an eine Welt jenseits der Kapitallogik obsolet erscheint, führte zur viel beschworenen Politikverdrossenheit, die sich hierzulande etwa an einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung und fallenden Mitgliederzahlen der etablierten Parteien ablesen lässt. ►

Diese Entwicklung öffnete die Tür für rechte PopulistInnen, die sich nun als die einzige Alternative gegen das offenbare Kartell aus Politik, Medien und Konzernen inszenieren. Sie geben vor, die Interessen des »einfachen Volkes« gegen die »da oben« ohne Vermittlung zu vertreten. Der Rechtspopulismus simuliert damit aber nur eine Opposition gegen die herrschende Alternativlosigkeit, da sie trotz ihrer proklamierten Auflehnung gegen das System doch nur vorhandene Positionen der etablierten PolitikerInnen, etwa in der Asyl- oder Sicherheitspolitik, zuspitzen. Sie können so zur idealen Projektionsfläche der konformistischen Rebellion¹ verängstigter KleinbürgerInnen werden.

Da der rechte Populismus als scheinbare Alternative gegen ein einheitliches Konglomerat in Politik, Medien und Konzernen auftritt, kann er sich als Gralshüter der Demokratie in Szene setzen. Weil Demokratie immer aus Wahlmöglichkeiten bestehe, aber mit der Herrschaft der »Systemparteien« diese aufgehört habe zu existieren, proklamiert der Rechtspopulismus sich selbst als einzige demokratische Alternative. Er beansprucht dabei, den »Volkswillen« direkt ohne den Umweg durch repräsentative Verfahren zu verkörpern. Deshalb propagiert der Rechtspopulismus auch beständig die direkte Demokratie mit Volksabstimmungen und Referenden. In der stark direktdemokratisch organisierten Schweiz sind die RechtspopulistInnen von der Schweizer Volkspartei (SVP) schon seit langem die stärkste Kraft.

Durch seinen positivistischen Bezug auf Demokratie kann der Rechtspopulismus alle Vorwürfe, rechtsextremistisch oder faschistisch zu sein, weit von sich weisen. Und so ist es möglich, dass die PEGIDA-DemonstrantInnen jeden Montag in Dresden einem Fronttransparent folgen, auf dem neben den Logos des Islamischen Staates, der Antifaschistischen Aktion und der kurdischen PKK auch ein Hakenkreuz in eine Mülltonne geworfen wird. Die Realität sieht anders aus: Immer wieder werden rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen Verbindungen zu offen faschistischen Organisationen und Personen nachgewiesen, und nicht wenige RechtspopulistInnen erregen regelmäßig Aufmerksamkeit durch die Verwendung faschistischer Begriffe und Redewendungen.

Schon die WissenschaftlerInnen des Frankfurter »Instituts für Sozialforschung« konstatierten in ihrer Anfang der 1950er Jahre erarbeiteten Studie »Gruppenexperiment« über die Einstellungen der deutschen Bevölkerung kurz nach dem Krieg, dass es eine Aufspaltung zwischen einer öffentlichen und einer nichtöffentlichen Meinung gab. In der öffentlichen Meinung war ein offener Bezug zum Nationalsozialismus oder auch nur zu Teilaspekten davon diskreditiert, bestimmte Begriffe galten als nicht benutzbar. Im privaten, scheinbar geschützten Umfeld sah es anders aus. In den 1980er Jahren bestätigten die Soziologen Werner Bergmann und Rainer Erb diesen Befund in Bezug auf den Antisemitismus, indem sie eine so genannte Kommunikationslatenz feststellten. Sie gingen davon aus, dass einerseits antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet seien, diese aber andererseits nicht durch das öffentliche Meinungsklima bestätigt werden. Werde diese Latenz dennoch durchbrochen, würde dies moralisch durch Achtungszug, in schweren Fällen auch durch rechtliche Folgen, sanktioniert. Solange dieser Konsens aufrechterhalten werde, könne der Antisemitismus aus der Öffentlichkeit weitgehend verbannt werden.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus geht mit einem immer weiteren Aufbrechen dieser Kommunikationslatenz einher. Dabei

geschieht dies durchaus wechselseitig: So ebnet rassistische, antisemitische und autoritäre Aussagen von etablierten PolitikerInnen und PublizistInnen einerseits rechten PopulistInnen den Weg, andererseits erweitern auch die RechtspopulistInnen immer weiter den Spielraum des gesellschaftlich Sagbaren. Durchaus mit Erfolg, so ist gerade in letzter Zeit eine deutliche Radikalisierung zu verzeichnen, etwa wenn die Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, fordert, den Begriff »völkisch« wieder positiv zu besetzen. In dieser Hinsicht lässt sich also durchaus von einer schleichenden Enttabuisierung des Faschismus sprechen. Sie vollzieht sich im Rahmen eines Kampfes gegen den angeblich vorherrschenden »Meinungsterror der Political Correctness«, der schon seit Jahren eines der Hauptthemen rechter PopulistInnen ist.

Entscheidend ist der Mittelstand

► Eine weitere Verbindung zum Faschismus bildet die Anhängerschaft des Rechtspopulismus. Ihm ist es im Gegensatz zu den offen faschistisch und nazistischen Gruppierungen gelungen, die klassische Basis des Faschismus zu mobilisieren: Seine Mitglieder und WählerInnen rekrutieren sich in erster Linie aus dem sich vom Abstieg bedroht sehenden Mittelstand. In Europa und den USA sind es vorwiegend weiße heterosexuelle Männer, die sich in ihrem Status bedroht fühlen. Dabei definiert sich dieser Status nicht aus der realen Situation, sondern aus dem, was diese Männer für sich als angemessen erachten. Oft wird dabei nostalgisch im Sinne einer verklärten und imaginierten Vergangenheit argumentiert. Eine Vergangenheit, in der die Lebens- und Arbeitsbedingungen noch sicher, der Kapitalismus krisenfrei, die Frauen den Männern untergeordnet und die Gesellschaft homogen ohne Fremde strukturiert war. Diese Idealvorstellung sei durch den Einfluss der »korrupten Eliten«, der emanzipierten Frauen, der sexuellen Minderheiten und der vielen Fremden zerstört worden.

Hier finden sich viele Anknüpfungspunkte für die traditionellen rechten Gruppierungen. Diesen ist es seit Ende des Zweiten Weltkrieges nie in größerem Maße gelungen, die klassische faschistische Anhängerschaft zu erreichen. Neonazistische Organisationen wie die NPD und die Kameradschaften vertreten ihrerseits eher den subproletarischen Pöbel- und Prügelfaschismus, wie dies historisch die SA tat. Mehrheiten lassen sich damit aber nicht gewinnen, dazu ist es nötig, die Mittelschichten zu mobilisieren. Dies gelingt dem Rechtspopulismus in den letzten Jahren immer erfolgreicher. Er ist damit noch kein neuer Faschismus, aber er könnte, im Zusammenspiel mit bürgerlicher und konservativer Unterstützung einerseits und linkem und liberalem Zaudern andererseits, den Weg dafür ebnet.

Anmerkung

- ¹ Dieser Begriff geht auf Erich Fromm zurück, der damit eine Pseudo-Auflehnung autoritärer Persönlichkeiten beschreibt, die nur gegen die Macht rebellieren, um sie durch eine andere, autoritärere zu ersetzen. Sie sind von der »alten« Macht enttäuscht, da sie sich in ihren Augen als schwach erwiesen hat. So wird etwa der Großen Koalition ihre Flüchtlingspolitik als »Staatsversagen« vorgeworfen.

► **Jens Benicke** ist Politikwissenschaftler aus Freiburg. Von ihm ist 2016 die 2. Auflage von »Autorität und Charakter« (Springer VS, Wiesbaden) erschienen.

Der rechte Populismus setzt sich als Gralshüter der Demokratie in Szene



»Demo für alle« zugunsten sexueller Vielfalt: Die Stuttgarter Oper hält dagegen

Foto: Wikimedia

Angst um die Vormachtstellung Antifeminismus und Genderhass sind ein Bindeglied zum Rechtspopulismus

Kaum ein Topos des Rechtspopulismus ist populärer als seine Ablehnung des Feminismus und des »Genderismus«. Bis weit in die Mitte der Gesellschaft stößt auf Zustimmung, wer gegen echte Gleichstellung und veränderte Geschlechterverhältnisse wettet. Worauf beruht diese Hetze?

von **Rebekka Blum**

► PEGIDA wettet in einem Positionspapier gegen »dieses wahnwitzige Gender Mainstreaming, auch oft Genderisierung genannt«. Im Frühjahr 2014 startet die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative die Facebook-Kampagne »Ich bin kein Feminist, weil...«, bei der sich junge Männer und Frauen mit konservativen und antifeministischen Sprüchen ablichten lassen. Zeitgleich beteiligen sich Mitglieder des Front National in Frankreich an Protesten gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare.

Diese und etliche weitere Beispiele zeigen, dass antifeministische Haltungen einen festen Bestandteil des rechtspopulistischen Kanons darstellen. Antifeminismus kann aber nicht nur als Bestandteil und Strategie des Rechtspopulismus, sondern auch als Einstiegsthema zu ebendiesem gesehen werden. Denn antifeministische Proteste gerieren sich oftmals als bürgerlich, indem sie sich als familienfreundlich und zum Schutz der Kinder inszenieren. Außerdem richtet sich die Ideologie des Antifeminismus zunächst nicht gegen

konkrete Personengruppen, sondern gegen politische Maßnahmen und gesellschaftlichen Wandel. Dadurch sind antifeministische Proteste anschlussfähig an die so genannte Mitte der Gesellschaft und gleichzeitig ein Bindeglied zu weiteren rechtspopulistischen Inhalten.

Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus

► Mit dem übergreifenden Begriff »Antifeminismus« werden sowohl klassische antifeministische Haltungen als auch Anti-Genderismus (also die Ablehnung von Gender Studies und Geschlechterpolitik wie Gender Mainstreaming und Quotenregelungen) sowie Homo- und Transfeindlichkeit beschrieben. Im aktuellen Antifeminismus dominiert der Anti-Genderismus zunehmend. Auffällig ist, dass einige antifeministische AkteurInnen den Feminismus explizit dafür loben, dass er wichtige Erfolge wie rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern hervorgebracht habe. Gleichzeitig werden aber aktuelle feministische Forderungen nach materieller Gleichstellung abgewertet. Stets wird betont, diese gingen zu weit, hätten totalitäre Züge und entsprächen Gleichmacherei.

AkteurInnen des Anti-Genderismus wettern vor allem gegen den Genderbegriff und all seine vermeintlichen Implikationen. Dabei wird oft ignoriert, dass die Gender Studies ein sehr weites Feld sind. Gemeinsam ist den verschiedenen Ansätzen, dass die Konstruiertheit der Bedeutung von Geschlecht hervorgehoben und damit das

27

hierarchische Geschlechterverhältnis sowie die heteronormative Gesellschaftsordnung in Frage gestellt werden. Die Soziologieprofessorin Nina Degele bezeichnet Gender Studies deshalb als »Verunsicherungswissenschaft«. Dieser Ansatz scheint bei einigen Menschen existenzielle Ängste auszulösen. Sie äußern sich seit einigen Jahren nicht nur in Deutschland, sondern parallel zum Erstarken rechter Bewegungen auch in anderen Ländern Europas.

Im europäischen Kontext kommt es regelmäßig zu inhaltlichen und personellen Überschneidungen antifeministischer und rechtspopulistischer Gruppen wie der AfD und dem Front National. Zudem gehen katholische und evangelikale Gruppierungen eng mit antifeministischen Bestrebungen einher. Die katholische Kirche kämpft schon lange gegen den Genderbegriff: Es war der *Päpstliche Rat für die Familie*, der im Jahr 2000 als erstes von »Gender-Ideologie« sprach, um diesen Ansatz zu diskreditieren (Božena 2015: 220).

In Madrid gab es 2008/9 mehrere große antifeministische Demonstrationen unter der Parole »Jedes Leben zählt«. Sie richteten sich gegen die Liberalisierung des 2010 gelockerten Abtreibungsgesetzes in Spanien. Ähnliche, von der christlich-fundamentalistischen Initiative TFP (Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum) organisierte Antiabtreibungs-Demonstrationen finden weltweit unter dem Label »Märsche fürs Leben« statt. Bei den großen »Manif pour tous«-Demonstrationen in Frankreich ab November 2012 mit bis zu 300.000 Teilnehmenden liefen katholische Kardinäle mit. Die Demos waren eine Reaktion auf die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare. Letztere nimmt dem heteronormativen Familienbild, bestehend aus einem Vater, einer Mutter und Kindern, sein Monopol. Die Proteste in Frankreich verliefen äußerst aggressiv, was darauf hindeutet, dass diese Veränderung bei einigen Menschen große Ängste auslöst. Die gesellschaftliche Akzeptanz pluraler Lebensmodelle endet für einige da, wo die Vorherrschaft eines tradierten Geschlechter-, Familien- und Gesellschaftsbildes in Frage gestellt wird.

Angstverlautbarungen zeigen sich auch bei den Protesten gegen den neuen Bildungsplan in Baden-Württemberg. Eine der geplanten Leitlinien war die Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt. Zunächst startete ein Realschullehrer aus dem pietistischen Umfeld eine Petition gegen die Pläne der grün-roten Landesregierung. Sowohl christlich-fundamentalistische Gruppen als auch der baden-württembergische Landesverband der AfD riefen zur Unterzeichnung auf. Ab Anfang 2014 formierten sich Demonstrationen in Stuttgart, die zunächst unter dem Label »Besorgte Eltern« auftraten, sich aber bald in »Demo für alle« umbenannten, nach dem Vorbild der französischen Protestbewegung.

28 Organisiert wurden die »Demos für alle« unter anderem von der klerikal-aristokratischen Initiative Zivile Koalition, die von AfD-Rechtsaußen Beatrix von Storch mitgegründet wurde. Das Demobündnis kann als christlich-fundamentalistisch mit Nähe zu rechtspopulistischen Gruppen und zu rechten Burschenschaften beschrieben werden. Die Protestierenden warnten vor einer »Frühsexualisierung« der Kinder, der Zerstörung von Familien und der Normalisierung bzw. Verharmlosung von Homosexualität. In der Petition wurde die Tatsache, dass die Suizidrate bei Homosexuellen höher liegt als bei Heterosexuellen, nicht als Beleg für gesellschaftliche Diskriminierung angeführt, sondern um die Gefährlichkeit dieser »Lebensweise« zu

Soziale Verunsicherung muss nicht automatisch zu rechten Einstellungen führen

verdeutlichen. Nach einem Treffen von Ministerpräsident Kretschmann mit dem evangelikalen Netzwerk Evangelische Allianz wurde der Plan überarbeitet, der Begriff sexuelle Vielfalt taucht nicht mehr auf (Billmann 2015: 3).

Antifeminismus in den Leitmedien

► Besonders bedeutend für rechtspopulistischen Antifeminismus ist der so genannte Anti-Genderismus, da er weit bis in die gesellschaftliche Mitte reicht. Exemplarisch findet er sich in Büchern wie Birgit Kelles »Dann mach doch die Bluse zu« (2013) und besonders aggressiv vorgetragen in den Büchern Akif Pirinçcis, wie dem 2015 erschienenen »Die große Verschulung – Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer«.

Auch in Leitmedien wie FAZ, SPIEGEL und ZEIT werden große Debatten zum Thema Gender geführt. Den Auftakt der Debatte markiert der 2006 in der FAZ erschienene Artikel »Politische Ge-

Foto: iz3w-Archiv



»Manif pour tous« in Paris: Mit dem Code Civile gegen Rechte für LGTBs

schlechtsumwandlung« von Volker Zastrow, dem Chef des Politikressorts. Zastrow beschwert sich über Gender Mainstreaming, unter anderem da es ausschließlich Frauen fördere. Der Titel des Artikels ist typisch für die darauf folgende, oft polemisch und überspitzt geführte Debatte in weiteren großen Zeitungen. In vielen Artikeln und besonders in LeserInnenkommentaren wird nahe gelegt, dass Gender Mainstreaming die Menschen zwanghaft umerziehe – mit dem Ziel, einen neuen (geschlechtslosen) Menschen zu erschaffen.

Den Gender Studies wird in vielen Texten per se Wissenschaftlichkeit abgesprochen, was auf ein pseudo-naturwissenschaftliches, positivistisches Wissenschaftsverständnis der AutorInnen zurückzuführen ist. Statt selbst wissenschaftlich zu argumentieren, weisen sie oft auf alltägliche Erfahrungen oder den »gesunden Menschenverstand« hin, der doch deutlich mache, dass schon Jungen und Mädchen grundlegend verschieden seien. Eine Tatsache, die von den verschiedenen Ansätzen der Gender Studies nicht negiert, sondern deren Ursächlichkeit untersucht wird.

Maßnahmen zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit wird von AntifeministInnen oft vorgeworfen, sie verschlängen im großen Stile öffentliche Gelder. Nicht selten wird hinter ihnen eine »Homo-

Lobby« oder eine feministische Weltverschwörung vermutet. Deutschland sei eine »Femokratie«. In den einschlägigen Artikeln findet jedoch keine echte Auseinandersetzung mit Feminismus und Gender Studies sowie deren durchaus vorhandenen Leerstellen und Fehlschlüssen statt. Vielmehr geht es um kategorische Abwertung. In vielen Beiträgen ist die Überschneidung zu rechtspopulistischer Rhetorik mit Hang zu Verschwörungstheorien sehr deutlich, etwa bei der Anti-Intellektuellen-Haltung und in der Rhetorik von »die da oben« oder »die in Brüssel«. Diskriminierungsarme Sprache wird als Zwang und Unterdrückung dargestellt und behauptet, die freie Meinungsäußerung sei nicht mehr gegeben – auch das ist typisch für den Rechtspopulismus.

Reaktion auf soziale Verunsicherung

► Für den Soziologen Lewis Coser sind soziale Konflikte immer ein Zeichen für sozialen Wandel. Aktuelle antifeministische Strömungen können somit als Abwehrreaktion auf gesellschaftlichen Wandel betrachtet werden. Denn im öffentlichen Diskurs und in der Gesetzgebung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten viel verändert: Beyoncé wurde für ihren Auftritt vor einem riesigen »Feminism«-Schriftzug bei den MTV Video Music Awards 2014 gefeiert, Conchita Wurst gewann den Eurovision Songcontest 2014 und in vielen Ländern der Welt können nun auch homosexuelle Paare heiraten. Mittlerweile müssen sich diejenigen rechtfertigen, die gegen solche Liberalisierungen eintreten. Hierbei übernehmen antifeministische Strömungen häufig feministische Argumentationsfiguren und verdrehen sie in ihr Gegenteil. So wird gefordert, dass homofeindlichen Menschen Minderheitenschutz zuteil werden solle, da die Mehrheit sie unterdrücke. So kommt es, dass antifeministische Bestrebungen zuweilen wie Rückzugsgefechte anmuten.

Neben solchen kulturellen Veränderungen gab es auch einschneidende ökonomische: Im Zuge wirtschaftlicher Krisen mit weiterer kapitalistischer Prekarisierung löst sich das Normalarbeitsverhältnis langsam auf. War die Arbeitswelt früher am männlichen Familienernährer ausgerichtet, ist mittlerweile für viele Familien das Gehalt von zwei arbeitenden Menschen nötig (Adult-Worker-Model). Das Bild des Mannes als Ernährer und Beschützer der heteronormativen Familie ist aber konstitutiv für hegemoniale Männlichkeit (Raewyn Connell) und männliche Herrschaft (Pierre Bourdieu), die beiden Grundsteine des Patriarchats. Die Veränderung der gesellschaftlichen Position von Männern und damit der gesellschaftlichen Ordnung kann sowohl von Männern als auch Frauen als Bedrohung wahrgenommen werden.

Dabei ist es irrelevant, ob das Patriarchat tatsächlich ins Wanken gerät. Ausschlaggebend für antifeministische Bewegungen ist das Gefühl der Verunsicherung und Bedrohung. Erklärbar ist dies mithilfe der Verunsicherungs- und Deprivationsthese. Laut ihr neigen Menschen, die in ihrer sozialen Position bedroht sind oder sich so fühlen, dazu, sich rechte Positionen anzueignen, da diese Eindeutigkeit, Orientierung und Sicherheit versprechen. Dass sich verunsicherte Menschen gegen Feminismus und Gender-Ansätze richten, liegt dabei auch in deren emanzipatorischen Absichten begründet. Feministische Theorien legen offen, dass gesellschaftliche Stellung nicht allein von individueller Leistung abhängt, wie es im Kapitalismus versprochen wird, sondern massiv von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen wie Patriarchat, Rassismus und Antisemitismus geprägt ist. Somit ist die Legitimität hegemonialer Männlichkeit bedroht. Ansätze der Gender-Studies gehen noch weiter, wenn sie hervorheben, dass es in der sozialen Realität mehr als zwei

Geschlechter gibt. RechtspopulistInnen sehen darin einen Angriff auf den vermeintlichen »Ursprung« der Zivilisation: das heteronormative Familienideal.

Offensiver gegen rechte Positionen

► Die Psychologin und Pädagogin Birgit Rommelspacher betonte, dass das Gefühl der sozialen Verunsicherung nicht automatisch zu rechten Einstellungen führen müsse, da diese sonst bei sozial besonders verunsicherten Gruppen gehäuft zu finden wären. Zahllose Studien zeigen aber, dass es keinen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Armut und rechten Einstellungen gibt. Ausschlaggebend dafür, ob sich aus dem Gefühl der sozialen Verunsicherung rechte Einstellungen entwickeln, sind laut Rommelspacher die im Nahfeld vermittelten grundlegenden Werteorientierungen. Mehrere Studien zeigen, dass sich Menschen mit rechten Einstellungen stärker am Leistungs- und Konkurrenzprinzip orientieren. Typisch dafür ist die Selbstaufwertung durch Abwertung Anderer. Dies ist meist verbunden mit der Vorstellung, ihnen stünden Privilegien zu, etwa weil sie »Deutsche« sind. Dies steht wiederum im Widerspruch zum Leistungsprinzip, weshalb als Reaktion darauf die eigene Dominanz naturalisiert wird. Rommelspacher hebt hervor, dass ökonomische Prekarisierung auch zu Solidarität mit anderen Benachteiligten führen kann. Soziale Verunsicherung kann also ambivalente Folgen nach sich ziehen, was wiederum gesellschaftliche Polarisierungen in ein liberales und in ein konservatives Lager, das bis in die extreme Rechte reicht, nachvollziehbar macht (Rommelspacher 2011).

Aus diesem Grund ist nicht absehbar, ob antifeministische und rechtspopulistische Strömungen lediglich als Rückzugsgefechte aufgrund von längst geschehenem sozialen Wandel betrachtet werden können. Der politische Raum ist umkämpft und entwickelt sich nicht linear in Richtung Liberalisierung. Aktuelle Ergebnisse der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigen zwar, dass 83 Prozent der in Deutschland Lebenden die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare befürworten. Akzeptanz für weitere Liberalisierungen scheint also vorhanden zu sein. Aber nachdem in den letzten Jahren vor allem rechte Positionen den politischen Diskurs beeinflussten, ist nun der liberale Teil der Gesellschaft gefordert, sich in Zukunft offensiv(er) gegen rechtspopulistische und antifeministische Strömungen zu positionieren.

Literatur

- Lucie Billmann (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Rosa Luxemburg Stiftung Publikation, 2015
- Choluj Božena: »Gender-Ideologie« – ein Schlüsselbegriff des polnischen Anti-Genderismus, in: Hark Sabine/ Villa, Paula-Irene: Anti-Genderismus, a.a.O., S. 219-238
- Nina Degele: Happy Together: Soziologie und Gender Studies als paradigmatische Verunsicherungswissenschaften. In: Soziale Welt (54), 2003, S. 9-29
- Sabine Hark/ Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld 2015
- Birgit Rommelspacher: Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse. In: Ursula Birsl: Rechtsextremismus und Gender. Opladen 2011, S. 43-54

► **Rebekka Blum** studiert Soziologie an der Uni Freiburg. Passend zu ihren Studienschwerpunkten leitete sie ein Seminar zu Frauenbildern in der extremen Rechten.



Xavier Naidoo und Jürgen Elsässer verabreden Verschwörungen

Foto: O. Feldhaus/publikative.org

Heimliche Herrschaft

Biedere BürgerInnen und ihre Verschwörungstheorien

Ein Markenzeichen aktueller nationalistischer und rechtspopulistischer Bewegungen sind Verschwörungphantasien. Von Ufo-Stories und Chemtrail-Legenden bis hin zur Rede von der islamischen Unterwanderung ist alles geboten. Offenen Antisemitismus meiden manche VerschwörungstheoretikerInnen. Sie sprechen von finsternen Mächten, okkulten Eliten und der internationalen Hochfinanz.

von **Peter Bierl**

30

► Der Sänger Xavier Naidoo sang von »Baron Totschild«, offensichtlich eine Verballhornung von Rothschild, einer Familie, die AntisemitInnen überall am Werke wähen. Der österreichische FPÖ-Anführer Jörg Haider fabulierte zu Lebzeiten von der »Herrschaft der Ostküste«. Diese Chiffre verspricht doppelten Ertrag. Sie bedient den Antiamerikanismus und deutet an, die USA würden von einer jüdisch-israelischen Lobby gesteuert. Eine lokalpatriotische Besonderheit pflegen die ungarischen Jobbik-Faschisten: Die verhassten Roma gelten ihnen als tumbe Werkzeuge des Weltjudentums, um das stolze Ungarn zu unterwerfen.

Die im Dunkeln ...

► Jüngeren Datums sind die Eurabia-Verschwörung und die Rede vom »Großen Austausch«, die ein Vordenker des Front National, Renaud Camus, prägte. Demnach bestehen Pläne von finsternen

Mächten, um die autochthonen Bevölkerungen Europas gegen muslimische MigrantInnen auszuwechseln. Französische und deutsche FaschistInnen feiern den dystopischen Roman »Das Heerlager der Heiligen« des französischen Monarchisten Jean Raspail über eine Masseninvasion von Fremden. Die Lega Nord in Italien verweist auf Oriana Fallaci, die die islamische Eroberung Europas an die Wand malte.

Das wichtigste Werk dieses Genres dürfte »Eurabia: The Europe-Arab-Axis« sein, das die britische Schriftstellerin Gisèle Litman 2005 unter dem Pseudonym Bat Ye'or veröffentlichte. Sie behauptet, europäische und arabische Eliten hätten spätestens seit der Ölkrise von 1973 verabredet, Europa mit der arabischen Welt zu verschmelzen und zu islamisieren. Der norwegische Massenmörder Anders Breivik schrieb ganze Passagen von ihr ab. Die Eurabia-Verschwörung kursiert in unzähligen Varianten.

Sie finden sich auf Internetseiten wie Politically Incorrect oder in Jürgen Elsässers Zeitschrift Compact, und sie sind eine Geschäftsgrundlage von PEGIDA, ihren Ablegern sowie diverser Defense Leagues in Europa. »Offenkundig ist der Asyl-Tsunami von langer Hand geplant«, schrieb der jüngst verstorbene Journalist Udo Ulfkotte, Gründer von Pax Europa und PEGIDA-Unterstützer. Die Bundesregierung erwarte bis Ende 2016 die Ankunft weiterer zehn Millionen Flüchtlinge, und die Drahtzieher bei der UNO verlangten für Deutschland, Frankreich und Italien einen »Bevölkerungsaustausch« mit Nahost und Nordafrika, behauptete er. Ulfkotte schrieb für den Kopp-Verlag, der sich auf das Verschwörungsgenre spezialisiert hat. Dort veröffentlichten Autoren

wie Gerhard Wisnewski ihre Theorien etwa zum Klimawandel, den er für Schwindel hält.

Vergleichsweise vorsichtig äußerte sich Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, auf einer Kundgebung im Herbst 2015. Die Flüchtlinge würden »vielleicht doch als Migrationswaffe eingesetzt«, um Europas zu destabilisieren. Über die Rolle Merkels wolle er nur Vermutungen anstellen. Vielleicht habe sie den Verstand verloren. »Und die zweite Möglichkeit ist – das ist so unglaublich, wenn es so wäre, aber es ist tatsächlich eine realistische Möglichkeit in meinen Augen – die zweite Möglichkeit ist, dass sie in einen großen, großen geopolitischen Plan eingeweiht ist und diesen willentlich durchführt«, so Höcke.

In Deutschland dominiert seit dem Ersten Weltkrieg die Idee einer Weltverschwörung gegen die Nation. Laut Jürgen Elsässer befindet sich Deutschland seit hundert Jahren im Kampf gegen den angloamerikanischen Raubtierkapitalismus. Damit veredelt er den Griff nach der Weltmacht samt nazistischem Vernichtungskrieg und Shoa in einen Abwehrkampf. Folgerichtig präsentierten Elsässer, der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider und Götz Kubitschek, Chef der neurechten Zeitschrift Sezession, auf der Compact-Konferenz im Oktober 2015 einen »Widerstandsplan« gegen die »Abschaffung Deutschlands«. Auch Xavier Naidoo glaubt, die Amis dominierten alles und Deutschland sei nicht souverän. Der Internetjournalist Ken Jebsen unterstellt, dass die Bundesrepublik von ausländischen Mächten und ihren Agenten gelenkt werde.

Für die rasante Zunahme solcher Paranoia wird oft das Internet verantwortlich gemacht. Das ist so sinnig, als würde man den Erfolg des Nationalsozialismus dem Radio andichten. Richtig ist, dass dank Internet jeder Nazi und Schwachkopf seine Wahnvorstellungen kostengünstig verbreiten kann. Antisemitische Verschwörungsgeschichten haben jedoch Tradition im christlichen Abendland. Lange vor Erfindung des Buchdrucks verursachte die Legende vom jüdischen Ritualmord Pogrome. Noch heute glauben Umfragen zufolge in Polen knapp zehn Prozent der Bevölkerung, Juden würden christliche Kinder schlachten, um mit ihrem Blut das Brot für das Pessachfest zu backen.

... sieht man nicht

► Die aktuelle Weltwirtschaftskrise gründet in Problemen der Kapitalverwertung. Höhere Gewinne basieren nicht mehr auf hohem Wachstum, sondern auf verschärfter Ausbeutung und Deindustrialisierung. Die Folgen verunsichern auch Teile der Mittelschicht. Das Vertrauen in Politik, Banken und Medien, die seit Jahrzehnten die Segnungen des Neoliberalismus preisen, schrumpft, besonders seit der Krise von 2007. Für autoritäre Charaktere mit nationalistischer Grundhaltung stehen die Schuldigen fest: korrupte PolitikerInnen, volksferne Eliten, gierige Börsianer, die internationale Hochfinanz, letztlich die Juden und Jüdinnen.

Dabei wird die Wirtschaftskrise nicht nur von der neofaschistischen Casa Pound in Italien als Komplott einer Finanzsphäre gedeutet, die von der Wallstreet, Juden und Freimaurern beherrscht werde. Der linke Publizist Werner Rügemer kapriziert sich auf eine transnationale Kapitalistenklasse (TCC für Transnational Capitalist Class), die im Verborgenen operiere und für Kriege und Umstürze verantwortlich sei. »Die früheste und mindestens ein Jahrhundert agierende TCC waren wohl die jüdischen Bankiers-Clans«, schrieb

Geboten werden einfache Erklärungen für eine chaotische Welt

Rügemer, der dem wissenschaftlichen Beirat von Attac angehört. Rügemer publiziert in linken Verlagen wie PapyRossa, wettet aber auch auf der Homepage KenFM von Ken Jebsen gegen Israel.

Verschwörungsgeschichten sind kein Privileg vermeintlicher Extreme, sondern wird von der politischen Mitte gefördert, wie die »Heuschrecken«-Debatte zeigte, die der damalige SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering eröffnete und die von Gewerkschaften wie der IG Metall aufgegriffen wurde. Die Vorstellung vom Finanzkapital als heimlichem Herrscher der Welt, als Reich der Finsternis und Vampir bietet Anknüpfungspunkte für antisemitische Vorstellungen. Die Gegenüberstellung einer positiv gedeuteten inländischen Produktion versus einer negativ konnotierten internationalen Finanzsphäre ist zutiefst nationalistisch. Die Heuschreckenmetapher verwendete Veit Harlan in seinem antisemitischen Film »Jud Süß« von 1940: »Wie die Heuschrecken fallen sie über uns her.« Mit »uns« waren in der NS-Propaganda die Volksgemeinschaft der ehrlichen ArbeiterInnen und des schaffenden Kapitals gemeint, die von Parasiten, von Ungeziefer, vom raffenden Kapital ausgesaugt würden.

Mit emotionalem Gewinn

► Verschwörungsgeschichten sind ein Propagandawerkzeug der Rechten und mehr als das. So dumm manche Geschichte klingt, so groß ist der emotionale Gewinn. Geboten werden einfache Erklärungen für eine chaotische Welt. Gut und Böse sind klar geschieden und benannt. Man kann in Gedanken, Worten und Taten die Sau rauslassen und es schmeichelt dem Narzissmus, sich als Eingeweihter zu wähen.

Obendrein gibt es ja tatsächlich Verschwörungen: Watergate, die Iran-Contra-Affäre, die P2-Loge und die Strategie der Spannung faschistischer Gruppen in Italien. Im Alltag scheint es mitunter, als habe sich alles gegen einen verschworen, und schon ein Mobbing am Arbeitsplatz kann tückisch sein. So knüpft die Manie, überall geheime Mächte zu wittern, an realer Geschichte an.

Das Muster wird auch vom medialen Mainstream eingeschliffen. Gierige Ackermänner sind schuld an Wirtschaftskrisen. Stimmt die Chemie zwischen Trump und Putin, kann nichts passieren. Mutti Merkel hatte alles im Griff, bis sie die Grenzen öffnete. Aber hatte sie nicht wenigstens einen De Maizière dabei? JournalistInnen personalisieren gern, weil die Stories griffiger sind, und PolitikerInnen feilen am Image des Übermenschen. »Yes we can«, heißt es im Wahlkampf.

Der Verschwörungsglaube ist eine wahnhaftige Form falschen Bewusstseins, das in der bürgerlichen Gesellschaft notwendig entsteht. Der Grund dafür ist, dass Ausbeutung und Herrschaft strukturell verankert sind: Formal freie und gleiche Bürger schließen Verträge ab, tatsächlich jedoch sind sie ungleich, als Lohnabhängige oder Kapitaleigner. Statt diese Struktur zu durchschauen, werden Konflikte als unlautere Machenschaften von Bankern, Spekulanten und Börsianern gedeutet, die als Heuschrecke oder Krake karikiert werden. Die abstrakte Herrschaft des Kapitals erscheint als große Verschwörung, als heimliche Weltherrschaft der Juden.

► **Peter Bierl** ist Journalist und Autor. Er hat das Buch »Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn. Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell« (konkret texte 57) veröffentlicht.

Recht russisch

Der Putinismus ist für den Rechtspopulismus attraktiv



Russland wird zentral und autoritär von Präsident Putin geführt. Ökonomisch herrscht ein Mischsystem aus einem starken öffentlichen Sektor und neoliberaler Wirtschaftspolitik. Die Staatsideologie ist konservativ bis nationalistisch ausgeprägt. Es ist genau diese Mischung, die Russland zum Vorbild für RechtspopulistInnen aus aller Welt macht.

von **Ute Weinmann**

► Versuche, Außenstehenden das russische Herrschaftssystem unter Präsident Wladimir Putin begrifflich zu machen, sind eine undankbare Aufgabe. Selbst in unmittelbaren Nachbarstaaten besteht Unverständnis angesichts des raschen gesellschaftlichen Wandels in Russland, dessen aggressive Komponente insbesondere die Ukraine zu spüren bekommt. Mit dem Wort Rechtspopulismus lässt sich die gegenwärtige Verfasstheit nur ungenügend beschreiben.

Formal entspricht Russland den Kriterien einer parlamentarischen bürgerlichen Demokratie mit einer auf die Macht des Präsidenten zugeschnittenen Verfassung. Die Arbeit der politischen Institutionen imitiert jedoch eher rechtsstaatliche Verhältnisse. Weder existiert eine unabhängige Gerichtsbarkeit, noch eine eigenständige Legislative. Die Exekutive orientiert sich an den Vorgaben und Freiräumen, welche die Präsidialadministration vorgibt. Wahlen geraten nicht allein aufgrund von Wahlfälschungen zur Farce. Die Einteilung in regierungstreue, für das System akzeptable und in den Prozess der Machtausübung integrierte Oppositionsparteien einerseits und geduldete Außenseiter andererseits sind kein Ausdruck politischer Willensbildung. Vielmehr gehen Entscheidungen über die Zusammensetzung des Machtapparates und somit auch über die Zulassung oppositioneller Kräfte auf die oberste politische Führung zurück.

Putins Regime ...

► Diese Konstellation führt auch zu Konsequenzen hinsichtlich der Rolle und Funktion von Parteien. So ist die Hauspartei des Kremls »Einiges Russland« lediglich ein ausführendes Machtinstrument, aber keine Ideologie generierende Struktur. Entsprechende Impulse gehen von Putin aus, der sich jedoch für deren Artikulierung und für gesellschaftspolitische Debatten (oder deren Anschein) vorzugsweise der 2011 auf seine Initiative hin gegründeten »Allrussischen Volksfront« (ONF) bedient. Die ONF vereinigt zahlreiche Gruppen und Verbände von Gewerkschaften bis zur Frauenunion, die sich durch eine absolute Loyalität zur Staatsmacht auszeichnen. Formal decken sie ein breites Themenspektrum ab. Differenzen überwinden durch das Vorgaukeln der Einheit von Staat und Volk – das ist das Credo.

Russland wird von etlichen europäischen Linken gerne als positives Gegenmodell zur oligarchisch organisierten Ukraine gesehen.

Dabei verkörpert Putin de facto die russische Gesamtoligarchie, zu der als größte Profiteure auch langjährige Mitstreiter Putins wie der Chef des Erdölkonzerns Rosneft, Igor Setschin, zählen. Ohne ein durch Korruption befriedetes Staatsdienertum könnte allerdings auch der mächtige Präsident seine Herrschaft nicht ausüben. Dieser kompensiert wiederum in seiner Person, als charismatischer Anführer, gegenüber der Öffentlichkeit das fehlende Vertrauen in fast sämtliche Staatsorgane, einschließlich der Regierung, ihrer Ministerien und der Polizei. Die Staatsquote am Bruttoinlandsprodukt liegt nach Angaben der Föderalen Antimonopolbehörde FAS bei gut zwei Drittel.

Hinsichtlich der Kluft zwischen Arm und Reich nimmt Russland eine Spitzenposition ein. Trotz paternalistisch-sozialer Rhetorik fand unter Putin keine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums statt. Die erste Grundlage des Putinismus wurde bereits in den 1990er Jahren durch vom Neoliberalismus inspirierte WirtschaftspolitikerInnen und konservative Kräfte aus dem Sicherheitsapparat, mit engen Verbindungen zu Staatsunternehmen, gelegt. Die hohen Profite aus dem Rohstoffgeschäft ließen es in den 2000er Jahren zu, dass auch für die Bevölkerung ein spürbarer Anteil abfiel. Für viele Grund genug, um diese Zeit in guter Erinnerung zu bewahren.

... und die russische Welt ...

► Der ideologische Überbau des Putinismus entstand wesentlich später. Putin hat nie Zweifel daran gelassen, dass er den Zusammenbruch der Sowjetunion als Katastrophe wertet und deren Spaltprodukte unter russischem Einfluss zusammenhalten möchte. Diese Haltung findet in Russland zahlreiche AnhängerInnen. Putin verfolgt aber einen Plan, dessen Umsetzung einer Aneinanderreihung taktischer Manöver gleicht. Erst zum Ende seiner zweiten Amtszeit hin – hier sei auf Putins Rede auf der Sicherheitskonferenz in München 2007 verwiesen – formte sich neben einem zunehmend antiwestlichen Kurs ein passendes ideologisches Konstrukt, das in verstärkter aggressiver Form Gestalt annahm: das Konzept der »russischen Welt«.

Dabei handelt es sich keineswegs um ein ethnisches Volksverständnis, sondern um ein kulturelles Phänomen. Neben dem Russischen als einziger übergreifender Kommunikationssprache definieren dessen VerfechterInnen als Markenzeichen der russischen Welt eine Reihe ethisch-moralischer Zuschreibungen wie Gerechtigkeit, Opferbereitschaft oder Patriotismus – gemeint ist die Unterwerfung unter das gesamtgesellschaftliche Kollektiv – sowie den orthodoxen Glauben gemeinsam mit anderen anzutreffenden Konfessionen. Dabei spielen die zentralasiatischen Republiken mit



Er ist überall

Foto: W. Wildner

Ausnahme Kasachstans und des Südkaukasus' keine relevante Rolle, während die Ukraine oder Belarus im Bewusstsein der russischen Bevölkerung einen festen Bestandteil der russischen Welt bilden. Unterschiede werden hier ausgeblendet. Daraus ergibt sich die Auffassung, dass die Grenzziehungen zwischen diesen Ländern und Russland ein historisches Missverständnis sind.

Nach seiner Rückkehr ins Präsidentenamt 2012 erhob Putin den Konservatismus zur Staatsideologie. Während der Massenproteste im gleichen Jahr wurde offensichtlich, auf welche soziale Basis er sich stützte: auf den komplett vom Staatshaushalt abhängigen Teil der Bevölkerung. Die im staatlichen Sektor Beschäftigten machen etwa 40 Prozent der Bevölkerung aus. Freiberufliche, die Mittelklasse und insbesondere vermögende Eliten stellen hingegen ein Risiko dar und sind deshalb potenzielle GegnerInnen. Das Konzept der russischen Welt greift auch für die Definition der Zugehörigkeit im Inneren.

Dieses durchaus rechtspopulistische Projekt stützt sich auf einen Mythos, nämlich die Vorstellung von einem quasi naturgegeben traditionellen Dasein. Authentizität erlangt danach nur der »einfache Mensch«, der sich auf vermeintlich nicht anfechtbare Werte wie Religiosität, Familie und dergleichen mehr beruft und sich jenseits der Moderne verortet. Weder die Problematisierung der Wohlstandsverteilung noch die Infragestellung des eigenen sozialen Status passen zu diesem Konzept. Dafür agiert der Staat als Garant sozialer Minimalleistungen. Gleichzeitig ist die russische Bevölkerung den Gesetzmäßigkeiten eines globalisierten Kapitalismus natürlich genauso unterworfen wie andere Gesellschaften auch.

Vor diesem Hintergrund nimmt es sich geradezu abstrus aus, dass Russland, so der weitverbreitete Glaube, es nicht nur schaffe

Putin erhob den Konservatismus zur Staatsideologie

die christlichen Werte des Abendlandes in ihrer ursprünglichen Form zu verteidigen, sondern auch gegen den Kapitalismus neoliberaler Prägung aktiven Widerstand leiste.

... oder die russländische Nation

► Seit dem Erstarken rechter Bewegungen in Europa und insbesondere seit dem Wahlsieg von Donald Trump fühlt sich die russische Führung in ihrer Vorreiterrolle bestätigt. Sie inszeniert sich als Avantgarde im Kampf der Kulturen. Gleichzeitig bleibt die Abgrenzung zu einem liberalen Wertesystem, das der Westen verkörpert, ein zentraler Bestandteil der eigenen Standortbestimmung. Weite Teile der russischen etatistischen Linken orientieren sich ihrerseits an einer nationalpatriotischen Linie. Ihre Bezugnahme auf das Volk unterscheidet sich aber in einem entscheidenden Punkt von der offiziellen Leitlinie: Russische Staatsangehörige haben ein fest verankertes Anrecht auf die Sorgepflicht durch den Staat und dürfen dies einfordern. Deutsche RechtspopulistInnen wiederum ziehen Russlands antiamerikanische Attitüden an, gleichzeitig interpretieren sie Russland als Opfer der Politik des Westens, insbesondere der NATO, und stilisieren Putin als heroischen Gegenpart zum westlichen politischen Establishment. Vermutlich fiel die Attraktivität des russischen Präsidenten ohne Finanzspritzen für Projekte der europäischen Rechten jedoch geringer aus.

Unterschiede zwischen dem Kreml und den Positionen der extremen Rechten in Russland schwinden. Letzterer fällt es zunehmend schwer, sich als eigenständige politische Kraft darzustellen. Dafür konnten sich etliche VertreterInnen der extremen Rechten Betätigungsfelder in staatsnahen Strukturen sichern. Wer zu wenig Loyalität zur Führung an den Tag legt oder gar offene Kritik übt, muss sich allerdings mit einem Randdasein zufrieden geben. Streitpunkte existieren hinreichend, auch und gerade hinsichtlich der Frage, wer als zum russischen Volk zugehörig gilt. Im vergangenen November veranlasste Putin die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über eine »russländische Nation«. Was sich hinter diesem Begriff verbirgt, ist offen. Russische NationalistInnen befürchten nicht ohne Grund, dass damit wohl kaum die ethnisch definierte Nation gemeint ist. Weniger besorgt sind sie darüber, dass hier mit großer Wahrscheinlichkeit das seit der Zarenzeit verfolgte Gegenkonzept zum aufgeklärten Citoyen eine neue gesetzliche Grundlage erhalten wird.

► **Ute Weinmann** ist freie Journalistin in Moskau.

F**k You, Human Rights!

Der philippinische Präsident Duterte vollstreckt den Populismus

Er hat allen den Krieg erklärt, die mit Drogen in Verbindung gebracht werden. Er pöbelt gegen Rechtsstaatlichkeit und demokratische Institutionen, denn er gibt vor, den Willen des Volkes unmittelbar zu verwirklichen. Rodrigo Duterte dürfte dem Idealbild westlicher RechtspopulistInnen ziemlich nahe kommen. Doch es gibt philippinische Spezifika.

von Niklas Reese

► Jeden Morgen liegen in den Philippinen 20 bis 30 Leichen auf den Bürgersteigen. Neben ihnen ein Pappschild, auf dem steht: «Ich bin ein Dealer. Mach es nicht wie ich.» Sieben Monate ist Präsident Duterte im Amt. Bislang ist es zu fast 7.000 außergerichtlichen Hinrichtungen gekommen. Bei vielen von ihnen ist nicht einmal sicher, ob sie tatsächlich Drogenabhängige und KleindealerInnen waren.

Man ahnt, dass die Polizei in den meisten Fällen nicht die Wahrheit sagt, wenn sie behauptet, sie hätte nur zurückgeschossen. Denn der Präsident fordert zum Töten eines jeden Verdächtigen auf, weil sich nur so das Problem aus der Welt schaffen lasse. Selbst RechtsanwältInnen der Verdächtigen droht er den Tod an. Am nächsten Tag hört man dann von seinen Epigonen, so sei das alles nicht gemeint gewesen.

Die Statements Dutertes werden jeden Monat krasser. Die Beleidigungen, die er denen an den Kopf wirft, die kritische Fragen stellen (wie UN-SonderberichterstatterInnen, der EU, dem Ex-US-Präsidenten Obama, der katholischen Kirche oder dem Vorsitzenden der philippinischen Menschenrechtskommission) sind unflätig wie eh und je. Der Rückhalt Dutertes in der Bevölkerung bleibt dennoch phänomenal hoch. 85 Prozent der Filipinos vertrauen ihm laut Umfragen weiterhin und begrüßen seinen »Krieg gegen die Drogen«.

Erfolgreich Panik verbreiten

► Duterte ist es gelungen, den Filipinos zu verkaufen, dass die drängenden Probleme der philippinischen Gesellschaft wie Korruption, Kriminalität, Armut und die oligarchischen politischen Verhältnisse ganz einfach zu erklären seien: Unter seinem Vorgänger Aquino sei die Kriminalitätsrate um das Dreifache gestiegen und das Drogenproblem eskaliert. Mehr Drogenabhängige bedeuteten mehr Kriminalität, denn drei Viertel aller schweren Verbrechen würden von Drogenabhängigen verübt. Einem Faktencheck halten diese Zahlen zwar nicht stand, aber für einen Populisten spielt das keine Rolle. Hauptsache, die Leute nehmen es ihm ab.

Duterte hat im Laufe des Wahlkampfes vor den Präsidentschaftswahlen am 9. Mai 2016 erfolgreich Panik verbreitet. Während dem Meinungsforschungsinstitut Pulse Asia zufolge 2015 nur 30 Prozent der Filipinos besorgt waren, Opfer eines Verbrechens zu werden und gerade einmal jedeR Fünfte die Bekämpfung der Kriminalität für eine der drei wichtigsten politischen Aufgaben hielt, waren es Mitte 2016 fast die Hälfte.

Vor seiner Wahl hat Duterte viel angekündigt: Friedensverhandlungen mit der kommunistischen Guerilla und den muslimischen SeparatistInnen, eine Verbesserung des Bürgerservices bei Behörden sowie sozialpolitische Maßnahmen. Doch es ist der Krieg gegen die Drogen, den er zum Kernproblem gemacht hat, mit dem alles steht und fällt: Die Lösung des Drogenproblems, so Duterte, führe automatisch zur Lösung aller anderen Probleme des Landes, ob wirtschaftliche Rückständigkeit, Korruption oder oligarchische Herrschaft.

Hieß es nach dem Wahlsieg noch, das Land erwarte eine »Revolution«, welche die Oligarchie und die katholische Kirche schwächen, die Kriminalität besiegen und einen Sozialismus philippinischer Art zustande bringen werde, ist davon kaum mehr als der Krieg gegen die Drogen übriggeblieben. Der öffentliche Diskurs trieft vor Kriegsemantik und Verschwörungstheorien: Die Philippinen befänden sich im Krieg gegen Drogen und den von der Drogenmafia kontrollierten Staat – und in einem Krieg zwischen denen, die das erkannt haben und jenen, die nicht wollen, dass die Mehrheit klarsieht. Nämlich die Elitären der Liberalen Partei, UN, EU, CIA, die westlichen Regierungen, die vom Ausland gesteuerten NGOs, die katholische Kirche und MenschenrechtsaktivistInnen, die allesamt vom Status quo profitierten und den »wirklichen Neuanfang«, wie der Slogan Dutertes heißt, verhindern wollten.

Ist Duterte der »Trump Asiens«?

► Duterte wird oft als »Trump Asiens« bezeichnet. So einfach ist es aber nicht. Nur manches verbindet ihn tatsächlich mit Trump, Orban oder Putin, etwa der Hass auf das »Establishment« und dass er sich als Mann des Volkes und Rächer der Enterbten verkauft. Etwa, indem er sich betont leger kleidet und als authentisch gilt, da er redet wie ihm der Schnabel wächst, was auch häufige vulgäre Ausfälle beinhaltet. Plausibilitäten und Alltagsverstand gelten mehr als dürre Fakten, die im Verdacht stehen, bloß deshalb ins Feld geführt zu werden, um das (gesunde) Volk(empfanden) zu unterdrücken. All dies sind Merkmale von Populismus.

Als populistisch könnte man auch den Mythos bezeichnen, dass es Duterte als Bürgermeister gelungen sei, die Millionenstadt Davao zu einer Musterstadt zu machen (dabei ist Davao weiterhin die Stadt mit der vierthöchsten Verbrechensrate auf den Philippinen) und dass es ihm gelingen werde, diesen »Erfolg« auf den gesamten Inselstaat zu übertragen. Denn das Leitbild des Populismus ähnelt der mittelalterlichen Bürgerstadt, einer Kleinstadt, in der man sich kennt und die sich von moralischen Erwägungen leiten lässt; ein Gemeinwesen, das überschaubar ist und wo die persönliche Erfahrung der Maßstab für richtig oder falsch ist – gleichsam das Gegenteil der anonymen, globalisierten, sich verändernden Gesellschaften der Moderne, in der sich die AnhängerInnen des Populismus so entfremdet fühlen. Duterte hat nicht umsonst darum gebeten, ihn weiter »Mayor« zu nennen und nicht »Präsident«.

Auch Dutertes Verachtung für Institutionen, die sich ihm in den Weg stellen, sei es nun der Oberste Gerichtshof, die UNO, die



In der Rolle als Rächer der Enterbten hat Duterte bislang großen Erfolg

Foto: N. Reese

philippinische Menschenrechtskommission und viele andere, ist populistisch. Denn der Populismus schätzt politische Institutionen und rechtsstaatliche Verfahren gering und redet der Unmittelbarkeit zwischen Regierenden und Regierten das Wort. Der Führer gilt als Stimme des Volkes. Zwischeninstanzen und rechtliche Einschränkungen wären auszuschalten, da sie den Volkswillen verfälschen. So droht Duterte immer wieder damit, das Parlament aufzulösen oder das Kriegsrecht auszurufen. Er kündigt an, missliebige Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes zu ignorieren und setzt sich über Empfehlungen der Ermittlungsbehörden hinweg, Polizisten, die über die Stränge geschlagen haben, strafrechtlich zu verfolgen. Begleitet wird dies oft von seinem Ausruf »Fuck you, you idiots!«

Dutertes Populismus ist aber zum Teil anders als der von Trump und Konsorten. Die Stadt Davao wurde unter Duterte zur Vorreiterin im Bereich sexueller Selbstbestimmung und Frauenrechte (und das, obwohl Dutertes sexistische Sprüche Legion sind). Er ist auf Kriegsfuß mit der katholischen Kirche, unterstützt die Rechte von Homosexuellen und hat gute Beziehungen mit den Moslems auf Mindanao wie auch (noch) mit der radikalen Linken. Ein lupenreiner Rechter ist er jedenfalls nicht. Doch eine konsistente Ideologie hat der Populismus ohnehin nicht, er reagiert pragmatisch und flexibel auf die jeweilige Situation, die er vorfindet. Und oft interessiert den Populisten auch nicht sein Geschwätz von gestern. Es ist daher schwierig, Leute wie Duterte auf das festzunageln, was sie gesagt haben.

Eine beliebte Illusion über den Populismus jedenfalls straft auch Duterte Lügen. Er hat unter den Ungebildeten und an den Rand Gedrängten nicht am besten abgeschnitten. Während er bei den Präsidentschaftswahlen insgesamt 36 Prozent der Stimmen bekommen hat, waren es unter der Mittelklasse 45 Prozent, unter denen mit Collegeabschluss 49 Prozent und unter den Millionen von AuslandsmigrantInnen sogar 75 Prozent der Stimmen. Je jünger

die WählerInnen waren, desto besser hat er abgeschnitten. In der Metropolenregion Manila lag er bei überdurchschnittlichen 44 Prozent.

Es sind also nicht das alte Landei oder die abgehängte Proletarierin gewesen, die ihm in den Präsidentenpalast verholfen haben, sondern der junge, bessergestellte, gebildete Städter. (Ja, Städter, denn wie andere Populisten hat auch Duterte um 22 Prozent besser unter Männern als unter Frauen abgeschnitten.)

Auf fruchtbaren Boden gefallen

► PopulistInnen sind erfolgreich, weil sie zum Ausdruck bringen, was viele Menschen denken. Statt reaktionäres Denken zu hinterfragen, spitzen die PopulistInnen es publikumswirksam zu. Verführer im Sinne eines dämonischen Diktators sind sie aber keine. Die Zustimmung zur Todesstrafe war in den Philippinen immer hoch, ebenso die Vorstellung, dass Verdächtige und StraftäterInnen im Grunde ein und dasselbe seien. Gleiches gilt für den Wunsch nach »Abkürzungen« im politischen Prozess und der Rechtsfindung. Und auch Patriarchat und Sexismus sind in den Philippinen fest etabliert. Die Erziehungsmethoden sind alles andere als gewaltfrei und Autoritäten fordern absoluten Gehorsam. Da fällt jemand wie Duterte auf fruchtbaren Boden.

Ganz gleich, ob Duterte nun Rechtspopulist oder Faschist ist, die politischen Institutionen erodieren, Menschenrechte sind zu einem Schimpfwort geworden und das Land dürfte auf Jahre hin zerrissen sein. In Thailand hat das in eine Militärdiktatur geführt. Und auf den Philippinen? Mit Karl Valentin lässt sich nur hoffen, dass »es hoffentlich nicht so schlimm wird, wie es jetzt schon ist.«

Das Leitbild des Populismus ähnelt der mittelalterlichen Bürgerstadt

► **Niklas Reese** ist Mitarbeiter des philippinenbüros und lebt in Manila. Eine Langfassung des Artikels steht auf www.iz3w.org

»Unter dem Volk populär«

In Thailand ist Populismus jetzt allseits positiv besetzt

Die royalistisch-konservativen Eliten in Thailand versuchten, die Reformpolitik der »Rothemden«-Regierung des Milliardärs Thaksin als populistisch zu brandmarken. Dies scheiterte und die Rechten putschten. Heute streiten alle darum, wer den besseren Populismus anbietet.

von **Wolfram Schaffar**

► Im Mai 2014 putschte in Thailand das Militär gegen die gewählte Regierung von Yingluck Shinawatra. Der Hauptvorwurf gegen die Schwester des vormaligen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra war, sie habe mit ihrem Programm zur Subventionierung von Reisbauern und -bäuerinnen und durch die Pläne, ein Netz von Hochgeschwindigkeitszügen zu errichten, eine unverantwortliche populistische Politik betrieben. Kurze Zeit nach der Machtübernahme verkündete General Prayuth Chan-ocha allerdings, dass er seinerseits ein Programm für Hochgeschwindigkeitszüge umsetzen werde. Ein Jahr später folgte ein Subventionsprogramm für Reisbauern und -bäuerinnen.

Beides erinnerte so sehr an die zuvor als populistisch brandmarkete Politik, dass der General seine Maßnahmen mit der Wortneuschöpfung *pracha rat* (Volks-Staat) von der Politik seiner Vorgängerin *pracha niyom* (unter dem Volk populär; das ist auch die übliche Übersetzung von Populismus) abzusetzen versuchte. Ist der gegenwärtige Machthaber, General Prayuth, nun ein Populist?

Ein ideologischer Kampfbegriff

► Populismus bezeichnet einen Politikstil, der mit einfachen Botschaften dem Volk nach dem Mund redet. Seine Versprechungen sind weder ernst gemeint, noch stellen sie eine konsistente Politik dar. Von Rechtspopulismus wird gesprochen, wenn die politischen Botschaften fremdenfeindliche oder andere ausgrenzende Elemente enthalten. Ein solcher Begriff von Populismus versagt im Fall Thailands. Aber auch über das Länderbeispiel hinaus wird deutlich, dass die Begriffe Populismus und Rechtspopulismus problematisch sind. Das liegt nicht unbedingt an ihrer Schwammigkeit, sondern vielmehr daran, dass es ein ideologischer Begriff im Dienst eines elitären, neoliberalen Projekts ist.

Mit dem Wort Populismus wird der Vorwurf formuliert, dass die Menschen mit einfachen Antworten verführt würden. Das impliziert, die politische Situation sei so komplex, dass sie am besten von ExpertInnen bearbeitet werde: Wirtschaftsweise, JuristInnen, spezialisierte BürokratInnen. Diese undemokratische Haltung drückt aus, dass sogenannte einfache Menschen – ohne Universitätsabschluss, in schlecht bezahlten Jobs – ihre Situation nicht adäquat begreifen.

Das Begriffspaar Links- und Rechtspopulismus erweitert diese Entmündigung um die Diskreditierung politischer Alternativen. Es ist Teil eines begrifflichen Feldes, zu dem auch das Paar Links- und Rechtsextremismus gehören. Damit wird die von ExpertInnen formulierte neoliberale Politik zur Politik der Mitte erklärt. Forderungen nach der Umverteilung von Reichtum werden als »Linkspopulismus« in einen Topf geworfen mit fremden- und frauenfeindlichen Ideologien des Rechtspopulismus. Dadurch werden soziale Forderungen als illegitim diffamiert und die inhaltliche Auseinandersetzung vermieden.

Der Populismusbegriff ist in dieser negativen Bedeutung hauptsächlich im Deutschen und Englischen gebräuchlich. Im Spanischen ist er oft anders besetzt. Er bezieht sich stark auf die Zeit der 1940er Jahre in Lateinamerika und ist verknüpft mit Persönlichkeiten wie Juan Domingo Perón in Argentinien. Perón mobilisierte die Unterstützung der Bevölkerung, um Sozialreformen gegen die alte Oligarchie abzusichern.

Thaksins autoritäre Reformpolitik

► Diese Begriffskritik ist nötig, um die Verwendungsweise des Wortes Populismus in Thailand zu begreifen. Ab dem Jahr 2000 wurde das Wort in der Auseinandersetzung mit Thaksin Shinawatra aufgegriffen. Thaksin wurde 2001 unter dem Eindruck der Asienkrise 1997/98 mit großer Mehrheit zum Premier gewählt. Zentral für seinen Erfolg war das Versprechen, er werde Thailand wieder zu Wirtschaftswachstum führen. »Thailand wieder groß machen« war ein Programm, das auch mit nationalistischen Untertönen einherging: Das Abstreifen des Jochs des IWF, unter dessen »Rettungskredit« das Land litt, wurde groß inszeniert.

Demokratie spielte in Thaksins Politik zunächst eine untergeordnete Rolle. Er setzte auf seine Kompetenz als Medienunternehmer

und empfahl klare Befehlsketten – auch bei der Kriminalitätsbekämpfung, bei der er sich durch medial inszenierte außergerichtliche Hinrichtungen angeblicher Drogenhändler profilierte. Seine Wirtschaftspolitik folgte einer zweigleisigen Strategie: Einerseits neoliberale Umstrukturierungen, wie etwa Privatisierungen

von Staatsbetrieben. Andererseits verfolgte er eine keynesianische Politik der Wirtschaftsplanung. Dazu gehörten zahlreiche Infrastrukturprojekte und Investitionsprogramme, beispielsweise billige Konsumkredite oder das Eine-Million-Baht-Dorf-Programm für Investitionen im ländlichen Raum. Vor allem aber ist Thaksins Name mit dem 30-Baht-Programm verbunden: Einer allgemeinen Krankenversicherung, die erstmals allen ThailänderInnen Zugang zu medizinischer Behandlung eröffnete.

Die »einfachen« Leute sind politisiert wie nie zuvor



Superthaksin. Der Held des Volkes

Foto: Adaptor-Plug

Thaksins übermächtige politische Stellung, seine Privatisierungspolitik und der autoritäre Regierungsstil polarisierten die Gesellschaft (siehe iz3w 358). Das führte 2005/06 zum Schulterchluss zwischen royalistisch-konservativen Eliten, NGOs und Gewerkschaften. Dieses Bündnis der sogenannten Gelbhemden ebnete den Weg für den Militärputsch von 2006, durch den Thaksin ins Exil getrieben wurde. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Begriff des Populismus, den führende Intellektuelle wie Phasuk Phongpaichit und Chris Baker in angelsächsischer Lesart entfalteten: Thaksin sei ein Populist, der den einfachen Menschen nach dem Mund redet, dessen Maßnahmen jedoch inkonsistent sind. So wurde auch versucht, das populäre 30-Baht-Programm schlecht zu reden: Dieses sei gar nicht Thaksins Idee gewesen und erst in letzter Minute in das Wahlprogramm gekommen. Außerdem stehe die Finanzierung auf tönernen Füßen, da hierfür nur Tabak- und Alkoholsteuern herangezogen würden.

So wurden aus dem neoliberalen Lager über den Begriff des Populismus sozialpolitische Maßnahmen als inkohärente Politik diskreditiert. Die antidemokratische Implikation ist deutlich: Die Armen auf dem Lande lassen sich durch einfache Antworten und Sozialleistungen ködern und laufen dem Rattenfänger Thaksin hinterher.

Die soziale Frage besetzen

► Dieser negative Begriff von Populismus scheiterte jedoch im thailändischen Diskurs. In der ersten Zeit wurde noch der englische Begriff verwendet und von *populit* gesprochen. Später setzte sich jedoch die Lehnübersetzung *pracha-niyom* (unter dem Volk populär) durch. Mit dieser Übersetzung und vor allem mit der Sozial- und Infrastrukturpolitik von Thaksin ließ sich jedoch keine negative Implikation mehr verbinden. Was soll schlecht daran sein, dass – nach Jahrzehnten der Ignoranz durch die konservativ-royalistischen

Eliten in Bangkok – jemand die Forderungen aus der Bevölkerung umsetzt und eine Krankenversicherung einführt? Der Begriff kehrte sich um und wurde zunehmend in der lateinamerikanischen Bedeutung als wohlfahrtstaatliche Politik verstanden, die sich gegen den Widerstand der Eliten absichern muss.

Im Wahlkampf von 2007 wetteiferten schließlich die Parteien darum, wer die bessere populistische Politik anbietet: Die konservativ-royalistische Demokratische Partei – eigentlich auf der Seite der Gelbhemden – warb mit *pracha-niyom*. Die Nachfolgepartei von Thaksins aufgelöster Regierungspartei konterte, dass sie *pracha-niyom thii cing* als die eigentliche, originär

populistische Politik vertrete. Die eingangs dargestellte Kampagne des jetzigen Militärmachthabers Prayuth, mit dem Begriff *pracharat* den noch besseren Populismus zu vertreten, ist ein später Reflex dieses Kampfes um Begriffe, den die royalistisch-konservativen Eliten verloren.

So konnte Thaksin die soziale Frage besetzen. Bei allen Wahlen seit 2000 siegte sein Rothemden-Lager deutlich. Die konservativ-royalistischen Eliten und die Bewegung der Gelbhemden dagegen griffen zu gewaltförmigen und anti-demokratischen Mitteln, um das Thaksin-Lager zu entmachten: 2006 ein Militärputsch, 2008 die Auflösung der regierenden Thaksin-Partei durch das parteiische Verfassungsgericht, 2014 ein erneuter Putsch. Nach jeder Machtübernahme versuchten die alten Eliten die populistischen Programme des Thaksin-Lagers zu kopieren.

Der Versuch, Thaksins Projekt als populistisch zu diskreditieren, hat sich ins Gegenteil verkehrt: Die »einfachen Leute« sind politisiert wie nie zuvor und nutzen ihre Stimme, um gegen Putsche und für eine überzeugende Sozial- und Infrastrukturpolitik zu stimmen – wenn man sie lässt. Unter diesem Vorzeichen ringt die royalistisch-konservative Putschregierung in Bangkok heute um die Absicherung ihrer Macht. Aus Angst vor der politisch mobilisierten Bevölkerung forderten die Gelbhemden schon bei ihren Protesten 2013/14 die Abschaffung von Wahlen. Der Militärputsch von Mai 2014 kam diesem Wunsch nach. Obwohl die Militärregierung bemüht ist, sich positiv populistisch zu profilieren, scheut sie die Bevölkerung und hat mit der Verfassung von 2016 dauerhaft ein autoritäres Regime etabliert.

► **Wolfram Schaffar** ist Professor am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien und arbeitet zu Südostasien.



Wladimir, Emine und Tayyip in lockerer Runde

Foto: Russische Föderation

Aufstand der Paternalisten

Erdoğan's Rechtspopulismus im Janitscharenrock

Die konservativ-islamische AKP ist seit 2002 Regierungspartei in der Türkei. Der anfangs moderate Kurs der Partei der »kleinen Leute« weicht derzeit rasant einer harten Linie. Politische GegnerInnen werden zunehmend kriminalisiert. Das wirkt wie aus einem Drehbuch entfalteter rechtspopulistischer Herrschaft. Wie kam es dazu?

von Jan Keetman

38

► Will man die türkische AKP mit neueren rechtspopulistischen Parteien vergleichen, geht dies nicht ohne Schwierigkeiten. In Europa haben wir es mit rechtspopulistischen Parteien zu tun, die über mehr oder weniger starke Führungsfiguren verfügen. In der Türkei gibt es nur einen Führer, der über eine Partei verfügt: Präsident Tayyip Erdoğan.

Ein Unterschied zwischen der AKP und den europäischen rechtspopulistischen Parteien ist: Letztere sind antiislamisch, die AKP ist islamistisch. Trotzdem bestehen erstaunliche Gemeinsamkeiten. Die AKP und die europäischen rechtspopulistischen Strömungen sind gemeinsam ein verlässliches Bollwerk gegen Emanzipation und Aufklärung. Sie stehen für Nationalismus und Autoritarismus im Namen der »anständigen Leute«.

Erdoğan's Herrschaftsstil wird oft mit dem Bonapartismus verglichen. Auch dieser Vergleich hinkt, jedenfalls wenn man den Bonapartismus wie Marx als autoritäre Herrschaft versteht, die die Interessen des Bürgertums vertritt, ohne dieses unmittelbar an der

Macht zu beteiligen. Allerdings vertritt Erdoğan die Interessen großer Teile des Bürgertums gerade nicht. Auch wenn die Partei AKP als Instrument der politischen Willensbildung von Erdoğan mittlerweile völlig marginalisiert worden ist, so verspricht sie doch auch Teilhabe an der Macht. Ihr anzugehören bietet auch die Möglichkeit, politische Treue in materiellen Nutzen zu verwandeln. Die Konzentration auf den Alleinherrscher sollte nicht den Blick darauf verstellen, dass die Stellung dieser Person erst in einem politischen Kontext möglich ist.

Die AKP ist nur im Rahmen der Geschichte, der politischen Kultur, der ökonomischen Verhältnisse und der vorgefundenen Gesetze der Türkei zu verstehen. Die starke Stellung Erdoğan's relativiert sich, wenn man andere türkische Parteien betrachtet. Die Position des Parteiführers ist bei fast allen von ihnen zentral. Das liegt unter anderem daran, dass der Parteichef – oder sein Vorzimmer – über die KandidatInnenliste der Parlamentswahlen entscheidet. Eine Ausnahme sind die prokurdischen Parteien, bei denen die AmtsträgerInnen weniger Macht haben – aber auch deshalb, weil vielen KurdInnen der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan als ihr eigentlicher Führer gilt.

Gegen die kemalistische Machtelite

► Hervorgegangen ist die AKP aus verschiedenen Parteigründungen des islamistischen Politikers Necmettin Erbakan. Ein wesentlicher Faktor für Erbakans Erfolge war die Landflucht. 1950 hatte Istanbul weniger als eine Millionen EinwohnerInnen, 2013 über

14 Millionen. Im Islam fanden die ehemals ländlichen Massen eine Möglichkeit, ihre Identität zu behaupten und konservative Geschlechterrollen gegen die Gefahren des Stadtlebens abzusichern. Zugleich wuchs in den Kleinstädten eine neue UnternehmerInnen-schicht heran, die vom »grünen Kapital« profitierte, welches »Gastarbeiter« nicht den westlichen Banken anvertrauten. In solchen Unternehmen herrscht ein paternalistisches Klima, das Arbeitsrechte großenteils aushebelt. Zusätzlich profitierte Erbakan davon, dass das Militär die Linke ausschaltete. Doch Erbakan konnte die radikalen Kräfte in seiner Partei nicht kontrollieren. Ein Verbot seiner Wohlfahrtspartei 1997 zeigte den Einsichtigen, dass sie vorsichtiger sein mussten.

Die Antwort auf Erbakans Scheitern war die Gründung der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP). Der Begriff »Fortschritt« stellte einen klaren Bruch mit der rückwärtsgewandten, religiösen Utopie Erbakans dar. Der Name hat Erdoğan nie gefallen. Er deutete ihn in Ak Partei (»Weiße Partei«) um, ohne ihn offiziell zu ändern. Von Anfang an gab sich die AKP als Vertretung des ‚kleinen Mannes‘ gegen das Establishment, das mit der alten kemalistischen Machtelite assoziiert wurde. Zugleich trat sie als Reformpartei auf, was ihr Sympathien sowohl im Westen als auch in der Türkei eintrug und sie vor einem Verbot schützte. Im Westen wurde die AKP als türkische Alternative zum radikalen Islam wahrgenommen oder sogar als Vertretung der Unterdrückten gegen die reichen, mit dem Establishment verbundenen »weißen Türken«.

Die AKP verfolgte eine – gemessen am Wirtschaftswachstum – erfolgreiche neoliberale Wirtschaftspolitik. Vielen UnternehmerInnen der westlichen Türkei blieb die AKP dennoch unheimlich. Der Unternehmerverband TÜSIAD kritisierte beispielsweise das Ende der politischen Reformära. Dabei spielte wohl auch eine Rolle, dass der TÜSIAD – im Gegensatz zu den im MÜSIAD vertretenen islamischen Geschäftsleuten – keinen Zugang zur AKP hatte. Der TÜSIAD tritt etwa für eine unabhängige Zentralbank, eine unabhängige Justiz, Frieden im Inneren und ein prowestliches Image ein. Allerdings sind diesen Kräften nach der derzeitigen Gleichschaltung der Medien die Hände gebunden.

Treue zahlt sich aus

► Die AKP gibt sich als Anwältin der Zukurzgekommenen, die aber nicht primär ökonomisch, sondern als religiös-konservatives Milieu verstanden werden. Sie erscheinen als Opfer von Verwestlichung und Modernisierung. Unter kemalistischen Kulturkämpfen wie insbesondere dem Kopftuchverbot litten sie tatsächlich. Die Lösung der AKP dafür ist aber nicht, wie sie in den ersten Jahren vorgab, eine Liberalisierung der Gesellschaft, sondern die Umkehrung des Druckes.

So wie sich bei AfD-AnhängerInnen eigene Wünsche hinter dem Kampf gegen angebliche Privilegierung von Flüchtlingen verstecken, so erscheint auch das ökonomische Angebot der AKP an ihre AnhängerInnen wie ein verstohlener Hinweis darauf, dass sich Treue auszahlt. Ein Beispiel ist ein keineswegs ironisch gemeinter Artikel in der islamistischen Zeitung Yeni Akit. Es geht um Traumdeutung. »Einer der schönsten Träume« sei, wenn Präsident (Erdoğan) im Traum erscheint. Es wäre ein Hinweistraum: »Wenn jemand in seinem Traum einen demoralisierten Präsidenten mit mürrischem Gesicht sieht, so bedeutet das Verderbnis in der Religion. Wenn der Präsident vergnügt und glücklich ist (...) so bedeutet das zu-

nehmenden Reichtum.« Noch deutlicher: »Wenn jemand im Traum mit dem Präsidenten spricht, so kann er wegen seiner Arbeit an der Pforte des Staates mit jemandem sprechen, oder es ist ein Zeichen dafür, dass jemand bei seiner Arbeit eine sehr hohe Stellung erreicht.« Mit anderen Worten, Treue zur AKP bringt einen weiter. Treue beweist man beispielsweise, indem man nach ihren kulturellen Kodes lebt. Verderbnis in der Religion macht den segensreichen Präsidenten mürrisch. Dieser Appell ist nicht so rassistisch wie etwa der Verweis auf ein eingeborenes »Deutschsein«. Der türkische Nationalismus wird zwar vereinnahmt, aber er ist nicht zentral. Es spielt auch eine Rolle, dass nur ein Teil staatlicher Wohltaten gesetzlich geregelt ist. Dafür erweisen sich Stadtverwaltungen und UnternehmerInnen beim Fastenbrechen an Ramadan mit Geschenken als großzügig. Auch bei Einstellungen durch Kommunen spielt die Parteizugehörigkeit eine große Rolle.

Verdammt viele Verschwörungen

► Es gibt trotzdem viele Gemeinsamkeiten mit rechtspopulistischen Strömungen in anderen Ländern: Das Schimpfen auf das Establishment, die Behauptung, das Volk alleine zu vertreten, die Behauptung, demokratischer als andere zu sein, der Glaube, von Verschwörungen umstellt zu sein, was dem Gerede von der »Lügen-

presse« entspricht. Weitere Gemeinsamkeiten sind: Das Böse wird als fremd und nicht selten das Fremde als böse propagiert. Lieblingsfeinde sind Israel und die USA. Es gibt Antiintellektualismus und manchmal Antisemitismus. Femi-

nismus gilt als widernatürlich. Und auch bei der AKP gibt es eine rückwärtsgewandte Utopie, sie zielt auf das Osmanische Reich. So kostümiert Erdoğan seine Palastdiener als Janitscharenwache, die ehemalige Elitetruppe der Armee zum Schutz des Sultans. Das Osmanische Reich taugt dabei wenig als Bildnis einer strenggläubigen Urzeit des Islam. Das hat unter anderem zur Folge, dass sich die AKP nicht durch islamischen Fundamentalismus wie Scharia und Schleierzwang beweisen muss. Ideologisch ist sie flexibel, ohne den Islamismus aufzugeben.

Ein Beispiel für die ideologische Flexibilität ist die Genderpolitik der AKP. In der politischen Reformphase wurde der alte (aus Mussolinis Strafrecht abgekupferte) Strafabatt für Morde aus verletzter ‚Ehre‘ abgeschafft. Die materielle Stellung der Frau bei Scheidungen wurde verbessert, die Diskriminierung von Frauen bei der Arbeitssuche wurde ausdrücklich verboten. Als letzter Schritt wurde die Möglichkeit (sic!) geschaffen, Frauen etwa durch Quoten zu fördern. Das war eine der Rosinen beim Referendum von 2010. Im Grunde ging es um die Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz.

Während dieser Reformen stand Präsidentengattin Emine Erdoğan bei öffentlichen Auftritten stumm, aber in gehöriger Tracht neben ihrem Mann und signalisierte das eigentliche Frauenbild: Nicht Selbstbestimmung, sondern Schutz und Ehre sind für die Frau wichtig. Sie soll Vaterland und Religion durch viele Kinder stärken. Konservative Frauen wählen in Massen die AKP, aber sie überlassen damit die Politik den Männern. Nur 14 Prozent der Mitglieder der »Partei des kleinen Mannes« sind Frauen.

► **Jan Keetman** ist freier Journalist und Redakteur bei Radio Dreyeckland.

Un pueblo, un líder

In Lateinamerika hat der Populismus eine lange Geschichte

Die verschiedenen Spielarten des Populismus gehören in Lateinamerika so fest zum politischen Repertoire, dass sie nicht als Ausnahmen, sondern als politische Normalität gelten können. Warum ist hier die Figur des populären Herrschers so weit verbreitet?

von Juliane Schumacher

► Die Geschichte der Staaten Lateinamerikas lässt sich nicht auf einen Nenner bringen, doch die historischen Bedingungen bei ihrer Gründung ähneln sich. Die politische Kultur ist daher weithin von ähnlichen Elementen geprägt. Dazu gehört der *caudillo*, der »starke Mann« an der Spitze, der charismatische Herrscher, der Diktator lateinamerikanischer Prägung, der eine ganze Romangattung hervorbrachte. Und dazu gehört das, was gemeinhin als Populismus bezeichnet wird.

Der Begriff ist im lateinamerikanischen Sprachgebrauch genauso schillernd wie die damit verbundenen Persönlichkeiten und Regime. Häufig wird er benutzt, um politische GegnerInnen zu diskreditieren – mit »populistisch« ist dann gemeint, dass KandidatInnen im Wahlkampf Versprechen machen, die sie nicht halten können. Dabei steckt in jedem Wahlkampf ein Funke Populismus, und das, was letztlich umsetzbar ist, hängt auch vom politischen Willen ab. Nicht ohne Grund schimpfen konservative KommentatorInnen linke Präsidenten wie Hugo Chávez oder Evo Morales auch dann als »populistisch«, wenn sie einen guten Teil ihrer Versprechen umgesetzt haben.

Wie und warum funktioniert Populismus? Der Kern des Populismus besteht in einer direkten Ansprache des »Volkes«, am besten durch eine charismatische Führungsfigur. Die Geschichte Lateinamerikas ist voll von Persönlichkeiten wie Simón Bolívar, der Anfang des 19. Jahrhunderts für die Unabhängigkeit der südamerikanischen Kolonien von Spanien kämpfte; über Militärs wie Juan Péron in Argentinien, Präsident in den 1950er und 1970er Jahren; bis hin zum neoliberalen Diktator Alberto Fujimori, der in den 1990er Jahren Peru regierte. Bei ihnen hängt das politische Handeln nicht von Programmen, Parteien oder einer breiten Basis ab, sondern es ist auf die Person des Herrschers zentriert. Dies hängt auch mit den Verfassungen zusammen: Fast alle lateinamerikanischen Staaten haben ein präsidentielles System, bei dem der Präsident direkt gewählt wird und mehr Macht hat als die Parlamente – was ein System anfälliger für Populismus macht.

Ausschluss vom politischen System

► Die lateinamerikanischen Staaten sind zwar laut ihrer Verfassungen repräsentative Demokratien nach westlichem Vorbild. Das stand aber immer im Gegensatz zur gesellschaftlichen Realität. Vor allem in ländlichen Gegenden herrschten weit bis ins 20. Jahrhundert feudale Verhältnisse. Ein Großteil der Bevölkerung war von Wahlen ausgeschlossen – nur wer die spanische Sprache beherrschte, durfte wählen, was die indigene Bevölkerung ausschloss. Beherrscht wurden die Länder von einer kleinen, meist spanisch-stämmigen

Elite, zu der sich mit der Zeit UnternehmerInnen gesellten. Sie stellten jeweils die konservative und die liberale Partei, die sich oft an der Macht abwechselten – unterbrochen durch Putsche und Militärdiktaturen. Die Mehrheit der Bevölkerung blieb ausgeschlossen.

Dieser Ausschluss stellte für das politische System immer eine Bedrohung da. Die Verhältnisse in den ländlichen Regionen waren ein Nährboden für die Guerillagruppen, die in den 1970er und 1980er Jahren entstanden, es bestand stets die Gefahr von Aufständen und Umstürzen. Als die Mehrheit der Bevölkerung nach und nach in allen Ländern das Wahlrecht erhielt, stärkte das aber nicht das demokratische System, sondern es bildeten sich Muster einer populistischen Ansprache heraus, welche die Mechanismen und Organe einer repräsentativen Demokratie umgehen: Der Kandidat richtet sich unmittelbar ans Volk oder das, was er darunter versteht, und mobilisiert es zu seiner Unterstützung.

Häufig agiert er dabei mit emotionaler Nähe. So zwang Chávez die Fernsehsender, ihm Zeit für seine stundenlangen Sendungen zu geben, bei denen er nicht nur Reden hielt, sondern auch Anrufe entgegennahm – womit er WählerInnen direkt erreichte und dies inszenierte. Hier zeigt sich, wie schwer eine Abgrenzung des Populismus von Demokratie ist: Eine gewisse »Volksnähe« ist in jeder Demokratie nötig, und der direkte Kontakt zur Bevölkerung ist gerade da oft bitter nötig, wo verkrustete Strukturen erst den Nährboden für Populismus geschaffen haben, wo Institutionen und elitäre politische AkteurInnen den Bezug zur Lebensrealität der Bevölkerung verlieren. Eine sinnvolle Unterscheidung zwischen Populismus und Demokratie könnte daher entlang der Frage verlaufen, inwieweit Kommunikation in beide Richtungen möglich ist – im Fall von populistischen Regimen geht es weniger um Austausch als um eine einseitige Kommunikation vom Herrschenden an das Volk.

Angst vor der großen Krise

► Fast immer enthält populistische Politik das Versprechen – und häufig auch den Versuch – von Umverteilung. Das ist gerade in Lateinamerika bedeutsam, wo Länder wie Mexiko, Venezuela, Peru oder Bolivien über bedeutende Rohstoffvorhaben verfügen, und die Frage, wem dieser Reichtum zugute kommt, ein relevantes Thema ist. Oft werden im populistischen Diskurs Feindbilder eingesetzt, etwa der Kommunismus, verfeindete Nachbarländer oder der US-Imperialismus. Zentral ist aber der Gegensatz, den der Populismus im politischen System aufbaut: Sein Diskurs spaltet die Gesellschaft, und zwar in die elitäre politische Klasse, die – tatsächlich oder angeblich – die Macht im Land innehat, und das »Volk«, vertreten durch die Führungsfigur.

Damit eine solche Spaltung funktioniert, müssen bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Dazu gehören Armut, Abstiegsangst, Brüche im gesellschaftlichen System, Vertrauensverlust in die politische Führung sowie das Gefühl, nicht vertreten oder gehört zu werden. Wenn, wie in den meisten Ländern Lateinamerikas, große Teile der Bevölkerung in Armut und von informeller Arbeit leben, fallen soziale Versprechungen auf fruchtbaren Boden – seien sie noch so unrealistisch. Mehr noch als die aktuelle Situation zählen dabei die Erwartungen für die Zukunft: Wo der Lebensstandard

abnimmt, Armut zunimmt und die Furcht besteht, dass man es bald noch schlechter haben werde, besteht für viele Menschen kaum mehr ein Grund, am Status Quo festzuhalten.

Konkreter Auslöser für populistische Bewegungen sind meist akute oder schleichende Krisen. Die beiden großen Wellen des Populismus in Lateinamerika waren dementsprechend die 1930er bis 1950er Jahre – die Jahre nach der großen Wirtschaftskrise – sowie die Zeit ab 1980, dem »verlorenen Jahrzehnt«, in dem die meisten Länder des Globalen Südens sich hoch verschuldeten und der Lebensstandard sank. In den Jahren vor der Wahl Fujimoris in Peru 1990 nahm die Armut stark zu, und das Land steckte wegen dem Krieg zwischen Regierung und der Guerilla »Leuchtender Pfad« in einer politischen Krise. Auch in Venezuela war der Lebensstandard vor der Wahl von Chávez stark gesunken.

Der Populismus kanalisiert in solchen Momenten den Wunsch nach Veränderung, indem er sich als radikale Alternative darstellt. Dies kann gerade in Lateinamerika von links ebenso geschehen wie von rechts, wie der marxistische Politikwissenschaftler Ernesto Laclau deutlich macht: »Populismus ist selbst keine Ideologie, sondern eine Form der Konstruktion des Politischen, die auf der Anrufung der Subalternen gegen die Macht-haber beruht.« Im letzten Jahrzehnt prägten vor allem linke Regierungen Lateinamerika, ebenso wie in der Phase des klassischen Populismus Mitte des 20. Jahrhunderts – links war dabei allerdings immer strikt nationalistisch gedacht. Das bekannteste Beispiel von rechtem – im Falle Lateinamerikas meist neoliberalen – Populismus ist Fujimori in Peru, der zwar Sozialprogramme ins Leben rief, sich diese aber von internationalen Gebern finanzieren ließ, die ihn dann Strukturanpassungsprogramme durchsetzen ließen – ergo Reformen, die die Gegensätze zwischen Arm und Reich verstärkten.

Wenn von PopulistInnen bisherige institutionelle Arrangements umgangen werden, kann dies enorme Kräfte freisetzen und Maß-

nahmen ermöglichen, die sonst nicht durchsetzbar wären: In Argentinien kam es unter Péron in den 1950er Jahren zu einem Modernisierungsschub, und auch andere populistische Präsidenten verstaatlichten Industrien sowie Öl- und Bergbaugesellschaften. Doch die Gleichsetzung eines Herrschenden mit dem Volk hat immer undemokratische Tendenzen. Viele populistische Experimente in Lateinamerika mündeten daher in Diktaturen.

Vergünstigungen sind keine Rechte

► Der Unterschied zwischen Populismus und progressiver Politik liegt denn auch in der Frage, ob eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse erreicht wird. Populistische Politik verhindert in den meisten Fällen genau diese, indem sie den Wunsch nach Veränderung kanalisiert und damit einen tatsächlichen Systemwechsel verhindert, der über den engen Rahmen des nationalistisch gedachten Populismus hinausgehen müsste. Die Veränderungen durch populistische Regime sind nicht erkämpft, sie beruhen nicht auf der Stärke sozialer Bewegungen, die langfristige Umverteilung durchsetzen und politische Mitbestimmung verankern. Wirtschaftliche Verbesserungen und politische Partizipation hängen allein an einer populistischen Führungsfigur. Sie werden von ihr als Gunst und gegen Unterstützung gewährt. Sie können daher in dem Moment beendet werden, in dem ein Herrscher diese Unterstützung nicht mehr benötigt.

Aus all diesen Gründen wissen viele populistische Herrscher in Lateinamerika nicht nur Teile der Marginalisierten, sondern auch die Oberschicht hinter sich. Und die hat an einer tatsächlichen Stärkung der Subalternen kein Interesse.

Fast immer enthält populistische Politik das Versprechen von Umverteilung

► **Juliane Schumacher** ist freie Autorin und lebt in Berlin.

Die Zukunft im Anmarsch – im Falle der Rechtspopulistin Keiko Fujimori ist das eine Drohung

Foto: iz3w-Archiv



Marine Le Pen an der Macht

Die Graphic Novel »Die Präsidentin« zeichnet einen düsteren Ausblick

von **Swetlana Hildebrandt**

► Rechtspopulistische Parteien drängen derzeit vielerorts an die Macht. Sie hetzen gegen Geflüchtete und MuslimInnen, schränken die Pressefreiheit ein, wettern gegen die EU oder treten feministische Errungenschaften mit Füßen. Das und mehr hätte auch Frankreich zu erwarten, sollte dort der Front National (FN) die Präsidentschaftswahlen im April und im Anschluss daran die Wahl zur Nationalversammlung gewinnen. Der Historiker François Durpaire und der Zeichner Farid Boudjellal fragen in ihrer Graphic Novel **Die Präsidentin** nicht nach den Ursachen für die Wahl des FN, sondern zeichnen eine naheliegende Dystopie darüber, was passiert, wenn der FN tatsächlich gewinnt. Das Buch liefert also keine Erklärungen, sondern beschreibt nüchtern, was die konkrete Umsetzung des FN-Wahlprogrammes nach sich ziehen würde. Zur Entwicklung eines realistischen Szenarios hat sich Durpaire mit PolitikwissenschaftlerInnen und FinanzexpertInnen getroffen.

Das Wahlprogramm des FN mit dem Titel »Notre Projet« unterscheidet sich kaum von denen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa. Deshalb hat Durpaire für seine fiktionale Zukunftserzählung klassische rechtspopulistische Forderungen ausgewählt, um aufzuzeigen, was sie bedeuten würden: Ausstieg aus dem Euro und der NATO, Ausweisung von Menschen ohne französischen Pass und Einführung des Prinzips »Arbeit zuerst für Franzosen«, Ausbau des Polizei- und Sicherheitsapparates, Einschränkungen der Pressefreiheit und der Medienlandschaft überhaupt.

Nicht zu kurz kommt das Thema staatliche Überwachung im digitalen Zeitalter. Durpaire illustriert, wie nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo die Vorratsdatenspeicherung ausgeweitet wurde und bereits unter Präsident Hollande die Grundlagen geschaffen wurden, mehr und mehr in die Privatsphäre der BürgerInnen hineinschauen zu können. So wurde die Liste der Anlässe für die Überwachung einer Person um weitere Gründe erweitert, zum Beispiel um die »Verteidigung wichtiger französischer Interessen«. Unter Le Pen würden dann auf Grundlage bereits gesammelter Daten Dossiers über kritische JournalistInnen, KünstlerInnen oder AktivistInnen angelegt – also eigentlich über alle, die unbequem werden könnten. Sie will, wie es Durpaire fürchtet, die digitale Überwachung hin zu einem digitalen Totalitarismus ausbauen.

Die einzelnen Themenbereiche werden in der Graphic Novel über fiktive Talkshows, kurze Berichte oder ExpertInneninterviews im Fernsehen zum Leben erweckt. Den Handlungsrahmen bilden eine ältere Dame, die noch für die Résistance aktiv war, ihre beiden Enkel und eine junge Migrantin ohne Aufenthaltstitel, die bei ihnen

untergekommen ist. Während letztere um ihren Status bangt, betreiben die beiden Enkel einen FN-kritischen Blog, der Hintergrundinformationen vermittelt. Sie sind die einzigen BürgerInnen, die Durpaire zu Wort kommen lässt. Spannender wäre jedoch gewesen, über die Dynamiken einer in Pro-FN und Contra-FN gespaltenen Bevölkerung nachzudenken, die über die Zunahme von fremdenfeindlichen Übergriffen und Sexismus, wie im Buch immer wieder angedeutet, hinausgehen. Erhellend gewesen wäre auch ein Blick in einen jener »abgehängten« und von der Globalisierung überforderten ArbeiterInnenhaushalte, wie sie in der Vorstellung vieler Linker als Trope für die Erklärung des Rechtsrucks umhergeistern.

Durpaires und Boudjellals Dystopie ist trostlos: Schon nach einem dreiviertel Jahr Präsidentschaft von Le Pen ist Frankreich außenpolitisch isoliert, wirtschaftlich zerstört und die rechte politische Elite angesichts eines drohenden

Putsches orientierungslos. Die Wirtschaft leidet massiv am Euroausstieg, aber auch an der massenhaften Ausweisung migrantischer Arbeitskräfte. Zwar gibt es auch Demonstrationen gegen die Regierung und solidarische Aktionen für die ausgewiesenen MigrantInnen. Doch es bleibt eine Minderheit, die sich zu Wort meldet. Politische Meinungsäußerungen im Frankreich Le Pens sind aufgrund der totalen Überwachung der BürgerInnen und massenhafter Festnahmen bei Demonstrationen gefährlich geworden.

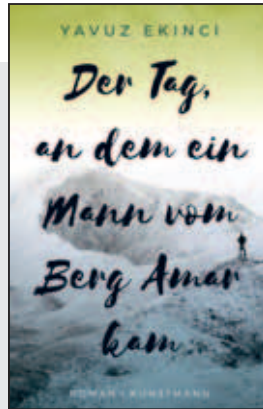
Potentielle FN-WählerInnen werden dieses Buch wohl kaum lesen, und wenn doch, werden sie den darin formulierten Prognosen keinen Glauben schenken. Bleibt nur zu hoffen, dass der Wahlsieg Marine Le Pens eine literarische Fiktion bleibt.

► *François Durpaire/Farid Boudjellal: Die Präsidentin. Aus dem Französischen von Edmund Jacoby. Verlag Jacoby & Stuart, Berlin 2016. 160 Seiten, 19,95 Euro.*

► **Swetlana Hildebrandt** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.



► Wer belletristische Werke aus anderen Sprachen übersetzt, taucht tief in die Gedankenwelt der jeweiligen AutorInnen ein. Denn es geht beim Übersetzen um weitaus mehr als nur um Fragen von sprachlicher Akkuratess und Stilistik, es geht auch um das Aufspüren von Intentionen, Brüchen und Widersprüchen. Dementsprechend gehaltvoll kann es sein, wenn ÜbersetzerInnen in einer Art Werkstattbericht von ihren Überlegungen und Assozia-



tionen beim Übersetzen erzählen – und damit eine wunderbare Lesehilfe geben.

So ist es jedenfalls beim hier präsentierten Essay von Oliver Kontny. Er hat das jüngste Buch des kurdischen Schriftstellers Yavuz Ekinçi aus dem Türkischen ins Deutsche übertragen. Es erscheint am 8. März unter dem Titel »Der Tag, an dem ein Mann vom Berg Amar kam« beim Verlag Antje Kunstmann (192 Seiten, 18 Euro).

Spiel mit der Vielstimmigkeit

Eine Novelle von Yavuz Ekinçi ist unbeabsichtigt hochaktuell

von **Oliver Kontny**

► Lange Zeit glaubten viele Linke, dass politischer Kampf politischer Kampf sei und Erzählungen nur Erzählungen, und diese seien dann gut, wenn sie von politischen Kämpfen erzählen. Diese Vulgarisierung im sozialistischen Realismus steht allerdings so weder bei Georg Lukács noch bei Peter Hacks. Dann kam die Zeit, als viele glaubten, alles sei nur Erzählung – auch politische Kämpfe – und sämtliche Erzählungen seien gleich gültig. Diese Vulgarisierung postmoderner Narratologie steht so indes weder bei Jean-François Lyotard noch bei Jacques Derrida. Heute glauben viele Menschen mit der Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie, dass es gefährlich ist, eine einzige Geschichte gelten zu lassen und keine andere zu erzählen oder wahrzunehmen. Zunehmend gilt es als eine zeitgemäße Form politischen Handels, die Wahrnehmbarkeit alternativer Geschichten in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Die Rezeption kurdischer Literatur hat oft vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung stattgefunden. Lange Zeit forderten die wichtigsten kurdischen Stimmen, Literatur müsse die wirklichen Kämpfe der Gesellschaft abbilden. Sekundiert wurden sie von einer Generation türkischer SchriftstellerInnen, für die Volksnähe, die Schilderung ländlicher Gegebenheiten und eine Vorliebe für ethisch reine ProtagonistInnen zur oppositionellen Kultur gehörten. Heute kann eine junge Generation von LeserInnen und AutorInnen die Größe und Aktualität eines Yaşar Kemal, herausgelöst aus diesem beengenden Rahmen von Authentizität und Identitätsbildung, für sich neu entdecken.

Aber auch die Gegenbewegung, für die politische Kämpfe im Allgemeinen und der bewaffnete Konflikt in Kurdistan im Besonderen nur noch als Zitate vorkamen, die über Medienbilder vermittelt ins urbane Nachtleben bewusst kaputter, »entwurzelte« Figuren hereinflickern, taugte für die Zwecke einer urban-abgeklärten Identitätsbildung. Diese hat allerdings mittlerweile an Attraktivität ebenso verloren wie an Machbarkeit: Spätestens seit Neujahr ist bekannt, welcher Gewalt die letzten Überreste des urbanen Nachtlebens auch in Istanbul ausgesetzt sind. Noch vor eineinhalb Jahren sagte mir eine

kulturell interessierte Freundin larmoyant: »Ich sitze ja in Cihangir und schlürfe Cocktails, ich lauf ja nicht durch Diyarbakir. Vom Krieg kriegen wir überhaupt nichts mit.« Solche Sätze sagt jetzt niemand mehr. Unterdessen hat Murathan Mungan, selbst eine queere Stimme aus der urban-abgeklärten Ecke, auf der Straße und in den Medien sehr klar Stellung zum Krieg und zur politischen Situation bezogen (siehe iz3w 357).

Keine politische Gebrauchsliteratur

► Der 1979 in Batman geborene Yavuz Ekinçi gehört zu den kurdischen GegenwartsautorInnen, die beiden ideologischen Positionen eine reflektierte Distanz entgegenbringen und die versuchen, andere Formen von Erzählungen zu etablieren. In seinen bisherigen Romanen ging es um hochpolitische Themen: Die Morde der staatlich gelenkten, islamistischen Miliz Hizbullah in kurdischen Städten Ende der 1990er Jahre oder die Suche eines in Berlin lebenden Kurden nach einem Bruder, der irgendwo in den Bergen kämpft, verwoben mit der Josephs-Legende aus der Bibel und dem Koran, welche schon Thomas Mann beschäftigte. Literarisch ist er allerdings sehr weit von politischer Gebrauchsliteratur entfernt. Welche Zugänge zwischen Heroisierung und Zynismus bieten seine Stoffe, und wie lassen sie sich erzählen?

Als Ekinçi im Mai 2016 auf der Europäischen Schriftstellerkonferenz in Berlin unter KollegInnen auftrat, die sich Gedanken um den Zusammenbruch Europas und den Vormarsch des Rechtspopulismus machten, begann er mit einem Zitat von Ibn Khaldun, dem nordafrikanischen Humangeographen und Geschichtstheoretiker des 14. Jahrhunderts: »Geographie ist Schicksal.« Weder die Sprache, noch das Konstrukt eines Volkes stellte Ekinçi in den Vordergrund, sondern die Geographie. Als Herausgeber der »Gelben Reihe« bei Ayrıntı, einem der renommiertesten Verlage der Türkei, lässt er kurdische Literatur aus dem Armenischen, Griechischen, Arabischen, Französischen und Deutschen ins Türkische übersetzen und schlägt

Was macht die Angst vor Terror – auch Staatsterror – mit uns?



Ob es sich hier um Ekincis Walnusstal handelt?

Foto: Ninara

einen programmatischen Bogen zwischen Diaspora, Transkulturalität und Diversität, den der europäische Blick nur schwer nachvollziehen kann, weil er alle Gesellschaften so homogen denken will wie die eigene.

Ekincis jüngste Novelle »Der Tag, an dem ein Mann vom Berg Amar kam« aus dem Türkischen ins Deutsche zu übersetzen, war für mich daher weniger eine Frage der Identifikation mit dem Erzählten als vielmehr immer wieder ein Hinterfragen des eigenen Blickes. Ekincis siebtes Buch beginnt mit der Geographie des fiktiven Walnusstals. Bald offenbart der Text die Vielschichtigkeit eines Knüpfteppichs, durch sein komponiertes Durcheinander verschiedener Stimmen aus Archäologie, Mythologie, Volkslegenden, heiligen Schriften und Popkultur. Die Novelle spielt an einem Ort tief in den kurdischen Bergen, an den außer uralten Western-Filmen nicht viel hinkommt. Die Kinder fiebern mit, wenn ein »hässlicher Cowboy« sämtliche »Indianer« erledigt, und ahnen nicht, dass dieses koloniale Bild der Gewalt sich binnen vierundzwanzig Stunden in ihrer eigenen Lebenswelt wiederholen wird.

Denn ein Mann kommt vom Berg Amar gelaufen und bringt die Hiobsbotschaft: Er habe sie gesehen, sie kommen, um das Dorf zu zerstören und alle zu vernichten, die in ihm leben. Hiob selbst, der hier in türkischer Schreibweise Eyüp heißt, liegt bereits im Sterben und ist von seinen Schwielen und seinem Starrsinn so geplagt, dass er die Botschaft nicht mehr wahrnimmt. Um ihn herum verfällt das Dorf in Panik. Bis auf Eyüps Sohn Amar, der sein Leben auf dem Dorffriedhof verbringt und dort neben dem Grab seiner aramäisch-christlichen Frau Schmuni schläft.

44

Wie würde ich handeln?

► Aus der Perspektive von sieben ProtagonistInnen plus der Außensicht eines Erzählers schildert »Der Tag, an dem ein Mann vom Berg Amar kam« die Psychologie der Furcht und des Terrors. Wir erfahren nicht, wer die anonymen Mächte sind, die alles Leben im

Dorf vernichten werden, wir wissen nur, dass die Kinder sie sich bärtig vorstellen. Aber ein Assoziationsspielraum zwischen neoassyrischer Streitmacht, türkischer, syrischer, irakischer Armee und Terrorbanden wie dem IS ist eröffnet, und es geht weniger um die Anklage als vielmehr um die schmerzliche Selbstbeobachtung, was die Angst vor Terror – auch Staatsterror – mit uns macht. Bei aller Distanz, die Ekinci zu seinen Figuren hat, und die gerade deutsche LeserInnen vor dem Eintauchen in orientalisierende Fantasiewelten bewahrt, wurde mir schnell klar, dass es in der Novelle auch um mich geht. Den Figuren aus dem Walnusstal bin ich weniger mit Einfühlung als vielmehr mit einem Brechtschen Interesse begegnet: Wie könnte man denn in dieser Situation anders handeln? Wie würde ich handeln?

Es wäre zu einfach, Eyüp als Sinnbild für das verknöcherte, kurdische Patriarchat zu lesen (obschon diese Kritik deutlich mitschwingt). Es erscheint auch keine junge Kämpferin, die das Ruder rumreißt. Viel drastischer geht es darum, dass alle menschlichen Formen der Reaktion auf das, was da kommt, inadäquat geworden sind. Beim Übersetzen musste ich an Günther Anders' These von der »Antiquiertheit des Menschen« denken. Sein Begriff von der Apokalypse-Blindheit würde auf das Walnusstal ebenso gut passen wie auf manche Debatten im deutschen Feuilleton.

Doch das Buch beginnt nicht mit der anbrechenden Apokalypse. Es beginnt mit den Tieren und ihrer natürlichen Umgebung im Walnusstal als Akteure und Aktanten in jenem Sinn, wie Bruno Latour ihn prägte. Von dort aus geht es in eine Geschichte in der Geschichte: Das Märchen von Sara und Amar, die in einer altmesopotamischen Fantasiewelt einen Weg finden müssen, außer Reichweite der Herrscher und Väter einander lieben zu können.

Das eingewebte Märchen schildert im Kontrast zur heutigen Situation eine Welt, in der es gutes und richtiges Handeln gibt: Wenn man nur mutig den Herrschenden die Wahrheit ins Gesicht sagt und vor ihrer Gewalt listig flieht, kann ein anderes Leben gelingen. Es ist mit unauffälligen Referenzen an popkulturelle Iko-

nen wie Haruki Murakami gespickt und lebt von einer unaufdringlichen Lust an intertextuellen Respektlosigkeiten und einem selbstironischen Umgang mit dem Tonfall des Märchenerzählers.

Ein vorausschauender Rückblick

► Im Prinzip galt es also, zwei verschiedene Bücher zu übersetzen und zu verweben: Das Märchen von Sara und Amar und ihrem wunderbaren Rappen, und eine Nahaufnahme der letzten Stunden eines der Vernichtung preisgegebenen kurdischen Dorfes in der Gegenwart. Die mannigfaltigen und nicht immer sofort augenfälligen Querbezüge zwischen dem Märchen und der heutigen Erzählung aufzuspüren, war ein besonderes Vergnügen – und gleichzeitig Schlüssel zu einem besseren Verständnis der tiefen Trauer des Textes jenseits aller Betroffenheit oder Drastik.

Yavuz Ekinci hat das vorliegende Buch zu Friedenszeiten geschrieben. Es sollte eine Auseinandersetzung mit den Dorfzerstö-

rungen und der allgegenwärtigen Angst der 1990er Jahre werden, mit denen er aufgewachsen ist. Ob er ahnen konnte, wie tagesaktuell, ja vorausschauend seine Novelle im Augenblick ihrer Veröffentlichung werden würde, habe ich ihn nie zu fragen gewagt.

Bruno Latour hat den Wald als Ort eines »Imbroglia« bezeichnet, eines verwirrenden Spieles der Vielstimmigkeit, in dem sich Rhythmen überlagern und Instrumente gegeneinander erklingen. Genau dies ist das Walnusstal. Dem Erzähler geht es um die Wahrnehmbarkeit der Stimmen aller Lebewesen, deren Habitat vernichtet wird: Von den Bäumen über die Spatzen und die geschlachtete Ziege bis zu den Kindern, die so gern Spielfilme schauen, in denen koloniale Gewalt verherrlicht wird.

Ums Walnusstal rankte sich mehr als nur ein Märchen.

► **Oliver Kontny** ist Übersetzer, Autor von Hörspielen und Theaterstücken sowie Dozent für türkische Gegenwartsliteratur.

Rezensionen...

Die Pop-Rechten

► Spätestens nachdem einige junge Männer im August 2016 auf das Brandenburger Tor stiegen, um dort eine Fahne mit dem Zeichen der »Identitären Bewegung« zu schwingen, ist diese ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit gerückt. Seit kurz darauf einige ihrer Mitglieder eine Veranstaltung mit Jakob Augstein und Margot Käßmann störten und »Heuchler« skandierten, berichten sämtliche Medien über sie. Diesen fällt es aber offensichtlich schwer, die »Identitären« einzuordnen. Handelt es sich um eine rechtsextreme Bewegung? In welcher Verbindung steht sie zum rechten Parteienspektrum, insbesondere zur AfD? Ist sie als rassistisch einzustufen? Greifen ihre VertreterInnen zu Gewalt, um ihre Ziele zu erreichen?

Die »Identitären« selbst geben sich als »weder rechts, noch links« und weisen den Vorwurf von sich, dem rechtsextremen Lager anzugehören. Sie seien eine »friedliche Bewegung junger Europäer«, die sich zum Ziel gesetzt hätten, die »eigene Identität« gegen den durch Migrationsbewegungen verursachten »großen Austausch« zu verteidigen. Sie seien keine Rassisten, sondern »Ethnopluralisten«, wird Martin Sellner, das Sprachrohr der österreichischen »Identitären«, nicht müde zu betonen.

Anders als in Deutschland tritt die »Identitäre Bewegung« in Österreich bereits seit Jahren massiv in Erscheinung. Ursprünglich in Frankreich gegründet, konnte sie in Österreich im Dunstkreis rechter Bur-schenschaften rasch AnhängerInnen gewinnen. In Österreich ist somit die antifaschistische Linke bereits seit mehreren Jahren gezwungen, sich mit den »Identitären« zu befassen. Dies erklärt, warum bereits im Jahr 2014 mit Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl österreichische AutorInnen ein erstes deutschsprachiges »Handbuch« zur »Identitären Bewegung« vorlegten, das einen differenzierten Einblick in Ideen und Strategien der Bewegung

gibt und hilft, diese einzuordnen. Eine überarbeitete und aktualisierte Version dieses Buches ist nun beim Unrast-Verlag erhältlich.

Die AutorInnen bezeichnen die »Identitären« als »Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa« und begründen dies mit der weitgehenden ideologischen Übereinstimmung zwischen den »Identitären« und der neuen Rechten. Das Buch beginnt mit einem Überblick über die historischen Vorbilder, wobei ein Bogen von Carl Schmitt bis hin zu Alain de Benoist gespannt wird. Im Anschluss geben die AutorInnen einen kurzen Überblick über die Entstehung und die Vernetzungen der »Identitären« in Europa. Auf Frankreich, Österreich, Deutschland und die Schweiz, aber auch auf skandinavische Länder, Tschechien sowie die USA richten sie ihren Blick.

Im dritten Teil des Buches werden Ideologien und Strategien der Bewegung vorgestellt. Im Vordergrund stehen hier nicht nur die Vernetzungen der »Identitären« mit AkteurInnen der neuen Rechten, sondern auch ihr ambivalentes Verhältnis zum rechtsextremen Lager der alten Rechten. So zeigen die AutorInnen, dass sich hinter dem Begriff des »Ethnopluralismus« für die »Identitären« letztendlich nichts anderes als ein vordergründig kulturell begründeter, im Kern aber biologischer Rassismus verbirgt. Sie treten mit menschenfeindlichen Ideen an, um die Privilegien weißer, heterosexueller Männer zu bewahren, Frauen auf ihre Rolle als Mutter und Sexsymbol zu beschränken und all diejenigen, die nicht der von ihnen gesetzten Norm entsprechen, aus der Gesellschaft auszugrenzen. Und obwohl die offizielle Devise der Bewegung lautet, keine Gewalt gegen Personen anzuwenden, wissen die AutorInnen nicht zuletzt aus eigener Erfahrung von Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen durch »Identitäre« zu berichten. ►



Trotz aller Nähe der »Identitären« zum rechtsextremen Milieu plädieren die AutorInnen dafür, sie nicht mit anderen rechtsextremen Gruppierungen gleichzusetzen. Sie sehen die Gefahr der Bewegung besonders in dem, was sie von diesen Gruppierungen unterscheidet: Die »Identitären« bemühen sich mit ihren neuerechten Ideen erfolgreich, den Anschluss an bürgerlich-konservative Eliten und ans rechte Parteienspektrum zu suchen, dabei aber gleichzeitig mit einer auf populärkulturelle Elemente setzenden Ästhetik und radikalen Aktionsformen SchülerInnen und StudentInnen anzusprechen.

Die »Identitäre Bewegung« biete »eine leicht zugängliche und niederschwellige Subkultur für Menschenfeindlichkeit«, so das Fazit der AutorInnen. Ihr Handbuch endet mit einer kurzen Sammlung von Gegenstrategien, wodurch das Buch auch als Aufruf zu lesen ist, dem Ziel der »Identitären« aktiv entgegenzutreten: der Verschiebung des öffentlichen Diskurses hin zur Akzeptanz menschenfeindlicher Ideen.

Anna Laiß

► Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Unrast Verlag, Münster 2016. 320 Seiten, 18 Euro.

Rassismus der Mitte

► Die medialen Debatten um die Vergewaltigung und Tötung einer Freiburger Studentin im Oktober – mutmaßlich durch einen aus Afghanistan geflohenen Jugendlichen – offenbarten einmal mehr die extreme Verrohung des hiesigen politischen Diskurses. Das Verhalten ihrer Eltern wird von einem AfD-Politiker als »pathologische Realitätsverweigerung« bezeichnet, im Netz schaukeln sich die HetzerInnen gegenseitig hoch und die Tagesschau sah sich gezwungen, sich dafür zu rechtfertigen, weshalb sie nicht sofort über die Festnahme des Verdächtigen berichtet hatte.

Den generellen Rechtsruck der deutschen Öffentlichkeit zu verstehen und Strategien zu entwickeln, um ihm entgegenzuwirken, ist Ziel des Sammelbandes **Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung**. Dabei geht es zurück in die Zeit ab Oktober 2014, in der es PEGIDA gelang, massenhaft BürgerInnen mit rechten Schlagworten zu mobilisieren. Die montäglichen Demonstrationen erregten nicht nur medial ein enormes Echo, sondern wurden auch zu einem der am besten erforschten Fälle rechtspopulistischer Präsenz auf deutschen Straßen. Der Sammelband, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, bietet AutorInnen verschiedener politischer Couleur die Möglichkeit, in kurzen, thesenhaft formulierten Beiträgen ihre Analysen und Interpretationen zu PEGIDA darzulegen.



Dankenswerter Weise bleibt Patzelt's Position (die auch von anderen AutorInnen geteilt wird) nicht ohne Kritik. So hält Piotr Kocyba in seinem Beitrag fest, dass gut gebildete Menschen durchaus rassistisch sein können und hinterfragt Patzelt's Vorstellung des normalen Bürgers der Mitte. Er weist zudem auf das grundsätzliche methodische Problem hin, dass die wenigen zum Kontakt mit den Forschenden bereiten Demo-Teilnehmenden nicht zweifelsfrei als repräsentativ angesehen werden können. Denn bei ihnen herrscht großes Misstrauen gegen über den »Geschwätzwissenschaften«, wie die Dresdener Rechtsradikale Tatjana Festerling sie verhöhnt.

Tino Heim macht deutlich, dass die Deklaration von rassistischen Denkmustern als schlichte »Sorgen« eine klassische rechte Strategie der Täter-Opfer-Umkehr sein kann. Er stellt Patzelt's simplistische Analyse einer Repräsentationslücke in Frage und verweist auf die Folgen einer neoliberalen Wirtschaftslogik, die soziale Errungenschaften erodiert und besonders Teile der unteren Mittelschicht, die tatsächlich etwas zu verlieren hat, in Unsicherheit und Abstiegsängste drängt.

Der Band versammelt also eine Vielzahl divergierender Analysen zum Phänomen PEGIDA. Auf der einen Seite gewinnen die LeserInnen so einen Überblick über sozialwissenschaftliche Debatten

und verschiedene methodologische Zugänge sowie qualitative Unterschiede der Analysen. Auf der anderen Seite nehmen aber inhaltliche Doppelungen zwischen den Artikeln Raum ein, der anderswo fehlt. So wird beispielsweise in einigen Beiträgen nicht trennscharf zwischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterschieden, und größere theoretische Rahmen für Analysen können oft nur angerissen werden.

Klar wird dennoch: PEGIDA hat wesentlich dazu beigetragen, die Grenzen des politisch Sagbaren weit nach rechts zu verschieben. Die Strategie der AfD, zwei Schritte nach Rechtsaußen und einen zurück zu machen, führt diesen Trend der Verrohung erfolgreich weiter.

Dominic Lammar

► Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz und Tino Schlinzing (Hg.): *PEGIDA: Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung?* transcript Verlag, Bielefeld 2016. 377 Seiten. 29,99 Euro.

Schon zu Hochzeiten von PEGIDA war die Debatte um den richtigen Umgang mit den Demonstrationen umstritten – eine Konfliktlinie, die sich auch durch diese Anthologie zieht. So findet sich ein Beitrag des notorischen PEGIDA-Verharmlosers Werner Patzelt, der an der TU Dresden lehrt. In unzähligen Talkshows und Interviews beschönigt er die 'Sorgen' der DemonstrantInnen und diffamiert linke Proteste und Auseinandersetzungen mit PEGIDA. In seinem Beitrag proklamiert er, dass eine breite Öffentlichkeit PEGIDA zu schnell ausgegrenzt habe, statt die »echte Zuneigung zum eigenen Land und zu dessen Leuten« der Teilnehmenden zu erkennen. Es handele sich »weit überwiegend um ältere Männer mit guter, oft technischer Bildung«, die – so sein Subtext – keineswegs Rassisten sein könnten, sondern vielmehr normale »Bürger der Mitte«. PEGIDA ist für Patzelt Ausdruck einer Entfremdung, einer »Repräsentationslücke« zwischen linksliberalen »Diskurseliten« und einer konservativeren Bevölkerung.

Kritische Masse Müll

► Das Aussortierte wurde verworfen, vergessen, vermieden oder verschwendet, verwahrt und dann bestenfalls verwaltet. Zumindest dort, wo eine Verwaltung bezahlbar oder aus hygienischen Gründen angeordnet ist. Im Zeitalter des Recyclings wird das Aussortierte zunehmend auch verwandelt und wiederverwertet. Müll, Abfall, Schrott, Waste, Rubbish, Reste: All das ist eine kritische Masse, die in der Art und Weise, wie sie aussortiert, aufgeräumt und aufbewahrt wird, Auskunft gibt über die gesellschaftlichen Verhältnisse und Wertvorstellungen, über ökonomische und kulturelle (Selbst-)Verständnisse, über die gesellschaftliche – öffentliche wie private – Beziehung zum Übriggebliebenen.

Mit dem Sammelband **Müll – interdisziplinäre Perspektiven auf das Übrig-Gebliebene** lenken die HerausgeberInnen Christiane Lewe, Tim Othold und Nicolas Oxen die Aufmerksamkeit auf das, was sonst keiner Aufmerksamkeit gebührt: Müll. Dafür zahlen ordentliche Gesellschaften schließlich ordentlich Gebühren an die Abfallwirtschaft. Der Band ist schon insofern der kritischen Gesellschaftsanalyse zuzuschreiben, als dass er das Gegenteil von dem tut, was als post-moderner Wertekodex in Bezug auf den Müll gilt: Er betrachtet Müll als aufschlussreiche kritische Materie, statt dem aktuellen Streben nach Restlosigkeit und Müllvermeidung das Wort zu reden. Er zeigt, wie die Umetikettierung von Müll zum Rohstoff eine Müllvermeidung gar behindern kann, wie die Materie einem ständigen Wertewandel unterworfen ist, wie Ausrangiertes in einem Zwischenzustand verweilt, als Antiquität oder neuerlich im Retro-Trend vom wertlosen zum wertvollen Objekt redefiniert wird.

So betrachtet der Band die Wandlungsfähigkeit des als Müll übrig Gebliebenen: Kein Stoff bleibt über Raum und Zeit gleich, nicht ideell und auch nicht materiell. Der Abbau der Deponien durch Mikroorganismen trägt neue Stoffe ins Erdreich und in den Wasserkörper, die Verteilung feinsten Mikropartikel in der Nahrungskette sorgt für bisher unbekannte (Sterbe-)Prozesse – und erinnert so daran, dass nichts aus der Welt geschafft ist, indem man es ausgrenzt oder einhegt. Die Ent-Sorgung bleibt Utopie, auch wenn die moderne Abfallökonomie mit dem Sprechen vom Recycling und Upcycling, von der Kreislaufwirtschaft und den Ausgleichsflächen (also ehemals als nutzlos

klassifizierten Brachen) das Gegenteil glauben machen will.

Abgesehen von ökonomiekritischen Perspektiven auf die Wandlungsfähigkeit der Müllmaterie und der ihr zugeschriebenen Werte zeigt der Band, wie einschneidend das Verhältnis zum Müll die Gesellschaft gespalten hat und weiterhin strukturiert, wie es sich historisch und aktuell durch die Kategorien race, class und gender zieht. So ist dem modernen Hygiene-Diskurs und den damit einhergehenden Reform- und Erziehungsmaßnahmen gegenüber als nicht-weiß rassifizierten Menschen seit dem Zeitalter der Kolonisierung eine Positionierung gegenüber dem Unsauberen inhärent: Die historisch proklamierte Nähe der Entrechteten (Frauen, Kinder, People of Colour, Arbeiterklasse) zum Schmutz strukturiert auch heute alltägliche Selbstverständlichkeiten: Frauen machen nach wie vor den Großteil der Drecksarbeit im Haushalt; bürgerliche Haushalte oder Institutionen lassen sie von migrantischen Haushaltshilfen und »Reinigungsfachpersonal« erledigen. Saubere Städte im Westen lassen den Müll von migrantischen Arbeitskräften – oft mit Herkunft aus dem Osten oder Süden – entfernen. Westliche Hygienestandards verdam-

men und verbannen den ekligen Schmutz – und die damit assoziierte Misere – in die Armut- und Elendsregionen der postkolonialen Welt. Die Wertvorstellungen der hierarchisierten Gesellschaft sind auch durch das Verhältnis zum Müll strukturiert.

Der Sammelband gibt somit einen Anstoß für ein neues Nachdenken über Müll. Als Schlaglichter auf die weggekehrte Seite der Gesellschaft sind die hier versammelten Einblicke aus Philosophie, Soziologie, Medien, Kunst und Kultur erhellend. Sie ermöglichen eine längst überfällige – teils abstrakte, aber erkenntnisreiche – Sicht auf die Gesellschaft. Der interdisziplinäre Blick kann die derzeit dominierende, rein ökonomisch-ökologische Betrachtung und Bearbeitung des Mülls aufbrechen und erweitern. Ganz neu ist letzteres freilich nicht: Müllarchäologien historischer Deponien haben zumindest in den Geschichtswissenschaften schon des Öfteren Kenntnisse über damalige Lebensgewohnheiten, Werte und auch soziale Kämpfe gesammelt.

Martina Backes

► Christiane Lewe, Tim Othold, Nicolas Oxen (Hg.): *Müll – interdisziplinäre Perspektiven auf das Übrig-Gebliebene*. transcript, Edition Kulturwissenschaft, Bd. 87, Bielefeld 2016. 251 Seiten, 29,99 Euro.



FORUMRECHT

**Ausgabe 1/17: Deutsche Zustände
jetzt erhältlich**

Onlineshop, ältere Ausgaben und
call for papers:

www.forum-recht-online.de
twitter.com/_ForumRecht



Gegen den Eurozentrismus der Politikwissenschaft

► Haiti, 1791: Drei Jahre nach der Ausrufung von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit während der Französischen Revolution beginnen SklavInnen auf Haiti einen Aufstand. Sie kämpfen für wahre Gleichberechtigung und gegen die Kolonialmacht Frankreich. Mehr als hundert Jahre später und einen Kontinent entfernt setzen sich 1929 Igbo- und Ibibio-Frauen im heutigen Nigeria sowohl gegen die britische Besatzung als auch gegen lokale patriarchale Strukturen zur Wehr. So verschieden die Aufstände waren, haben sie doch eine wichtige Gemeinsamkeit: Im Mainstream heutiger politikwissenschaftlicher Debatten finden sie keine Beachtung. Universelle Menschenrechte werden weithin als Errungenschaft westlich-liberaler Denktraditionen gehandelt. Der lange Kampf für wirklich universelle Rechte, den People of Colour führen mussten, fällt unter den Tisch.

Die in diesen Beispielen hervortretende kollektive Blindheit für den kolonialen Gehalt solch eurozentrischer Strukturen und Denkweisen ist ein strukturelles Defizit der Politikwissenschaften, argumentiert Aram Ziai, der Herausgeber des Sammelbandes **Postkoloniale Politikwissenschaften**. Die in seinem Buch versammelten Essays hinterfragen deshalb aus postkolonialer Perspektive den der Disziplin inhärenten Anspruch auf Universalismus und zeigen an konkreten Fällen die historisch-geographischen Wurzeln politischer Konzepte und Ideen auf. Gleichzeitig konstatiert der in Kassel lehrende Politikwissenschaftler jedoch, dass die deutschsprachigen Postkolonialen Studien an einer »unsystematischen und oberflächlichen Auseinandersetzung mit politischen Institutionen und Prozessen« leiden. Die thematischen Schwerpunkte des Buches sollen dazu beitragen, diese Defizite, die Ziai in seinem einführenden Beitrag als komplementär zueinander identifiziert, aufzuarbeiten.

Eine Vielzahl wiederkehrender Fragestellungen und theoretischer Perspektiven der Anthologie findet sich in Bilgin Ayatas Beitrag über den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum NSU. Sie stellt die Aufarbeitung des NSU-Komplexes als möglichen Bruch in einem dominanten gesellschaftlichen Selbstbild dar, das bislang sowohl die eigene koloniale Vergangenheit als auch das Fortbestehen

von strukturellem Rassismus negiert hat. Basierend auf Materialien des parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellt sie Momente des Silencing, des bewussten Verschweigens, heraus, in denen Fakten oder Geschehnisse, die den Bruch mit dem Rassismus erweitern könnten, verschwiegen oder als irrelevant abgetan werden. Ayata erwähnt die Sicherheitsbehörden in ganz Deutschland, die auf dem rechten Auge blind sind und konsequent an einem rassialisierten Täterbild festhielten, das von einem »rigide[n] Ehrenkodex« südosteuropäischer Gruppen ausging. Zugleich kritisiert sie den ersten parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der in seinem Abschlussbericht nicht explizit auf die Aktenvernichtungen staatlicher Behörden einging und so das Narrativ vom »Terror-Trio« als Akteur ohne Unterstützung von staatlicher Seite nicht konsequent hinterfragt.

Wie Ayata konstatieren auch andere AutorInnen, dass die innerdeutsche Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Nationalsozialismus von doppelten Standards durchzogen ist. Sicherlich, Ziais Aussage, dass es in Anbetracht kolonialer Gewaltexzesse Heuchelei sei, erst in den Vernichtungslagern von Auschwitz einen Zivilisationsbruch zu sehen, wird – besonders in linken Kreisen – für Kontroversen sorgen. Doch wenn, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen, ein deutsches Lehrbuch zu Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert noch »die zivilisatorischen Leistungen des Kolonialismus« erwähnt, sollte klar sein, dass dies nur die Spitze eines Eisberges rassistischer Denkweisen ist.

Insofern erfüllt die Anthologie ihr selbst gestecktes Ziel, ein Korrektiv für im Mainstream geführte Debatten zu sein. Gleichzeitig ist die thematische Zusammenstellung der Schwerpunkte so ausgewogen, dass eine Fülle ‚typischer‘ postkolonialer Fragestellungen und theoretischer Ansätze vermittelt wird.

Dominic Lammar

► Aram Ziai (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. transcript Verlag, Bielefeld 2016. 401 Seiten. 29,99 Euro.



Rein, Raus und wieder Rein

► Von 1898 bis 1944 existierte in Witzenhausen die einzige Kolonialschule des Deutschen Reiches. In ihren Gebäuden befindet sich heute das Deutsche Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft (DITSL). Auch dieses ist – so wie die bis 1944 betriebene Kolonialschule – ein privates Forschungsinstitut. Einige Räume der ehemaligen Klosteranlage sind heute durch das Institut an die Agrarwissenschaftliche Fakultät der Universität Kassel vermietet. Damit liegen die Grenzen zwischen privater Einrichtung und öffentlicher Forschung bedenklich nah beieinander.

Der Geschichte und Gegenwart dieser Räumlichkeiten widmet sich nun der Sammelband **Raus Rein**. Hervorgegangen ist er aus einem interdisziplinären

Projekt von Studierenden der Geschichts-, Kunst- und Agrarwissenschaften im Rahmen eines Seminars der Kunsthochschule Kassel im Sommer 2014 zur Geschichte der Kolonialschule Witzenhausen. Die Anthologie versammelt kurze Bildgeschichten und informative Texte über die Geschichte der Kolonialschule, agrarhistorische Abrisse, eine kommentierte Zusammenstellung über koloniale Bilderwelten in Comics, Biographien von SchülerInnen und vieles mehr.

Dabei versteht sich der Band auch als Intervention in aktuelle Vergangenheitspolitik. So widmen sich mehrere Abschnitte des Buches den geschichtspolitischen Diskussionen in Witzenhausen. In einer Bildgeschichte werden beispielsweise mehrere Vorschläge unterbreitet, was mit den Schädeln aus Namibia und Neuguinea geschehen könnte, die nach wie vor in den Kellern der Schule lagern: Zurück überführen in die Heimat? Oder Abbilder jener Schädel neben die Büste von Ernst Albert Fabarius im Innenhof der Schule platzieren? Bis 2011 wurde vor der Büste des Gründers der Schule, die im Innenhof der ehemaligen Schulgebäude steht, alljährlich seiner Verdienste für die Schule gedacht. Doch würde mit einem Bestattungsort neben Fabarius den Verstorbenen aus Namibia und Neuguinea eine neue Präsenz und angemessene Anerkennung zuteil?

In ihren einleitenden Worten weist die Herausgeberin von »Raus Rein«, Marion Hul-

verscheid, darauf hin, dass es sich bei den Comics um so genannte »fiktive historische Narration« handelt. In diesen Erzählungen werden historische Ereignisse oder Ereignisse der jüngeren Geschichte zu einer fiktiven Geschichte verarbeitet. Diese Methode lässt einiges an Gedankenexperimenten zu, über die SchülerInnen der Schule ebenso wie über die Menschen in den Kolonien. So kann gerade über eine persönliche Geschichte gut vermittelt werden, was der Kolonialismus auf einer individuellen Ebene für die Kolonisierten bedeutet hatte.

Leider findet sich in dem Buch lediglich eine Geschichte, die sich mit einem individuellen Schicksal einer kolonisierten Person beschäftigt: In vielen Bildern und mit wenigen Worten wird von Florian Biermeier die Geschichte von Selemani Ben Juma erzählt. Dieser wurde, als er noch ein »kleiner Afrikanischer Junge« [sic!] war, von einem deutschen Offizier mit nach Deutschland genommen. Seitdem hieß er »Franz Seelemann« und musste dem Offizier zu Diensten stehen. Nach dem Tod des Offiziers im Ersten Weltkrieg wurde Franz über Umwege schließlich an die Kolonialschule vermittelt, wo er fortan als Hausmeister arbeitete. Die Geschichte bleibt vage und man kann über Franz' persönliches Glück oder mögliche Einschränkungen und Diskriminierungen, die er während seines Lebens in Deutschland erfahren haben könnte, nur mutmaßen. Denn in den Archiven der Kolonialschule gibt es nur wenige Dokumente über die Kolonisierten selbst. Franz tauchte darin lediglich auf, weil es eine Personalakte über ihn gab.

Ansonsten stehen in dem Sammelband die deutschen SchülerInnen im Vordergrund. Ein Großteil der AbsolventInnen ist ins außereuropäische Ausland gegangen. Viele haben sich in der Tier- und Pflanzenzucht versucht. Ihr Wirken war nicht widerspruchsfrei und konfliktfrei. Die Grausamkeit, die mit der Kolonisierung einherging, wird in dem Buch indes fast völlig außen vor gelassen. Lediglich die Geschichte »Papa und die Schwarzen Hände« von Anton Kannemeyer wird hier explizit. Der international bekannte Comic-Autor hat im Sammelband einen Strip veröffentlicht, in dem er im Stil von

Hergé zwei Szenen aus »Tim im Kongo« parodiert – also einen Comic, über dessen Verbot auf Grund rassistischer Bilder immer wieder diskutiert wurde. Bei Kannemeyer geht ein Großwildjäger auf Jagd, schießt einige Male ins Gebüsch. Statt wie bei Tim im Original findet er hinter den Sträuchern nicht einen Haufen toter Antilopen, sondern tote schwarze Menschen, denen er genüsslich die Hände abtrennt, um diese mitzunehmen. Damit spielt Kannemeyer auf eine andere Szene aus »Tim im Kongo« an, als dieser zufrieden die Hörner erlegter Elefanten in einem Sack abtransportiert.

Zwar romantisiert der Sammelband das interkontinentale Raus und Rein und Her des Kolonialismus nicht, dennoch kann die Brutalität der Kolonialisierung zwischen all den durchaus interessanten Informationen der gut recherchierten Textbeiträge leicht übersehen werden. Dabei weisen gerade diese besonders auf das koloniale Erbe der Schule hin, das mit der so genannten Grünen Revolution, die sich weltweit seit den 1960er Jahren im Agrarsektor vollzieht, seinen Fortgang findet.

Swetlana Hildebrandt

► Marion Hulverscheidt, Hendrik Dorgathen (Hg.): *Raus Rein. Texte und Comics zur Geschichte der ehemaligen Kolonialschule in Witzenhausen.* avant-verlag, Berlin 2016. 172 Seiten, 24,95 Euro.



graswurzel revolution
 Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

NUN GUT: AN MANCHE TEXTUM-FÄNGE MÜSSEN SICH BOULEVARD-BLATTLESER ERST GEWÖHNEN.

www.graswurzel.net

Broschüre zu intersektionaler Bildungsarbeit

► Das in Deutschland und Österreich arbeitende *#quix – kollektiv für kritische bildungsarbeit* möchte mit einem intersektionalen Blick für verschiedene Herrschaftsverhältnisse und daraus resultierende Diskriminierungen sensibilisieren. Es hat jüngst die Broschüre »Willst du mit mir gehen? Gender_Sexualität_Begehren in der machtkritischen und entwicklungs-politischen Bildungsarbeit« herausgegeben. Die drei titelgebenden, miteinander verwobenen Themen werden aus einer queer_feministischen, rassismuskritischen und intersektionalen Perspektive beleuchtet. Im Mittelpunkt steht dabei die Bildungsarbeit im developmentpolitischen Kontext, insbesondere von internationalen Freiwilligendiensten. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen oder als Printversion gegen eine Spende und Übernahme der Versandkosten bestellt werden.

► www.quixkollektiv.org

Der lange Weg zur Gleichheit

► Bereits begonnen hat die Veranstaltungsreihe »Der lange Weg zur Gleichheit – Lebensrealitäten lesbischer Frauen weltweit« der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Jeweils einmal im Monat berichten Aktivistinnen der Frauen- und Lesbenbewegungen im EWA-Frauzentrum Berlin über die Situationen von lesbischen Frauen in ihren Heimatländern wie zum Beispiel Brasilien, Türkei und Russland. Auch das Thema »Homosexualität als Asylgrund« wird Teil der Reihe sein.

► www.bildungswerk-boell.de

Frauen in Berliner Flüchtlingslagern

50

► In enger Zusammenarbeit des International Women Space Berlin mit Lehrenden und Studierenden der Sozial- und Kulturanthropologie an der FU Berlin ist eine englischsprachige Publikation zum Leben geflüchteter Frauen in Berlin entstanden. Das Buch »Living in Refugee Camps in Berlin: Women's Perspectives and Experiences« möchte dem hegemonialen Diskurs über Geflüchtete als homogene, zumeist männliche Masse individuelle Perspektiven entgegensetzen. Es beleuchtet Biographien von Frauen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Albanien und

anderen Ländern. Dadurch wird die Unterschiedlichkeit ihrer Hintergründe und Fluchtgründe deutlich. Doch es steht nicht nur die Flucht der Frauen im Vordergrund, sondern auch deren individueller Blick auf ihr neues Leben, ihre Bedürfnisse und Erwartungen in Berlin.

► *Hansjörg Dilger / Kristina Dohrn (Eds.): Living in Refugee Camps in Berlin: Women's Perspectives and Experiences. Berliner Beiträge zur Ethnologie, Bd. 40. Weißensee Verlag, Berlin 2016. 314 Seiten, 19,90 Euro*

Tagungen

► Auch in diesem Jahr bietet **Venro** – der Verband für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe viele Fortbildungen und Webinare an. Wie immer bietet das Programm eine Mischung rund um das Thema Organisationsentwicklung für NGOs. Geplant sind zum Beispiel im Februar eine »Einführung ins Wissensmanagement für NRO« und im Mai eine »Einführung in den menschenrechtsbasierten Ansatz: Theorie und Praxis«. Alle Veranstaltungen bis Mitte des Jahres sind online einsehbar.

► venro.org/service/fortbildungen-und-webinare

► Vom 10. bis 12. März trifft sich in Dortmund die Bundeskoordination Internationalismus zu ihrem **BUKO-Ratschlag**. Themen werden unter anderem sein: G20-Gipfelproteste, der BUKO-Kongress 2017, das 40-jährige Jubiläum der BUKO sowie die Kooperation mit Geflüchteten und migrantischen Netzwerken.

► www.buko.info

Vorschau: iz3w 360

Freie Radios

► Weltweit tragen tausende Freie Radios und Bürgerradios zur Vielfalt von Stimmen und Meinungen bei. Gerade in vielen Ländern des Südens sind sie ein wichtiges Medium der politischen Kommunikation. In unserem Themenschwerpunkt fragen wir unter anderem: Welche Rolle spielen Radios in Konfliktregionen? Welche Bedeutung haben Community Radios im Amazonasgebiet? Wie können Geflüchtete das Radio für sich nutzen?

Herausgeberin

► Aktion Dritte Welt e.V. informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761 / 740 03, Fax: 0761 / 70 98 66 E-Mail: info@iz3w.org Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr www.iz3w.org

Redaktion

► Martina Backes, Katrin Dietrich, Svetlana Hildebrandt, Friedemann Köngeter, Dominic Lammar, Rosaly Magg, Winfried Rust, Christian Stock

Copyright

► bei der Redaktion und den AutorInnen

Vertrieb für den Buchhandel

► ProLit Verlagsauslieferung GmbH, Postfach 9, D-35463 Fernwald (Annerod), Fax: 0641/943 93-93, service@prolit.de

Satz und Gestaltung

► Büro MAGENTA. Freiburg

Herstellung

► schwarz auf weiss. Freiburg
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

Jahresabonnement (6 Ausgaben)

► Inland: € 31,80 (für Geringverdienende € 25,80), Förderabonnement ab € 52,-
► Ausland: Europa € 38,80 oder Übersee € 45,80
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.
► Aboverwaltung: abo@iz3w.org

Konto (Aktion Dritte Welt e.V.)

► GLS Bank (D)
Konto-Nr. 791 338 7600, BLZ 430 609 67
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden

► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck: »Spende« auf das Konto der Aktion Dritte Welt e.V. bei der GLS-Bank
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 360

► (Druckfertige Vorlagen) 25.03.2017

Für die Inhalte von Anzeigen und Beilagen in der iz3w sind allein die jeweiligen UrheberInnen verantwortlich.



express

Diskussionsforum für

- Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

○ Probelesen?!

kostenfeies Exemplar per mail oder web anfordern

Ausgabe 12/16 u.a.:

- Romin Khan: »Kämpfen statt Gruseln« – Gewerkschaften u. »Rechtspopulismus«
- Manfred Neuer: »Beharrlich Finger-hakeln« – Eine Chronologie des Edeka/Tengelmann-Deals; ders.: »Vorhang zu – nächstes Stück?« – Fazit
- Nadja Rakowitz: »Zukunft gesichert?« – Zu den Rentenkonzepten von Parteien und Gewerkschaften
- Karsten Weber: »Unterwegs im gewerkschaftlichen Niemandsland« – Auseinandersetzungen in der Speditionsbranche
- Elisabeth Grossman: »Ungemach in Sicht« – Über Gefährdungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes unter Trump
- Amnesty International: »Kurzer Prozess« – Verurteilung des Vorsitzenden des südkoreanischen Gewerkschaftsbunds KCTU

**Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info**

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 72/2016 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

THEMA

**BIEDER-
MÄNNER**

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de



Jubiläumsausgabe 15.-€ 25 Jahre Korea Forum

KOREA FORUM 2016
Unerhörtes sichtbar machen

SÜDKOREA: Ein Rückblick von Pfarrerin Dorothea Schweizer auf das staatliche Unrecht in den 1970er und 80er Jahren – Hannes B. Mosler über das jüngste Verbot der Vereinten Progressiven Partei

NORDKOREA: Kim Jinhyang zur Schließung des Kaesong Industrieparks – Robert Grund über seinen Alltag beim Aufbau des ersten Gehörlosenkindergartens

SPEZIAL: 50 Jahre koreanische Krankenpflegerinnen in Deutschland - eine Bilanz

Mit Cartoons von Park Kun-Woong und Bildern von Hong Eun-Ah

Zu bestellen unter www.koreaverband.de oder per Mail an mail@koreaverband.de



Rostocker Str. 33, 10553 Berlin, Tel. (030)3980 5984
www.koreaverband.de



#6

**I THINK IT'S TIME
NOW.**

**OUTSIDE
THE
BOX**

Zeitschrift für Feministische
Gesellschaftskritik
www.outside-mag.de

fernsicht

fernsicht – Werkstatt für nord-südpolitische Bildung im iz3w

Workshops

Schulprojektstage

Methoden auf CD

Podcasts

Filme

www.fernsicht-bildung.org · informationszentrum 3.welt Freiburg



inamo⁸⁸
Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten | Jahrgang 22

PALÄSTINA: 50 JAHRE BESETZT.

Kinder und das System des Siedlerkolonialismus <> Arbeitspendler und die Checkpoints <> Herrschaftskrise der Autonomiebehörde: potentielle Krise der Besatzung <> US Militärhilfe-Abkommen: Auswirkungen <...>

ÖKONOMIE-KOMMENTAR: Die arabischen Ökonomien befinden sich noch immer in der Krise

TUNESIEN: Analyse, Ansätze für eine **ALTERNATIVE POLITIK** **5.50**

✉ **inamo** e.V. Postfach 310727 10637 Berlin
☎ 0049 30 86421845
@ redaktion@inamo.de

ISSN 1611-1582
Nr. 4 / 31. JAHRGANG
Dezember 2016 / Heft 124
14,90 €

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordsee-Region www.waterkant.info

Fair Trade! – Fair Shipping?

WINTER 2016

Vier Ausgaben im Jahr | Erscheint seit 1986
Probehefte und Infos: www.waterkant.info

Themen-Schwerpunkt zur Kampagne:

Fair bis aufs Meer!

Seeunfalluntersuchung in der Kritik

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Werra-Weser-Versalzung

Europapolitischer Sprengsatz

IMO-Beschlüsse | Weservertiefung

Elbvertiefung | Hafenkooperation